

Wormwärts

Berliner Volksblatt.

Zentralorgan der sozialdemokratischen Partei Deutschlands.

Abonnements-Bedingungen:
 Abonnementspreis: Prämienabgabe: Vierteljährlich 3,30 RM, monatlich 1,10 RM, wöchentlich 25 Pf. frei ins Haus. Einzelne Nummer 5 Pf. Sonntagsblätter mit unregelmäßiger Sonntagsbeilage „Die Neue Welt“ 10 Pf. Postabonnements: 1,10 RM pro Monat. Eingetragene in die Post-Zeitungs-Verzeichnisse. Unter Kreuzband für Deutschland und Österreich-Ungarn 2 RM, für das übrige Ausland 3 RM pro Monat. Postabonnements nehmen an: Belgien, Dänemark, Holland, Italien, Jugoslawien, Portugal, Rumänien, Schweden und die Schweiz.

Die Insertions-Gebühr
 Beträgt für die schlagzeilige Kolonnenzeile oder deren Raum 50 Pf. für politische und gesellschaftliche Vereins- und Versammlungs-Anzeigen 30 Pf. „Kleine Anzeigen“, das erste (seitgedruckte) Wort 20 Pf., jedes weitere Wort 10 Pf. Stellenangebote und Geschäftsanzeigen das erste Wort 10 Pf., jedes weitere Wort 5 Pf. Worte über 15 Buchstaben zählen für zwei Worte. Inserate für die nächste Nummer müssen bis 5 Uhr nachmittags in der Expedition abgegeben werden. Die Expedition ist bis 7 Uhr abends geöffnet.
 Telegramm-Adressen: „Sozialdemokrat Berlin“.

Erste Ausgabe außer Montags.

Redaktion: SW. 68, Lindenstrasse 69. Fernsprecher: Amt IV, Nr. 1983.

Dienstag, den 16. August 1910.

Expedition: SW. 68, Lindenstrasse 69. Fernsprecher: Amt IV, Nr. 1984.

Fortschritt auf Kosten der Arbeiter.

Kürzlich (in Nr. 177 vom 31. Juli) zeigten wir an einem Vortrag des Charlottenburger Professors Kammerer, daß der technische Fortschritt, die Erhöhung der Produktivität, über die Leiden der Arbeiter geht. Wer nun aber glauben sollte, daß das bloß in der Industrie so ist, der würde sich schwer täuschen. Genau ebenso liegt die Sache in der Landwirtschaft. Die Lage der deutschen Landwirtschaft hat sich in den letzten 12-15 Jahren ganz bedeutend gebessert. Das konstatiert mit Freude die „Deutsche Tageszeitung“ in einer Polemik gegen das „Berliner Tageblatt“. Und es kann gar keinem Zweifel unterliegen, daß das Agrarierblatt mit dieser Behauptung vollkommen recht hat, sofern man nämlich darunter versteht, daß die Besitzer, die ihre Einnahmen aus der Landwirtschaft ziehen, heute besser daran sind als früher. Es wird mehr produziert, und dieses Mehr wird zu teurerem Preise verkauft. Einige von der „D. Z.“ beigebrachte statistische Zahlen mögen das beweisen.

In Preußen ist zwischen 1895 und 1907 die Gesamtzahl der landwirtschaftlichen Betriebe von rund 3 900 000 auf rund 3 400 000 gewachsen. Jedoch waren es nur die ganz kleinen Parzellenbetriebe unter 2 Hektar und die mittelgroßen Betriebe von 5-20 Hektar, deren Zahl zugenommen hat; alle anderen Größenklassen haben abgenommen. Da die kleinen Parzellenbetriebe für die Produktion gar keine Rolle spielen — sind doch in manchen Städten die Laubentkolonien dabei mitgezählt! —, so muß man sagen, daß an diesem Wachstum eigentlich nur die mittelbäuerlichen Betriebe beteiligt gewesen sind. Deren Zahl ist von 529 000 auf 583 000 in die Höhe gegangen. Dagegen sind die großbäuerlichen Betriebe (20-100 Hektar) gesunken von 188 000 auf 176 000, und die Großbetriebe (über 100 Hektar) ebenfalls gesunken von 20 400 auf 19 100. Auf der anderen Seite haben die kleinbäuerlichen Betriebe (2-5 Hektar) nur ganz unwesentlich, von 523 000 auf 521 000 abgenommen.

Diese Zahlen für Preußen stimmen durchaus überein mit denen für das ganze Deutsche Reich, die wir direkt der amtlichen Statistik entnehmen. Auch hier sind es einzig und allein die mittleren Bauernbetriebe in der Größe von 5-20 Hektar, deren Zahl zugenommen hat, und zwar von rund 999 000 auf 1 055 500. Alle anderen Größenklassen haben abgenommen.

Ebenso verhält es sich mit der landwirtschaftlich benutzten Fläche. Sie hat fürs ganze Reich abgenommen von 32 518 000 auf 31 885 000 Hektar. In Preußen dagegen hat sie, wenn auch nur unwesentlich, zugenommen von 28 480 000 auf 28 518 000 Hektar. Auf die einzelnen Größenklassen verteilt, haben im Reich ebenso wie in Preußen die Betriebe von 2-5, und die von 5-20 Hektar ihre Anbaufläche vergrößert; die größeren Betriebe dagegen (von 20-100 und über 100 Hektar) haben sie nicht unwesentlich verkleinert.

Man muß also festhalten, daß in der Landwirtschaft nicht ebenso wie in der Industrie der Kleinbetrieb ohne weiteres vom Großbetrieb aufgekauft worden ist. Vielmehr haben in der Zeit von 1895 bis 1907 die Großbetriebe sowohl an Zahl wie an Gesamtfläche abgenommen, indes die mittleren und zum Teil auch die kleineren Betriebe gewachsen sind.

Ganz in demselben Maße geht eine recht ansehnliche Vermehrung der landwirtschaftlichen Produktion. Nach den Angaben der „Deutschen Tageszeitung“ wurden geerntet im Durchschnitt der Jahresfrüchte jährlich in Tonnen (1000 Kilogramm):

1904/08	9 957 600	3 738 200	3 107 800	7 751 600	43 881 600	
dagegen	1895/90	5 845 000	2 640 200	2 205 000	4 588 000	24 465 040
1904/08 mehr	4 122 600	1 098 000	902 800	3 163 600	19 416 560	

Nach der Reichsstatistik ist der Ertrag gestiegen in der Zeit von 1899-1909 bei Roggen von 8 700 000 auf 11 800 000 Tonnen, bei Gerste von 3 auf 3 1/2 Millionen, bei Hafer von 6,9 auf 9,1 Millionen und bei Kartoffeln von 38 1/2 auf 46 1/2 Millionen Tonnen jährlich; nur die Weizen-ernte ist mit 3,8 Millionen Tonnen konstant geblieben.

Ebenso hat der Ertrag der Viehzucht zugenommen. Wie die „D. Z.“ angibt, wurden gezählt:

	Pferde	Rindvieh	Schafe	Schweine
1907	4 845 047	20 630 544	7 708 710	22 146 582
1897	4 035 455	18 490 772	10 896 772	14 274 557
mehr (+) bezw. weniger (-)				
im Jahre 1907	+ 809 592	+ 2 139 772	- 3 188 062	+ 7 871 975

Hier sind allerdings sämtliche Tiere gezählt. Doch auch wenn man sich auf die beschränkt, die in landwirtschaftlichen Betrieben gezählt wurden, bleibt das Bild das gleiche.

Einen sehr problematischen Wert hat es freilich, wenn die „D. Z.“ nun weiter von dem Geldwert dieser Produktion spricht und ihn mit dem der industriellen Produktion vergleicht. Denn hier darf man doch nicht vergessen, daß die Preise gerade der landwirtschaftlichen Produkte durch die deutsche Zollpolitik künstlich in die Höhe getrieben worden sind. Es will also an sich noch gar nichts besagen, daß die Jahresproduktion der Landwirtschaft heute auf 14 Milliarden geschätzt wird, indes die Gewinnung von Steinkohlen, Braunkohlen und Rohölfen zusammen erst zwei Milliarden an Wert produziert. Ebenfalls — das muß hier gleich noch eingefügt werden,

um Mißverständnisse zu vermeiden — ebenso wenig besagen die obigen Zahlen irgendetwas über die Frage, ob die größere Produktivität in der Landwirtschaft dem Groß- oder dem Kleinbetriebe zu danken gewesen ist. Es wäre ein arger Trugschluß, wenn man etwa sagen wollte: die Großbetriebe haben an Zahl wie an Fläche abgenommen, die Kleinbetriebe umgekehrt zugenommen; die gesamte Produktion ist gestiegen, folglich ist die größere Produktivität des Kleinbetriebes in der Landwirtschaft erwiesen. Um das zu ergründen, müßte man vielmehr erst genau untersuchen, ob die größere Produktivität auch wirklich von den kleineren oder nicht vielleicht von den großen Betrieben geliefert worden ist — eine Frage, die für unseren gegenwärtigen Zweck nicht in Betracht kommt.

Immerhin bleibt so viel übrig, daß der Ertrag der deutschen Landwirtschaft in den letzten 1 1/2 Jahrzehnten wesentlich gestiegen ist.

Nun kommt aber der andere höchst wichtige, ja wichtigste Punkt, den das Agrarierblatt in seiner Erörterung einfach fortläßt. Die erhöhte Ertragsfähigkeit der deutschen Landwirtschaft zu leugnen, fällt uns nicht ein. Sie ist Tatsache. Wie jedoch verhält sich damit die andere, ebenso unleugbare Tatsache, daß in derselben Zeit die Zahl der Menschen, die in der Landwirtschaft arbeiten und von ihr leben, so stark abgenommen hat? Die „Deutsche Tageszeitung“ sagt selbst, daß zur Erhöhung des Ertrages sehr viel mehr Arbeit nötig war. Und doch betrug 1896 die landwirtschaftliche Bevölkerung rund 19 200 000 Personen = 42 1/2 Proz. der Gesamtbevölkerung des Reiches, 1907 aber nur noch 17 700 000 Personen = 29 1/2 Proz. Wie reimt sich das zusammen?

Die Frage ist sich leicht, wenn man die soziale Gliederung der landwirtschaftlichen Bevölkerung betrachtet. Da zeigt sich nämlich, daß die Zahl der Selbständigen gesunken, die der Angestellten ziemlich konstant geblieben und die der Arbeiter — trotz gesunkener Gesamtzahl! — ganz bedeutend gewachsen ist. Es wurden in der Landwirtschaft gezählt:

	1895	1907
Selbständige	2 568 725	2 500 074
Angestellte	90 173	98 812
Arbeiter	5 627 794	7 283 471

Diese Tabelle zeigt, daß auch in der Landwirtschaft die Proletarisierung mit unheimlicher Geschwindigkeit vor sich geht. Die Ertragsnisse der Landwirtschaft sind kolossal gewachsen, an Geldwert noch mehr als an Produkten. Aber die Besitzer, die den Segen einheimen, sind weniger geworden.

Und damit noch nicht genug. Es muß auch beachtet werden, daß innerhalb der so stark gewachsenen Arbeiterschicht die Männer abgenommen, die Frauen aber um so mehr zugenommen haben! Es gab:

	1895	1907
männliche Arbeiter	3 239 046	3 023 983
weibliche Arbeiter	2 388 148	4 254 488

Das Verhältnis zwischen männlichen und weiblichen Arbeitern in der Landwirtschaft hat sich seit 1895 genau umgekehrt: damals gab es 58 Proz. männliche und 42 Proz. weibliche, heute 42 Proz. männliche und 58 Proz. weibliche. Nimmt man die Zählung von 1892 dazu, so zeigt sich, daß in diesen 25 Jahren die Landwirtschaft fast genau 600 000 männliche Arbeiter abgetrieben hat. Damit ist doch der Beweis erbracht, daß die Landwirtschaft trotz ihrer gesteigerten Ertragsnisse nur einen immer kleineren Teil unseres Volkes zu beschäftigen und folglich zu ernähren in der Lage ist, daß der ungeheure Segen in die Taschen einer sinkenden Zahl von Besitzern fließt und daß der Fortschritt, genau wie in der Industrie, auf Kosten der Arbeiter vor sich geht.

Die „Deutsche Tageszeitung“ läßt auch gar keinen Zweifel, woran diese gewaltige Abstoßung männlicher Arbeiter und ihre Ersetzung durch weibliche liegt. Sie schreibt: „Zur Erhöhung der Intensität — d. h. also zur Bewältigung der vermehrten Arbeit — wurden natürlich auch unzählige Maschinen aller Art gebraucht. ... Vom Jahre 1882 bis zum Jahre 1907 stieg die Anzahl der Betriebe, welche benutzten: Dampfplüge von 839 auf 2833, Säemaschinen von 93 842 auf 194 500, Mähmaschinen von 19 634 auf 181 208, Dreschmaschinen von 75 090 auf 206 000, andere Dreschmaschinen von 299 397 auf 567 187. Hierzu kommen nun noch die besser konstruierten, sehr teuren eisernen Pflüge, Eggen, Walzen, die unzähligen Kalkulatoren, Düngerstreuer, Kartoffelreine- und Legemaschinen, Hunderttausende von Mischzentrifugen, alles Geräte, die vor 25 Jahren nur eine sehr geringe Verbreitung hatten.“

Also auch hier derselbe Prozeß wie in der Industrie: die Maschine ersetzt den Arbeiter, der Arbeiter fliegt auf die Straße. Es ist der reine Hohn, wenn die „Deutsche Tageszeitung“ gleich dahinter die Landwirtschaft eine „Kraftquelle“ nennt, „die für die Wehrhaftigkeit der Nation und als frisch fließender Vorn zum Ersatz der sich allmählich in der Industrie arbeit aufreisenden Stadtfamilien von unschätzbarem Wert ist“. Eine schöne „Kraftquelle“, die die männlichen Arbeiter allmählich geradezu auf den Aussterbestat setzt und nur einem immer kleineren Teil der Nation Unterhalt zu bieten in der Lage ist! Da sollen wohl in Zukunft die Frauen die Waffen tragen und die „Wehrhaftigkeit der Nation“ darstellen?

Das ganze nennt die „D. Z.“ in echt kapitalistischem Jargon einen „Aufschwung“ der Landwirtschaft. Woraus man wieder einmal sieht, daß sie die Arbeiter zur „Landwirtschaft“ nicht mitzählt.

Der bayerische Landtag.

München, 13. August.

Am 29. September 1909 trat der bayerische Landtag zur Tagung zusammen und am 10. August 1910 wurde er geschlossen. Die Session hat also nicht weniger als 10 1/2 Monate gedauert, wobei als Unterbrechungen nur die üblichen Parlamentsferien an den großen Festen in Betracht kommen.

Der bayerische Landtag mit seiner 10- bis 11monatlichen Sessionsdauer ist unter seinen Brüdern wohl ein Unikum. Um die ungehörliche Ausdehnung der Parlamentssession eines verhältnismäßig kleinen Staates überhaupt bestehen zu können, muß man zwei für die Gesetzgebungsstätigkeit unpolitische und hinderliche, aber durch die Tradition geheiligte Dinge kennen: Einmal die zweijährige Budgetperiode, die in einer Session die Erledigung parlamentarischer Arbeit für zwei Jahre verlangen, und zum anderen den Finanzausschuß, den in der Vorbereitung des ganzen Budget mit den hierzu gestellten Anträgen durchlaufen muß. Dieser Finanzausschuß, wenig höflich, aber sehr zutreffend „Vorlaufmaschine“ genannt, erweist sich fortwährend als ein bedeutendes Hindernis für ein rasches Vordrängen der parlamentarischen Arbeit.

Er kann nämlich seine Vorlaufarbeit nicht so rasch erledigen, daß das wiederkehrende Plenum ununterbrochen in Tätigkeit bleiben könnte. Es fehlt sehr häufig an Stoff, was den Ausfall von Plenarsitzungen zur Folge hat. Für die Erhaltung der zweijährigen Budgetperiode sind die verknöcherten Bureaucraten der Regierung, nicht zum wenigsten die Minister, die auf diese Weise ein volles Jahr Schonzeit erhalten. Für die Konserbierung des Finanzausschusses tritt die verknöcherte Bureaucratie des Parlamentes ein, repräsentiert durch jene Parteihäuptlinge, die sich durch Tüchtigkeit, Alter oder Tradition die Antwortkraft auf einen der begehrten Sessel des Finanzausschusses errungen haben.

Zweijährige Budgetperiode und Finanzausschuß, diese beiden antiquarisch-parlamentarischen Karikaturen, sind die stärksten Sperrvorrichtungen an dem Landtagsfahren. Die Beschleunigung der Diäten, der Versuch der Kontingentierung der Redner, der Beschluß auf Abkürzung der mündlich zu erhaltenden Referate hat nur wenig zur Verbesserung der Situation beigetragen, weil die Vereinbarungen zumeist nicht gehalten wurden.

In das bayerische Parlament kamen die Sozialdemokraten mit dem Jahre 1893. Seitdem hat sich nicht nur die Arbeitsmethode, sondern auch der Arbeitszweck der sozialdemokratischen Fraktion geändert. In den ersten Sessionen führte die bayerische Sozialdemokratie als interessante Neuerung ihre parlamentarischen Kämpfe durchaus in großem Stil. Fragen grundsätzlicher und gegenüber der bürgerlichen Phalanx unerschütterlicher Art wurden mit Vorliebe aufgeworfen und gründlich erörtert. Es war die Zeit, in der das Parlament für unsere bayerische Partei politisch-jungfräulicher Boden, Neuland, war, in der die fünf Mann starke sozialdemokratische Fraktion direkte parlamentarische Erfolge nicht erhoffte, die „positive“ Arbeit also eine mehr untergeordnete Rolle spielte. Die erste Tätigkeit in der gesetzgebenden Körperschaft Bayerns galt nicht ausschließlich, aber in der Hauptsache der Agitation und Propaganda der sozialistischen Ideen und Ideale auf wirtschaftlichem und politischem Gebiete. In dieser Periode war es eine Lust, parlamentarisch zu schaffen, und von ihr reden die „Alten“ gerne in froher Erinnerung. Es war dieselbe Periode der Entwicklung, in der heute unsere preussischen Genossen im Klassenparlament zu Berlin sitzen, und für die Sozialdemokratie in Bayern gleichsam das Heroenzeitalter des Parlamentarismus.

Weltanschauungen und Prinzipien ändern sich nicht in Jahren und Jahrzehnten und so kam es, daß in jeder Session dieselben Kämpfe mit denselben Gedankengängen und Motivierungen sich wiederholten und damit allmählich das Interesse zu schwinden begann. Die großzügigen Debatten über Kultur- und Weltanschauungen wurden in dem bayerischen Parlamente selten und seltener und an ihre Stelle traten eine manchmal recht erfolgreiche, aber vielfach sehr nüchterne Kleinarbeit. Das Streben nach positiven Erfolgen rühte weit in den Vordergrund und mit ihm kam die Blütezeit der Kompromisse und Kuhhandel. Die parlamentarische Arbeit der sozialdemokratischen Fraktion ist praktischer, aber auch reizloser geworden.

Dieser Charakter trug im ganzen auch die Arbeit unserer bayerischen Fraktion in der eben geschlossenen Session. Fast alle verabschiedeten Beschlüsse tragen deutliche Spuren sozialdemokratischer Mitarbeit. Bei jeder parlamentarischen Aktion stand die Fraktion mit im Vordergrund, nicht selten als Regisseur, häufig als Trägerin wichtiger Rollen der politischen Kriegsspiele. Und das Ergebnis der langen und für unsere Genossen anstrengenden Tagung? Gleich Null. Wohl kaum eine Session hat einerseits so viel Unerreichtes und andererseits so wenig positive Erfolge für die Arbeiterschaft gebracht wie diese. Die neuen Steuererträge, Steuerreform und Biersteuer, bringen für die unteren Bevölkerungsschichten neue Lasten, denen auf dem Gebiete der Sozialpolitik nicht das geringste Entgegenkommen gegenübersteht. Zwar an schönen Worten über Koalitionsrecht und Koalitionsfreiheit, über Arbeitslosenfürsorge und Ausbau der Reichsversicherungsgehalte hat es nicht gefehlt. Auch Bodmannsche Komplimente für unsere Partei können wir mehrfach verzeichnen, und ein Minister hat es sogar gewagt — es ist ihm allerdings schlecht bekommen —, die Sozialdemokratie als eine Kulturbewegung mit dem Christentum auf eine Vergleichslinie zu stellen.

Die völlige Unfruchtbarkeit der letzten parlamentarischen Session weist wieder einmal deutlich darauf hin, daß die Staats-

Insere Selbstbewußt und die Basis der Erfolge außerhalb des Parlaments liegen. Es ist eine gründliche Aufklärungsarbeit durch das ganze Land, ein weiterer Zuwachs an Anhängern notwendig, um die parlamentarische Stütze der Fraktion zu vergrößern und so den Boden für neue Erfolge vorzubereiten. Das wird nur möglich durch eine scharfe Frontstellung gegen alle bürgerlichen Parteien, insbesondere gegen das Zentrum, das in dieser letzten Session sich mehr als früher als eine rücksichtslose Partei der schlimmsten Reaktion auf politischem und sozialpolitischem Gebiete erwiesen hat.

Zehnter bayerischer Parteitag.

Erlangen, 15. August.

(Privatdepesche des „Vorwärts“.)

Der diesjährige bayerische Parteitag wurde hier am Sonntag unter dem Vorsitz des Genossen von Bollmar im „Kolosseum“ eröffnet. Der deutsche Parteivorstand war vertreten durch Genossen Ebert-Berlin; von den badi-schen Genossen war Geiß erschienen. Von der Landtagsfraktion Bayerns waren 14 Mitglieder anwesend.

Landtagsabgeordneter Auer erstattete den Bericht des Landesvorstandes, der nach eingehender Debatte einstimmig genehmigt wurde. Auch die Vorschläge des Landesvorstandes und die aus den Parteioorganisationen hervorgegangenen Anträge zur Neuorganisation wurden gebilligt. In den parlamentarischen Bericht der Landtagsfraktion teilten sich die Genossen Adolf Müller, Dr. von Haller und Segitz.

Genosse Müller zeichnete in sein pointierter Weise ein Bild der innerpolitischen Lage Bayerns. Er wies insbesondere auf den wachsenden Einfluß des Zentrums hin, das seine letzten demokratischen nährengel abgestreift und nun immer mehr sich zur Beamtenpartei entwickele. Ihr gegenüber stehe eine Regierung, die den immer reaktionärer werdenden Forderungen des Zentrums nicht mit dem nötigen Rückgrat entgegenetrete. In Bayern gäbe es zwar keinen Regierungsabsolutismus, aber einen Absolutismus der Bürokratie, der auch die Kammermehrheit voll und ganz beherrsche. Die politische Lage sei ernst und es gelte zum Kampf gegen einen wohlhabendsten Gegner alle Kräfte zu sammeln.

Dr. von Haller referierte über die Steuerpolitik des bayerischen Landtages, in dessen Vordergrund die bayerische Steuerreform und das Malzabzugssteuergesetz gestanden. Die Steuerreform bringe zwar die allgemeine progressive Einkommensteuer, aber sie besitze den Fehler, daß sie die unteren Klassen zu stark belaste, die höheren Einkommen aber ängstlich schone. Das Malzabzugssteuergesetz lasse 15 Millionen in die Taschen der Wirte und Brauer fließen, während die werktätigen Volksschichten dafür zu bluten haben. Zentrum und Liberalismus aber trügen gemeinsam die Schuld an dieser Ausräuberung des Volkes.

Ein ähnlich trübes Bild von der reaktionären Strömung in der bayerischen Kammer malte Genosse Segitz in seinem Referat über die bayerische Sozialpolitik. Auch auf diesem Gebiete habe das Zentrum alles getan, um eine Vorwärtsentwicklung zu verhindern. Es habe die sozialdemokratischen Anträge niedergestimmt und sie in veränderter Form als ultramontanes Zukunftsprogramm hingestellt.

Der Landtagsfraktion wurde einstimmig das Vertrauensvotum des Parteitages ausgesprochen. In den Landesvorstand wurden die Genossen von Bollmar, Adolf Müller, E. Auer, Rath-München, Treu und Simon-Münchberg gewählt.

Ueber den Entwurf eines neuen Gemeinde-wahlprogramms, der im Wesentlichen dem Ludwigs-hafener Programm entspricht, aber den geänderten Verhältnissen angepaßt ist, referierte Genosse Ed. Schmid-München.

Der Entwurf wurde angenommen und mit den eingelaufenen Anträgen einer Kommission von 5 Mitgliedern zur Ausarbeitung für den nächsten Parteitag übertragen.

Die übrigen Punkte der Tagesordnung, die Agitation und Presse und die eingelaufenen Anträge wurden ohne wesentliche Debatte erledigt und der Parteitag mit einem Hoch auf die Sozialdemokratie geschlossen.

Politische Uebersicht.

Berlin, den 15. August 1910.

Konfliktklüsterne Gaunerpolitik.

Die „Post“ kommt in ihrer Sonntagnummer auf ihren bekannten Artikel zurück, in dem sie aufgefordert hatte, mit irgend einer Macht Differenzen zu suchen, um auf diese Weise eine zugkräftige Wahlparole vorzubereiten. Das Blatt quittiert die Hebe, die es von allen Seiten erhalten hat, damit, daß es recht auf seinem Standpunkte beharrt und rund heraus erklärt, von diesem nicht abgehen zu können. Zwar wird der Versuch gemacht, zu bestreiten, daß es sich um eine Kriegshebe gehandelt habe, allein die „Post“ erklärt gleich darauf wieder selbst:

„Wir sind noch immer der Meinung, daß ein scharfgeschliffenes Schwert, wie unser Kaiser einmal sagte, die beste Friedensbürgschaft ist. Wer aber ein scharfgeschliffenes Schwert besitzt, der macht sich lächerlich, wenn er sich so benimmt, als ob er ein Holzernes an der Seite führe. Eine auswärtige Politik, wie wir sie verlangen, muß die Freude am Reich, den Stolz auf die eigene Nation heben und ist dementsprechend ein geeignetes Mittel, denjenigen den Wind aus den Segeln zu nehmen, die aus dem Reichsdruck und der Ungleichheit über unsere Zustände ihren Nutzen schöpfen.“

Die Empörung, die der Artikel der „Post“ hervorgerufen hat, dient dem Blatte als Beweis, wie glücklich der Gedanke war, und deshalb empfiehlt es allen maßgebenden Stellen noch einmal:

„Durch eine männliche, selbst- und zweckbewusste auswärtige Politik dem deutschen Volke die rechte Freude am Reich und volles Vertrauen zu seiner Regierung zurückzugeben. Das wird eine gute Vorbereitung für die kommenden Reichstagswahlen geben.“

Bei einigen Blättern hat übrigens der schöne Vorschlag der „Post“, einen Konflikt mit einer fremden Macht zu provozieren und dann nach allen Regeln der Kunst den deutschen Chauvinismus aufzupfeifen, nicht nur theoretisches, sondern bereits praktisches Verständnis gefunden. So schreibt die „Tremontia“, das Dortmunder Zentrumblatt, in einem „Hochfliegende Franzosen und schwermütige Wildeutsche“ überschriebenen Leitartikel, in dem sie den Fall behandelt, daß französische Abolitionisten mit ihren Flugmaschinen über die deutsch-französische Grenze hinwegfliegen sollten:

„... Je schärfer wir zu Felde ziehen gegen jedes Flugzeug, das die Luftlinie oberhalb der Grenzlinie berührt, desto höher wird das Ding in der Wertschätzung unserer Nachbarn steigen. Das einzig wirksame Antipirin (Beruhigungsmittel) ist die Ausbildung der Fliegerkunst und der Flugzeuge in Deutschland. Wenn wir ebensoviele Aeroplane und noch einige Zeppelinons mehr haben, so wird der „lustige“ Chauvinismus schon nachlassen. Eine absichtliche Ueberschreitung der Grenze ist ungebührlich; aber wie sehen nicht ein, daß man gleich mit Kanonen auf jeden Spatz schießen müßte. Ernst Regeln wären freilich geboten, wenn die Franzosen ihre Drohung wahr machen wollten, der Auspähung halber über Metz oder anderen Festungen zu fliegen. In dem Falle könnten wir ja nach vorheriger Ver-warnung eine Uebung im Scharfschießen auf Luftfahrzeuge vornehmen, was zur Ausbildung für den Ernstfall nicht unnütz wäre.“

Das ist für den Anfang eine ganz ansehnliche Leistung. Vielleicht werden uns die nächsten Monate noch schönere Kriegsherkunft befehlen; denn der Zweck heiligt die Mittel. Um sich für die nächsten Reichstagswahlen eine bessere Position zu verschaffen, scheint, wie man sieht, das blaueschwarze Preßgeschindel selbst nicht vor der Herausforderung eines blutigen Konfliktes zurück, der Hunderttausenden fräftiger Männer das Leben kosten kann.

Weiterer Rückgang der Reichseinnahmen.

Die Reichseinnahmen in den ersten vier Monaten des Jahres zeigen ein wenig günstiges Bild. Denn die Einnahmen an Zöllen und Steuern belaufen sich in den ersten vier Monaten auf 208,4 Millionen Mark gegen 217,8 Millionen in der gleichen Zeit des Vorjahres; es ergibt sich mithin ein Ausfall von 9,4 Millionen Mark.

Was die einzelnen Steuern betrifft, so beträgt im April-Juli die Verbrauchsabgabe für Branntwein 42,2 Millionen Mark und bleibt damit, da sie auf 180 Millionen für 1910 veranschlagt ist, bis jetzt erheblich hinter dem Vorschlag zurück. Die Brau-steuer mit 88 Millionen Ertrag erfüllt zwar annähernd, aber noch nicht ganz die Erwartungen des Vorschlages. Ganz erheblich bleiben zurück die Erträge der Leuchtmittelesteuer und des Scheideimpels mit nur 2,7 und 1,2 Millionen in einem Zeitraum von vier Monaten. Günstig entwickelt haben sich weiterhin die Zuckersteuer mit 53,2 Millionen und der Grundsteuerstempel mit fast 15 Millionen, sowie die Erbschaftsteuer mit 13,1 Millionen. Die Stempelabgabe von Wertpapieren bleibt zwar mit 16,7 Millionen um ein wenig hinter dem Ergebnis des Vorjahres zurück. Aber da in diesem eine sehr beträchtliche Voraus-gabung von Wertpapieren zum Zwecke der Steuerersparnis stattfand, so ist das Ergebnis noch vergleichsweise günstig. Insgesamt belaufen sich die Einnahmen im April-Juli auf 468,5 Millionen gegen 482,9 Millionen im Vorjahr, und da der Gesamtvorschlag für das laufende Jahr an Zöllen und Steuern sich auf 1441,5 Millionen stellt, so würde, wenn man das Ergebnis des ersten Drittels für das ganze Jahr zugrunde legt, ein Ausfall von 88 Millionen Mark gegen den Vorschlag zu verzeichnen sein.

Eine antimonarchische Demonstration

eigener Art soll am Dienstag, den 16. August, in Posen stattfinden. Bekanntlich wird dort mit großem Pomp und Gepränge das neue Kaiserjubiläum eingeweiht. Dieses Schloß kostet die Steuerzahler über 6 Millionen Mark. Die Stadt Posen ist bereits künstlich in einen wahren Taumel des Byzantinismus versetzt worden, und man macht gewaltige Anstrengungen, möglichst alle Einwohner zu veranlassen, den Festumzug, der „drum und dran hängt“, mitzumachen. Zur Ausschmückung einer kurzen Straßenszene, kaum so lang wie der Weg vom Berliner Zeughaus zum Schloß, hat die Stadt Posen 30 000 M. bewilligt. In Anbetracht dieser Sachlage haben unsere Parteigenossen beschlossen, Dienstag abend eine Gegendemonstration zu veranstalten, und zwar in Gestalt einer großen Volksversammlung, in welcher Redakteur Albert-Breslau über das Thema: „Schlöffer und Millionen für den König — Fußtritte für das Volk“ referieren soll.

Die Versammlung gewinnt besonders dadurch an Bedeutung, daß in ihr an Ort und Stelle die Notwendigkeit der Erhöhung der Zivilliste prächtig illustriert werden kann.

Zum Gouverneur von Südwestafrika

soll der bisherige Gouverneur von Kamerun Dr. Seih ernannt werden. Die „Neue Badische Landeszeitung“ in Mannheim, die diese Meldung aus angeblich bester Quelle bringt, teilt noch mit, daß Seih abgelehnt habe, als Unterstaatssekretär ins Kolonialamt einzutreten.

Die Königsberger Justiz.

Das ungeheuerliche Urteil im Königsberger Prinzen-beleidigungs-Prozess ist selbst der „Frankfurter Zeitung“ zu stark — beläufig, soviel wir sehen, ist es, von den radikalen Berliner Montagblättern abgesehen, das einzige liberale Blatt, das sich gegen den Spruch der Königsberger Richter wendet. Das Frankfurter Blatt findet das Urteil unter anderem auch deshalb furchtbar blamabel, da dadurch die absolute Ungleichheit der seinerzeit von den Liberalen als große Errungenschaft des Wilhelms des Griefenen „Reform“ des Majestätsbeleidigungsparagraphen erwiesen wird. Was die Sozialdemokratie vorangesagt hat, ist eingetroffen, die „Reform“ verstärkt die Gehässigkeit dieser Strafgesetzgebung, da sie sie zu einem Ausnahmegesetz gegen Sozialdemokraten macht. Weil die Sozialdemokraten Markwald und Linde nach dem durch keinerlei Sachkenntnis getriebenen Urteil der Königsberger Richter die Prinzen hassen müssen, so wird die Böswilligkeit der angeblichen Beleidigung geschlossen. In den Novembertagen des Jahres 1909 hat kein Staatsanwalt die zu einem großen Teil außerordentlich scharfen Kritiken verfolgt, die die deutsche Presse an der Person des Kaisers übte. Mit gutem Grund. Denn damals war es nicht nur die sozialdemokratische, es war mit wenigen Ausnahmen auch fast die gesamte bürgerliche Presse, die sich in dieser scharfen Kritik erging. Da waren die deutschen Staatsanwälte überzeugt, daß keinerlei Böswilligkeit vorhanden war. Man muß sich die damaligen Ausführungen vergegenwärtigen, um die ganze Schwere der Aufgabe zu empfinden, daß im Falle Königsberg Sätze verfolgt wurden, und daß in ihnen die böswillige Absicht der Beleidigung gefunden wurde, von denen selbst die bürgerliche „Frankfurter Zeitung“, die sich vor der angeblichen Beschuldigung des Artikels der „Königsberger Volkszeitung“ hoch-fahrend befreuzt, zugeben muß, daß sie eine Beleidigung weder im Inhalt noch der Form zu entdecken vermocht habe.

Uebrigens wird das ungeheuerliche Urteil um vieles verständlicher, wenn man aus den Bericht, den die „Königsberger Volkszeitung“ über die Verhandlung brachte, erfieht, daß der Vorsitzende, Landgerichtsdirektor Schmidt, bei der

Bernehmung des Angeklagten Markwald seine Unparteilichkeit durch folgenden Ausspruch dokumentierte:

„Über Angeklagter, Sie müssen doch zugeben, daß Sie die königlichen Prinzen in dem Artikel verpöten und mit Hohn übergossen haben, und daß das auch Ihre Absicht war.“

Der Herr Vorsitzende hatte den Schuldispruch also schon vor der Verhandlung fertig...!

Schmiergelder in der Marine.

Nicht nur beim Ausrüstungslauf auf der Reichswehr können Schmiergelder gute Dienste leisten, wie durch den Arier Wertprozess erwiesen worden ist, auch bei der Lieferung von Proviant für die Flotte spielen Schmiergelder eine Rolle. Darüber kamen in einem Prozess, der sich am Sonnabend vor dem Kriegsgericht des ersten Geschwaders in Kiel abspielte, allerlei interessante Dinge in die Öffentlichkeit. Angeklagt waren sämtliche sieben Böttelers des ersten Geschwaders, und zwar die Böttelers beziehungsweise Oberböttelers der Linienfahrzeuge „Hannover“, „Westfalen“, „Wettin“, „Jäger“, „Kassau“, „Schlesien“ und „Mecklenburg“. Die Angeklagten waren angeklagt wegen Ungehorsamkeit gegen einen Dienstbefehl, der das Annehmen von Schmiergeldern verbietet. Zur Anklage standen nur die in den letzten drei Jahren vorgekommenen Fälle, die anderen waren verjährt. Die Angeklagten gaben teils zu, kleinere Beträge von Lieferanten erhalten zu haben, teils leugneten sie jede Schuld. Die als Zeugen vernommenen Schlächtermeister, Wäckermeister und Brauereivertreter sagten aus, daß sie von Zeit zu Zeit Beträge von 10, 20, 30, auch 40 M. an die Böttelers bezahlt hätten. Ein Wäckermeister hat regelmäßig eine Summe an den Böttelers bezahlt, die einem Betrage von 5 Proz. der zu zahlenden Rechnung gleichkam.

Ein Brauereivertreter hat einmal versucht, ob es nicht ohne Schmiergelder gehe. Er mußte aber bald einsehen, daß es nicht möglich war. Ein Schlächtermeister ist mit einem seiner Verfassollegen Mitglied einer Kommission, die von den Schlächtermeistern zur Abschaffung des Schmiergeldverwehens gewählt worden ist. Auch die Böttelers schienen eine ähnliche Organisation zu haben wie die Mithändler, deren Organisation bekanntlich unter dem Namen Chabruse bekannt geworden ist. Der Schlächtermeister sagte nämlich vor Gericht aus, daß er und sein Kollege von den Böttelers boykottiert würden, weil sie Mitglied der oben erwähnten Kommission seien. So sei er jetzt die Lieferung für zwei Offiziersmessern los geworden.

Einen Kamerad versuchte der am meisten belastete Böttelers (Ezech vom Linienfahrzeuge „Westfalen“, um seine Schuld möglichst klein erscheinen zu lassen. Er sagte, er sei schon deshalb auf Geschenke angewiesen, weil er den Kameraden habe hin und wieder Geld geben müssen, denn sonst hätten ihn die Matrosen bespöthelt. Das Gericht sprach den Böttelers vom Linienfahrzeuge „Jäger“ frei und verurteilte die übrigen zu je vier Wochen Mittelarrest. Der Vertreter der Anklage hatte je sechs Wochen Mittelarrest beantragt.

Die geschäftskundigen Böttelers können sich über die Härte der Strafe sicher nicht beklagen.

Nur der Rottenführer.

Zu der vor einigen Tagen von uns veröffentlichten Meldung daß in der Nähe der Station Wankel, Strecke Strahburg-Wasel, sechs Streckenarbeiter durch einen Zug getötet worden sind, wird uns von einem Bauingenieur geschrieben:

„... Das empörende Geschwätz der bürgerlichen Zeitungen, der mitgetötete Rottenführer trage die Schuld an dem grauen-vollen Vorfalle, fordert doch zu einer ganz entschiedenen Zurückweisung heraus. Es wird behauptet, Fischer hätte es gegen die Vorchrift unterlassen, einen Posten aufzustellen.“

Wo mögen die Zeitungen diese oberflächliche Begründung herhaben? Erstens genügt doch die Aufstellung eines Postens gar nicht, sondern es sind bei solcher Massenbeschäftigung zwei Posten erforderlich — auf jeder Seite einer. — Zweitens hat die Aufstellung von Posten gar keinen Zweck, besonders bei Rebel, der an dem Morgen herrschte, wenn die Arbeiter nicht mit Signalförnern versehen sind. Der Rottenführer hat vermutlich keine Signalförner bekommen und konnte daher keine Posten aufstellen. Wenn hier nach dem Schuldigen gesucht wird, so ist er wiederum nicht bei denen zu suchen, die sich fügen müssen, — vergleiche unseren Artikel „Schablone F“ in Nr. 155 — sondern bei denen, die verantwortlich sind, die Schuttmittel zu stellen. Als nächster Schuldiger ist hier der Bahnmeister zu erachten, in dessen Verwalte sich Hörner befinden mußten. Es sind aber solche wahrscheinlich nicht vorhanden, es ist vielleicht jahrelang ohne diese gegangen, bis dann ein Wassertank die Eisenbahnbetriebsinspektion daran erinnert, den Brunnen zuzudecken. Vielleicht hat der Bahnmeister aus Sparrücksichten nicht gewagt, Signalförner zu fordern und so unterließ die wichtigste Vorsichtsmaßregel. Die Schuld der Eisenbahnbetriebsstelle ist niemals erweisbar und die Zeugen, die Auskunft geben könnten, sind zum Glück für die Behörde tot!

Es muß deshalb mit aller Entschiedenheit dagegen protestiert werden, daß ein armer Rottenführer die Schuld an dem Massenunglück tragen soll. Die Ursachen solcher Unfälle sind dieselben wie beim Bergbau, wo ebenfalls die nachlässigen Vorsichtsmaßnahmen vernachlässigt werden. Auffallend ist auch das beherrschende Schweigen der sonst mit Verichtigungen so eilig herankommenden Eisenbahndirektion. Sollte hier ein besonders fahrlässiges Verhalten der verantwortlichen Betriebsstelle die wahre Ursache des fähen, schrecklichen Unglücks sein?

Der Gendarm als Schutzhengel der Sittlichkeitsverbrecher.

Die Insel Helgoland hat einen Sittlichkeitskandal zu verzeichnen. Ein Uhmörder wurde verhaftet, weil er eine Reihe Jahre hindurch mit schulpflichtigen Mädchen schwere Sittlichkeitsverbrechen begangen hatte. Ein 13-jähriges Mädchen war von ihm geschwängert worden. Eine Stunde nach der Verhaftung verzichtete sich der Beschuldigte im Gefängnis. Schlimmer fast noch als diese Verbrechen will uns die Tatsache erscheinen, daß ein Gendarm Mitwisser gewesen ist, ohne den Unhold rechtzeitig das Handwerk zu legen. Die „Berliner Volkszeitung“ ist in der Lage, einen Brief dieses Gendarmen an einen langjährigen Besucher Helgolands abzuenden, der die folgenden ungläubigen Selbstbezeugungen des Gendarmen enthält. Der Gendarm schreibt:

„Was sagen Sie zu der Angelegenheit Veders? (des Sittlichkeitsverbrechers). Er unterhielt seit circa 7 Jahren mit schulpflichtigen Kindern Verkehr; einige waren erst acht Jahre alt, ein dreizehnjähriges Mädchen kam in andere Umstände. Der Vater des Kindes erstattete mir Anzeige, hierdurch war ich gezwungen, ihn festzunehmen, zumal er am selben Tage die Insel verlassen wollte. Leicht ist mir dieses nun gerade nicht geworden. ... Ich kann Ihnen ja gern anvertrauen, daß ich ihn im vorigen Jahre bereits gewarnt habe. Er hätte sich auch längst vor der Katastrophe entfernen können. Im Laufe der Ermittlungen bedachte ich dann noch vieles auf. Anher Veders sind in der Sache ein Oberleutnant, ein Oberhabsarzt, ein Obermaat, ein Matrosen und fünf Helgoländer beteiligt. 7 Mädchen im Alter von 7—14 Jahren. Mündlich können wir mal besser darüber reden!“

Man wird ja wohl nun bald erfahren, was mit diesem weiten „Schuhmann“ geschieht, der die vornehmen Wüstlinge warm und gern laufen läßt, wenn sie ihm nicht direkt zugetrieben werden.

Die Gelben an der Arbeit.

Wir besprachen unlängst einen von dem Ausschuss zur Förderung der Beziehungen vaterländischer Arbeitervereine (Vorsitzender Generalmajor z. D. v. Loebell) erlassenen Aufruf zur Gründung gelber Organisationen. Den Arbeitgebern und sonstigen kapitalistisch interessierten Kreisen, denen dieser Aufruf zugeht, wurde darin ausbelegend gesagt, daß die Gesamtmitgliedszahl der gelben Vereine bereits 200 000 erreicht habe. Es scheint aber, als ob diese Empfehlung der angeblichen Erfolge der gelben Gewerkschaften, gegen die sich sogar die christlichen Vereine entschieden zu wenden genötigt sahen, dem Generalmajor v. Loebell nicht eindrucksvoll genug erschien. Uns liegt wenigstens ein Schreiben dieses Herrn vor, in dem er die Aufforderung zur Beitragsleistung für den Ausschuss damit zu begründen sucht, daß er die Leistungen der sozialdemokratischen Partei ins Ungeheuerliche zu vergrößern sucht.

In dem Begleitschreiben zu den gedruckten Beitritts- und Beitragsaufforderungen wird aufgefordert, den Beitrag für die gelben Organisationen gleich für einige Jahre zuzusichern! Es heißt dann in diesem mit Schreibmaschinenschrift hergestellten und von Herrn von Loebell eigenhändig unterzeichneten Begleitschreiben am Schlusse wörtlich:

„Der Erfolg unserer Tätigkeit hängt wesentlich von der Höhe unserer Mittel ab, da die sozialdemokratische Partei über große Machtmittel verfügt. Ihre Jahreseinnahmen betragen mehr als 60 Millionen Mark. Annähernd 200 politische und gewerkschaftliche Blätter neben Millionen von Flugzetteln predigen den Klassenhaß. 200 Arbeitersekretariate und Auskunftsstellen wirken als Verbüroaus. Die Agitation wird geleitet von 49 Reichstagsabgeordneten, etwa 180 Landtagsabgeordneten und fast 7500 Mitgliedern deutscher Gemeindevertretungen. In den Angestellten der Krankenkassen, der Konsumvereine, der politischen und gewerkschaftlichen Organisationen stehen der Sozialdemokratie Zehntausende von Agitatoren zur Verfügung.“

Die Jahreseinnahme der Sozialdemokratie mit 60 Millionen Mark sind leider eine vielfache Ueberschätzung. Herr von Loebell hat einfach die gewerkschaftlichen Aufgaben dienenden Einnahmen von mehr als 2 Millionen gewerkschaftlich organisierten Arbeitern den Einnahmen der sozialdemokratischen Partei zugerechnet. Wenn man so bei anderen Parteien verfahren wollte, müßte man ja auch die Einnahmen der Kirchendirektoren, der Freimaurer, der Freisinnigen, der christlichen Organisationen hauptsächlich dem Zentrum, die des Hansabundes und der verschiedenen Arbeitgeberverbände den Nationalliberalen und Konservativen, die der Innungen, Kriegervereine usw. den Konservativen zugerechnet werden. Ja, man könnte noch weitergehen und alle Einnahmen unseres Klassenstaates, die ja den Interessen der bestehenden Klassen und damit den bürgerlichen Parteien dienen, einfach diesen Parteien zurechnen, so daß deren Einnahmen auf mehrere tausende Millionen Mark zu schätzen wären!

Als Agitatoren der bürgerlichen Parteien kämen dann nicht nur die höheren Beamten, sondern auch zahlreiche mittlere und untere Beamte, Gendarmen und Schutzmänner, die Geistlichkeit, der größte Teil der Lehrer, kurz, viele viele Hunderttausende von Staatsangestellten in Betracht!

Jedenfalls aber vertritt das eifrige Bemühen der Protektoren der gelben Organisationen, mit welchem Eifer die Sachwalter der Kapitalistenklasse an der Arbeit sind, durch künstliche Spaltung und Zerfleischung der Arbeiterklasse die Sache des Ausbeutertums zu fördern!

Zum Wandbeker Wahlrechtsraub.

Wie schon wiederholt berichtet, hat die Wandbeker Stadtverwaltung alle diejenigen Steuerzahler in der Bürgerrolle gestrichen, deren Einkommen den Betrag von 1500 M. nicht erreicht, während bis zur Aenderung der Stadtordnung, am 17. September 1909, das Wahlrecht an einen Staatssteuerjah von 16 M. (1850 bis 1500 M. Einkommen) gebunden war. In der entscheidenden Sitzung erklärte der Oberbürgermeister, „niemandem solle durch diese Maßregel das Wahlrecht geraubt werden, wie in sozialdemokratischen Kreisen behauptet werde“. Jetzt hat man die ganze Gruppe Steuerzahler von 1850 bis 1500 M., etwa 300, der „Armenliste“ überwiesen und zu Kommunalbürgern zweiter Klasse degradiert, weil ihr Einkommen 1500 M. nicht erreicht. Das „Rechtsgutachten“ des Magistrats geht dahin, daß abzüglich aller Krankenlasten- und sonstiger Versicherungsbeiträge ein reines Einkommen von 1500 M. entscheidend sei für die Verleihung des Bürgerrechts. Ein solches Reineinkommen herauszunehmen, ist bislang keinem Neffensmann gelungen, denn der Magistrat, bestehend aus Rechenmeistern à la Adam Riese, prüft die Rechnungen genau nach und subtrahiert so lange, bis das Reineinkommen eines Arbeiters einige Mark unter 1500 M. steht. Will also jemand sich in den Besitz des Wahlrechts setzen, so muß er sich eine Staatssteuerstufe höher einschätzen, müßte einen Staatssteuerbetrag von 21 M. (1600 bis 1650 M. Einkommen) zahlen.

Das Stadtdirektorenkollegium, das nach den Bestimmungen der Schleswig-holsteinischen Städteordnung über die Reklamationen in erster Instanz zu entscheiden hat, stellte sich auf den „Rechtsstandpunkt“ des Magistrats und sanktionierte den Wahlrechtsraub.

Die Angelegenheit wird voraussichtlich noch die höheren Instanzen — Bezirksauschuss und Oberverwaltungsgericht — beschäftigen.

Die Polizeihunde — eine Gefahr für das Publikum.

Zu einem gemeingefährlichen Unfug ertet allmählich der immer mehr um sich greifende Gebrauch der Polizeihunde aus. In Dortmund wurden Personen, die sich vor dem Laden eines hochloftierten Tabakfabrikanten angeammelt hatten, durch Polizeihunde angefallen. Neuerdings berichtet ein Einwohner Dortmunds einen neuen Fall, wie die Hundebesitzer benutzt werden. Der Mann ging nachts, von einer Besichtigung kommend, nach Hause und gewahrte, daß unterhalb eines Gasfandelsobers dicke Rauchwolken aufstiegen. Auf der Straße brannte nämlich an verschiedenen Stellen Gas, das einer defekten Rohrleitung entwich. Als der Mann das Feuer nicht löschen konnte, alarmierte er durch einen Feuerwecker die Wehr. In demselben Augenblick stürzten nach der Schilderung des Mannes zwei Polizeibeamte auf ihn zu. Einer hielt ihn fest und der andere ließ den Hund los, der den Mann sofort in den Unterschenkel biss. Dem Ersehnten, den Hund an die Leine zu nehmen, wurde erst entbrochen, nachdem der Mann noch wiederholt gebissen worden war. Es ist hohe Zeit, daß dem toßen Unfug energisch entgegengetreten wird. Man muß dem Publikum dringend raten, vorkommendenfalls die angreifenden Hunde einfach niederzuschlagen oder zu schießen.

Näuerische Soldaten.

Am 11. Juni verhängte das Kriegsgericht zu Lübeck schwere Strafen über die wegen Fahnenflucht, wiederholten Einbruchdiebstahls, Urkundenfälschung, Beschädigung und Preisgebens von Dienstgegenständen, Gehorsamsverweigerung usw. angeklagten Musketiere Max Steffer (der schon einmal wegen Fahnenflucht bestraft worden ist) und Ferdinand Doehn. Ersterer wurde zu 6 Jahren Zuchthaus, Nebenstrafen und Ausstoßung aus dem Heere, letzterer zu 2 1/2 Jahren Gefängnis verurteilt. St. legte Berufung ein, weil ihm die Strafe zu hoch war, und gegen das Urteil gegen den Mitangeklagten lege der Gerichtsherr Berufung ein,

weil nicht auf Nebenstrafen und Ausstoßung aus dem Heere erkannt worden ist.

Die Angeklagten verließen am 27. März d. J. ihren Truppenteil, verschafften sich durch Einbruch in das Wootshaus eines Lübecker Ruderklubs Zivilzeug und gingen dann über Hamburg und Harburg nach dem Kreise Wismar, wo sie viele Einbrüche begingen. Mitte April wurden beide bei Verübung eines Diebstahls abgefaßt. Nach Lübeck zurückgeführt, soll St. wiederholt Befehlen nicht nachgekommen sein und die Arrestzelle beschädigt haben. Beide Angeklagte wollten sich nur das zum Fortkommen Notwendige gestohlen haben. Das Oberkriegsgericht des 9. Armeekorps (Altona) ermäßigte bei St. die Strafe auf fünf Jahre Gefängnis, belieh es aber bei den Nebenstrafen und erkannte gegen St. unter Verhängung des Strafmaßes erster Instanz auf Nebenstrafen und Ausstoßung aus dem Heere.

Oesterreich.

Vom Nationalitätenstreit.

Wien, 14. August. Vor dem tschechischen Vereinshaus, in dem sich 300 zum Besuch der Jagdausstellung hier eingetretene Tschechen, darunter viele Frauen, befanden, kam es heute zu tschechenfeindlichen Demonstrationen. Die Polizei verhaftete mehrere deutsche Demonstranten, die den zum Schutze des Vereinshauses gezogenen Polizeikordon zu durchbrechen versuchten.

Frankreich.

Eine abgelehnte Auszeichnung.

Unter französischer Genossenschaft, Abg. Poilin, ist kürzlich in die Lage gekommen, eine ministerielle Auszeichnung abzulehnen. Welcher Art sie war, geht aus folgendem Brief hervor, den der Genosse an den Minister des Innern, Briand, gerichtet hat:

„Ich erlebe aus dem „Journal Officiel“ vom letzten Montag, daß ich das Objekt eines Glückwunschschriftes bin für Taten der Aufopferung und des Muts im Lauf der Ueberschwemmungsperiode des vergangenen Januar und Februars. Ich bin um so überraschter und verbüffter, von Ihnen einer Auszeichnung würdig gehalten zu werden, da ich in keiner Weise etwas davon wußte, von irgend jemandem zum Objekt eines solchen Vorschlags gemacht worden zu sein. Eine große Anzahl meiner Mitbürger haben während der schmerzlichen Krise, die wir durchgemacht, ihre Solidaritätspflicht erfüllt, als Männer, ohne auf eine Entlohnung oder Auszeichnung zu hoffen. Ich weigere mich, von dieser anonymen und edelmütigen Masse getrennt zu werden. Das um so mehr, als unter den Ausgezeichneten zu viele sind, die es nicht sein sollten und unter den Ungenannten viele, die es mehr verdient hätten. Als Mann hänge ich nur von meinem Gewissen ab, als Gewählter nur von meiner Partei und meinen Wählern. Ich lehne deshalb jeden ministeriellen Stempel ab. Empfangen Sie, Herr Minister, mit dem Bedauern, Ihre Glückwünsche nicht annehmen zu können, den Ausdruck meiner besonderen Hochachtung. A. Poilin.“

Vom Luftmilitarismus.

Paris, 14. August. Der Berichterstatter für das Kriegsbudget Clementel hat einem Berichterstatter des Ratin mit Beziehung auf das Programm des Kriegsministeriums für die Ruhbarmachung des Aeroplans für die Landesverteidigung erklärt, aus den Mitteln, die dem Kriegsministerium für 1910 zur Verfügung stehen, werde der Minister unverzüglich Aeroplane der verschiedensten Typen in Auftrag geben. Die Aufgabe der nächsten Zukunft wird die Ausbildung der Aviatikertruppe sein. Zu den jetzigen drei Uebungsplätzen für Militäraeroplane werden drei weitere hinzukommen, davon einer in einer Gebirgsgegend. Auf diesen sechs Uebungsplätzen werden die jetzigen Aviatiker der Armee verteilt werden mit der Aufgabe, erstens Schüler auszubilden und zweitens sich selber zu vervollkommen und sich das höhere Diplom für Aviatik zu erwerben, das durch einen Ueberlandflug von 100 Kilometer in 600 Meter mittlerer Höhe erlangt werden soll. Um einen geeigneten Militäraeroplan zu erlangen, soll ein Wettbewerb unter den Konstrukteuren ausgeschrieben werden. Der Militäraeroplan soll die Fähigkeit besitzen, Fahrten von 200 Kilometern auszuführen mit einer Tragfähigkeit von mindestens drei Passagieren in voller Ausrüstung und Bewaffnung, außerdem sollen sich die Apparate leicht und schnell montieren und demontieren lassen und leicht transportierbar sein. In allen Ländern werden künftig Militäraeroplane teilnehmen. Für das Jahr 1911 werden sofort bei Beginn der parlamentarischen Arbeiten zwei Millionen Francs für die weitere Durchführung dieses Programms gefordert werden. Der Kriegsminister behält sich vor, nötigenfalls weitere Kredite im Laufe des Jahres 1911 anzufordern. Die gesamte Aviatikertruppe wird einem einheitlichen Kommando unterstellt werden, welches dem General Rocques übertragen werden soll.

England.

Der neue Ueber-Dreadnoughts.

London, 15. August. Der neue Ueber-Dreadnoughts „Lion“, der in der letzten Woche vom Stapel gegangen ist, wird mit einem neuen Geschützmodell armiert werden, dessen Konstruktion von der Admiralität streng geheim gehalten wird. Man erinnert sich, daß die ersten Geschütze von 304 Millimeter, die man als die äußerste Möglichkeit auf dem Gebiete der Artillerie bezeichnete, im Januar dieses Jahres auf den Kriegsschiffen „St. Vincent“, „Callington“ und „Bangaard“ zur Anwendung gelangten. Das neue Ueber-Dreadnoughtschiff soll jedoch mit 342 Millimeter Geschützen ausgerüstet werden.

Türkei.

Grenzkämpfe.

Saloniki, 15. August. Wie aus Papapoli berichtet wird, feuerten infolge von Reibereien zwischen griechischen und türkischen Grenztruppen die Türken auf die Griechen. Drei griechische Soldaten wurden schwer verwundet. Auch bei Domonikon kam es zu einem Kampf zwischen griechischen Hirten, die von griechischen Soldaten unterstützt wurden, und der türkischen Grenztruppe; drei Hirten wurden erschossen, zwei türkische Soldaten verwundet. Die Verluste der griechischen Truppen sind unbekannt.

Neue Vanden.

Sofia, 15. August. Nach Blättermeldungen hat sich in Bodena eine neue revolutionäre bulgarische Organisation gebildet. Das leitende Komitee hat ein Zirkular ausgegeben, worin der Bevölkerung die Auslieferung der Waffen an die Türken verboten, in Fällen von Gewalttaten türkischer Behörden bewaffneter Widerstand empfohlen und bei Nichterhaltung dieses Verbots strenge Verurteilung seitens des Komitees angekündigt wird.

Aus Industrie und Handel.

Fleischwucher.

Von der Preistreibeerei am Vieh- und Fleischmarkt werden die aus Anlaß der berühmten Reichsfinanzreform ohnehin

immer noch hoch gehenden Bogen der Empörung wie von einem Orkan erneut aufgepeitscht. In Zuschriften an uns fordert man die Organisation eines Fleischboikotts von Seiten der Partei. Ein Empörter macht den Vorschlag, die Fleischer sollten den Vertrieb frischer Fische und der Erzeugnisse von Fischen aufnehmen. Das sind Beweise für die Stimmung in Konsumententreisen. Und die Empörung ist berechtigt. Nachfolgende Aufstellung nach den Notierungen der Markthallen-direktion in Berlin veranschaulicht die Preisentwicklung. Es notierten am 12. August pro 50 Kilogramm in Mark:

	1908	1910	Steigerung in 1910 gegen 1908 in M.
Rohschafschaf Ia . . .	68—74	78—82	8—10
„ IIa . . .	64—68	75—78	10—11
„ IIIa . . .	57—64	64—74	7—10
Vollschafschaf Ia . . .	62—69	70—75	6—7
„ IIa . . .	52—57	60—69	8—12
Rohschafschaf mager . . .	49—59	60—68	9—11
„ „ . . .	39—49	50—60	11—
„ „ . . .	50—60	58—68	4—6
Vollschafschaf dän. . .	44—58	57—65	7—13
Doppelender Kalbfleisch . . .	105—115	110—120	5—
Rohschafschaf Ia . . .	90—95	90—100	5—
„ IIa . . .	80—87	80—87	—
Rohschafschaf ger. gen. . .	55—70	57—77	2—7
Rohschafschaf . . .	79—82	80—88	1—
„ „ . . .	72—78	75—79	1—3
„ IIa . . .	64—70	70—74	4—6
„ „ . . .	55—62	64—70	8—9
Schafschaf . . .	59—66	63—71	4—5

Ihrer Herrschaft über die Regierung gewiß, haben die Junker für die Klagen und Räte des Volkes nur kalte Verachtung. Sie wissen, die Konsumenten können ihnen nicht entrichten, so lange diese sie an der Herrschaft lassen. Dem Lebensmittelwucher kann das Volk nur begegnen, indem es den nationalliberal-zentriert-konservativen Schutzöllnern die politische Gefolgschaft verjagt.

Wie aus Dresden gemeldet wird, werden von der dortigen Bürgererschaft mehrere Protestversammlungen vorbereitet, in der die sächsische Regierung aufgefordert wird, eine unbeschränkte Dämpfung der Grenzen herbeizuführen.

Verkaufskontor syndikatsfreier Reichen. Unter diesem Namen ist beim Amtsgericht in Dortmund eine neue G. m. b. H. eingetragen. Das Stammkapital beträgt 800 000 M. Der Gesellschaftsvertrag ist am 1. Juli 1910 festgestellt. Geschäftsführer sind: Generaldirektor Bergeschaffner A. D. Heintz, Janßen und Generaldirektor Wiktor. Der Name Janßen besagt schon, daß das neue Verkaufskontor eine Gründung der Reichen der Bergwerks-Gesellschaft Zwickel ist. Janßen ist Generaldirektor der Reiche Radbod. Die Gründung bedeutet nichts anderes, als daß sich auch die syndikatsfreien Reichen syndizieren, also eine Gegenorganisation gegen das Kohlenyndikat bilden.

Die Diszaktion für die Gläubiger der Niederdeutschen Bank. Die an der Diszaktion beteiligten Banken haben beschlossen, den Gläubigern bis 100 M. 75 Proz., von 100—500 M. 50 Proz., von 500—1000 M. 30 Proz., von 1000—10 000 M. 25 Proz. sofort auszugeben. Sollte die Konkursmasse die Verteilung einer höheren Quote gestatten, so würden die Prozentanteile später eventuell erhöht werden, dagegen wird der Ausfall von der Diszaktion getragen.

Rohlen- und Koksproduktion. Der rechnermäßige Kohlenabsatz des Rheinisch-Westfälischen Kohlenyndikats betrug im Juli 1910 bei 26 Arbeitstagen 5 766 832 Tonnen oder arbeitstäglich 221 801 Tonnen (gegen Juli 1909 bei 27 Arbeitstagen 5 777 011 Tonnen oder arbeitstäglich 213 963 Tonnen). Der Versand hat mithin im Juli 1910 gegen den gleichen Monat des Vorjahres abgenommen insgesamt um 10 179 Tonnen, arbeitstäglich dagegen zugenommen um 7888 Tonnen gleich 3,66 Proz. Der auf die Beteiligung anzurechnende Koks- und Schlackensatz hat betragen in Koks im Juli 1910 bei 31 Arbeitstagen insgesamt 908 975 Tonnen (gegen Juli 1909 bei 31 Arbeitstagen insgesamt 790 555 Tonnen). Der Absatz in Schlackensatz betrug im Juli 1910 bei 26 Arbeitstagen insgesamt 230 044 Tonnen (gegen Juli 1909 bei 27 Arbeitstagen insgesamt 254 567 Tonnen).

Rübenguderfabrik in England. Wie der „Standard“ meldet, soll in Alderminster eine Zuckerrübenguderfabrik, welche im Jahre 300 000 Tonnen Rüben verarbeiten kann, mit einem Kapital von 50 000 Pfund Sterling errichtet werden. Viele Landwirte haben sich zum Anbau von Zuckerrüben verpflichtet.

„Standard“ berichtet über die Grafschaft Kent als neues Anbaugelände. Die Errichtung einer Raffinerie in dem Gebiet von Tunbridge-Well ist danach gesichert. Die Verhandlungen zwischen den Zuckerrübenbauern und Kapitalisten haben schnellen Fortgang genommen. Vierzig Anbauversuche hatten fast durchweg guten Erfolg. Die erzielten Rüben übertreffen die deutschen und andere seitländische Gewächse an Größe und enthalten durchschnittlich etwa 18 Prozent Saccharin, einen Satz, den die ausländischen Rüben nicht erreichen. Das Mitglied des Unterhauses Courthope erklärte, er werde bis zum nächsten Jahre im Osten der Grafschaft Suffex eine Rübenguderfabrik errichten.

Konzentrationsbestrebungen in der Eisenindustrie. Wie gemeldet wird, hat der Vorstand der Häftener Gewerkschaft dem Walzwerk Gabriel und Vergenthal in Coest eine Fusionsofferte unterbreitet, daß das Coester Unternehmen in der Häftener Gewerkschaft aufgehen soll. Zwischen beiden Unternehmungen besteht bereits seit längerem eine Interessengemeinschaft deraart, daß Häftener der Coester Firma im weitest größten Teile den Halbzugbedarf liefert.

Die Ausfuhr der Vereinigten Staaten von Amerika im Jahre 1909/10 bedeutet einen neuen kräftigen Schritt in der Richtung zum Industriestaat. Die landwirtschaftlichen Erzeugnisse, besonders die Nahrungsmittel, erzielten eine wesentlich verminderte, die Fabrikate eine stark gesteigerte Ausfuhr. Dazu eine große Steigerung der Einfuhr: ein Zeichen der gewaltigen Erhöhung der Kapitalmacht, die ihre Anlagen im Ausland macht. In den letzten 3 Jahren betragen in Millionen Dollar (zu 4,20 M.) vom 1. Juli bis zum 30. Juni:

	Ausfuhr	Einfuhr	Nettoausfuhr
1908 . . .	1 800 773	1 194 341	606 432
1909 . . .	1 663 011	1 311 920	351 091
1910 . . .	1 744 966	1 557 854	187 112

Wenn die Entwicklung in dieser Richtung fortgeschritten, wird an Stelle des Ausfuhr bald ein Einfuhrüberschuss, wie in den anderen großen kapitalistischen Ländern getreten sein. Von der Einfuhr entfielen auf: Rohstoffe für die Industrie 500 Millionen Dollar = 86 1/2 Proz. der Gesamteinfuhr (im Vorjahre 452 Millionen = 84 1/2 Proz.), auf fertige Fabrikate 365 Millionen = 28 1/2 Proz. (299 — 23 Proz.).

Von landwirtschaftlichen Erzeugnissen erzielte nur Baumwolle eine etwas erhöhte Ausfuhr (dem Wert, nicht der Menge nach): 400,8 (417,1) Millionen Dollar. Sonst wurden ausgeführt: Weizen 45,5 (60,7), Weizenmehl 47,4 (50,0), Mais 23,3 (24,7), andere Brotstoffe 5,3 (8,26), Metalleerzeugnisse und Fleisch 109,84 (146,28), Schlachtwiehl 11,88 (17,94) Millionen Dollar. Die Gesamtausfuhr dieser Nahrungsmittel also von rund 315 auf 243 Millionen Dollar. — Erdöl wurde für 94,8 (102) Mill. Dollar ausgeführt.

Gewerkschaftliches.

Die größte deutsche Gewerkschaft im Jahre 1909.

Der Deutsche Metallarbeiterverband gibt soeben sein Jahrbuch und Handbuch heraus. Ein kurzer wirtschaftlicher Abriss liefert die Arbeit ein. Die Mitgliederbewegung ergibt in 438 Mitgliedschaften für 1908 und 1909 362 073 und 373 849 Organisierte. Eine Mitgliederabnahme haben zu verzeichnen: Die Optiker, Gold- und Silberarbeiter, Werftarbeiter und Fuß- und Wagenschmiede. In der Mitgliederzunahme steht oben an der Beruf der Schlosser mit 3923, dann folgen Dreher mit 1897, Klempner 864, sonstige Metallarbeiter 840, Former 717, Sattler 459, Sieberei-Arbeiter 391, Arbeiterinnen 351 usw. Wie viele Berufe und Branchen der Metallarbeiterverband als Agitations- und Arbeitsgebiete hat, zeigt eine Tabelle; es sind dort allein über 90 wesentlichere Spezialberufe angegeben. Die Fluktuation ist noch außerordentlich groß. Die Zugänge betragen in dem einen Jahre mit den Abtritten usw. 114 540. Dem steht ein Wiederabgang von 103 273 gegenüber. Recht gering erscheint noch die Zahl von 15 548 weiblichen Mitgliedern. Die Jugendlichen zählten Ende 1909 7560. Eine sehr wichtige Tabelle betrifft das Alter und die Mitgliedschaftsdauer am Schluss des Jahres 1909. Von allen Mitgliedern waren rund 9 Proz. 18 bis 20 Jahre alt, 23 Proz. 20 bis 25 Jahre, 22 Proz. 25 bis 30 Jahre, 17 Proz. 30 bis 35 Jahre, 11 Proz. 35 bis 40 Jahre, 7 Proz. waren 40 bis 45 Jahre alt; die nach verbleibenden Prozente verteilen sich auf die hier nicht genannten Lebensalter. Die Mitgliedschaftsdauer zeigt, daß vor dem Jahre 1901 7,8 Proz. der heute dem Verbandsangehörigen Mitglieder eingetreten sind. Aus dem Jahre 1903 stammen 6,1 Proz. der heutigen Mitglieder, 1905 stellt 11,4, 1906 noch mehr, nämlich 16,6, 1907 hat wieder nur 18,0, 1908 12,1, das Jahr 1909 schließt mit 20,3 Proz.

Die Unterstützungen, die 1908 7,128 Millionen betragen, sind für 1909 auf 7,033 Millionen Mark zurückgegangen. Der Rückgang ist durch weniger Ausgaben für Nachregelungs- und Umzugsunterstützung möglich geworden. Während die rund 8 Millionen Mark jährlich betragenden Unterstützungen bei Krankheit, die 1909 gezahlt wurden, gegen 1908 keine Veränderungen darstellen, sind die Ausgaben für Arbeitslosigkeit — 1908 waren es 3,093 Millionen Mark — auf 3,199 Millionen Mark gestiegen. 1909 erhielten 53,8 Proz. aller Mitglieder Unterstützungen, 1908 ist ein kleiner Rückgang auf 52,4 Proz. zu verzeichnen. Den Hauptanteil haben in beiden Jahren die Krankenunterstützung — 23,7 und 23,0 Proz. aller Mitglieder, und die Arbeitslosenunterstützung — 19,7 und 20,7 Proz. Beachtenswert erscheint, daß die Ausgaben für Streik und Nachregelung, die 1900 von den Reineinnahmen 38 Proz. ausmachten, 1906 die Höchstziffer von 59,7 Proz. erreichten, 1909 die niedrigste Prozentziffer, nämlich 10,1 Proz. darstellten.

Die Bewegungen des Verbandes umfassen 1909 40 579 Mitglieder, dies sind rund 9 Proz. aller Mitglieder überhaupt. 1906 waren an den Bewegungen rund 118 000 Mitglieder (39 Proz.) beteiligt. Die Angriffsstreiks umfassen 1909 7,4 Proz. aller Bewegungen und 4,8 Proz. aller Beteiligten. Die Abwehrstreiks stellten 18,6 Proz. aller Bewegungen dar und umfassen 10 Proz. der an allen Bewegungen Beteiligten. Die Aussperrungen umfassen 4,6 Proz. der Bewegungen und 7,8 Proz. der Beteiligten. Die Bewegungen ohne Arbeits-einstellungen machen den Hauptanteil aller Kämpfe mit 69,4 Proz. aus, die 77,8 Proz. der kämpfenden Mitglieder umfassen. Die Resultate der Kämpfe waren: für 4110 Personen je 2,8 Stunden wöchentliche Arbeitszeitverkürzung, und für 12 044 Kämpfende je 1,83 M. wöchentliche Lohnerhöhung. Für 715 Kämpfende wurden je 6,4 Stunden Arbeitszeitverlängerung, und für 10 334 je 1,76 M. Lohnkürzung abgewehrt. 20 Proz. aller Kämpfe blieben erfolglos, fast 54 Proz. endeten mit vollem Erfolg. Tarifverträge wurden 1909 61 für 5627 Personen abgeschlossen. Es bestanden Ende 1909 398 Tarife für rund 95 000 Personen. Der Verband schließt das Berichtsjahr mit einem Kampffonds von 6,3 Millionen Mark. Für Bildungszwecke gab der Verband 840 000 M. aus.

Berlin und Umgegend.

Im Kampfe gegen Streikposten.

Seit hier Wochen streifen die Taxigiererei bei der Firma R. Spindler, Bernauer Straße 80. Am Freitag morgen um 10 Uhr wurde ein Streikender, der auf der fast menschenleeren Straße langsam einherging, von einem Polizeibeamten barsch aufgefordert, weiter zu gehen. Der Streikende ging ruhig weiter und kehrte nach einiger Zeit wieder zurück. Da trat der Beamte auf ihn zu und erklärte: Sie gehen sofort mit zur Wache, die Sie vor 8 Uhr wohl nicht verlassen werden! — Trotz des Widerspruches des Streikenden, weil er zu der Verhaftung auch nicht den allergeringsten Anlaß gegeben habe, wurde er zu der Wache nach der Wolgaster Straße gebracht, und in eine fast finstere, hinter einem Aloiße befindliche Zelle gesperrt. Seine Erklärung, daß er krank sei und in dem kleinen, dumpfen, dunklen Loch sich den größten gesundheitlichen Gefahren aussetze, nützte nichts. Erst nach wiederholten Reklamationen wurde das im Aloißtraum befindliche kleine Fenster geöffnet. Endlich um 1/2 11 Uhr ließ man den Verhafteten in der Mannschafsstube Platz nehmen, wo er bis 1/2 12 Uhr verbleiben mußte. Sein Hinweis darauf, daß seine Frau in anderen Umständen sei und jede Stunde niederkommen könnte, vermochte es nicht, ihn aus der Gefangenschaft zu befreien. Und hier hatte er noch den ganzen Tag hungern müssen. Man wollte ihm höchstens gestatten, daß er sich für sein Geld einige Lebensmittel holen lasse. Das mußte der Inhaftierte ablehnen, weil er für solche Luxusausgabe keine Mittel habe; für ihn werde zu Hause gekocht, da könne er nicht noch nebenbei Einkäufe machen. Wer ihn wider Willen und ungerechtfertigter Weise der Freiheit beraube, der müsse auch für seine Verhaftung sorgen. Um 1/2 12 Uhr wurde der Streikende, ohne daß man ihm irgendwelche Mitteilung über die Ursache der Verhaftung oder der Haftentlassung gemacht, in Freiheit gesetzt. Was sagen die vorgezeichneten Behörden dazu?

Achtung, Metallarbeiter! Die Firma Schäfer u. Deßmann Metallwarenfabrik ist für Dreher und Revolverdreher gesperrt. Für Budapest werden in letzter Zeit häufig Metallarbeiter in Berlin gesucht. Da wir durch Anfrage beim ungarischen Metallarbeiterverband festgestellt haben, daß es sich um Firmen handelt, die in Budapest und anderen ungarischen Orten wegen schlechter Löhne und schlechter Behandlung keine Arbeiter bekommen, warnen wir hiermit unsere Kollegen vor Arbeitsaufnahme nach Ungarn. Deutscher Metallarbeiterverband, Bezirksverwaltung Berlin.

Stellmacher. Unhaltbare Zustände herrschen in der Maschinenfabrik Eckert in Lichtenberg. Dort sollen die Stellmacher die Herstellung von Militärartikeln in Afford übernehmen. Bei einer zehnstündigen Arbeitszeit würden die Kollegen, da Vorrichtungen und Material zum Verteilen fehlen, mit einem Wochenlohn von 24 M.

nach Hause gehen. Es ist deshalb zu Differenzen gekommen und die Firma Eckert für Stellmacher gesperrt.

Die Branchenkommission der Stellmacher.

Deutsches Reich.

Der Krieg auf den Werften.

Es ist jetzt möglich, Genaueres über die Zahl der am Streik und an der Aussperrung beteiligten Werftarbeiter zu veröffentlichen.

In Flensburg sperrte man 60 Proz. der Werftarbeiter aus, die übrigen schlossen sich ihren Kollegen an. Insgesamt kommen 1350 Arbeiter in Betracht.

Von Kiel wird gemeldet, daß auf der Germania-Werft, bei Sotwaldt und bei Stöck u. Kolbe 3400 Arbeiter ausgesperrt wurden. 600 Mann schlossen sich ihnen an. Gesamtumfang der Bewegung 4000 Arbeiter.

Lübeck meldet außer 1200 Aussperrten 500 Streikende, insgesamt 1700 Werftarbeiter.

In Rostock wurde die Aussperrung in gleicher Weise beantwortet. 820 Arbeiter meldeten sich zur Kontrolle. Darin einbezogen sind auch ca. 70 unorganisierte Arbeiter, die auf die Provokation der Unternehmer die gleiche Antwort gaben, wie ihre organisierten Kollegen.

In Stettin sind in den drei Werftbetrieben 3680 Arbeiter ausgesperrt. 559 Arbeiter verließen darauf die Arbeitsstätte, so daß insgesamt 4239 Arbeiter die Arbeit ruhen lassen.

In Bremen sind im ganzen 2400 Arbeiter an der Bewegung beteiligt.

In Bremerhaven beträgt die Gesamtzahl aller Aussperrten und Streikenden, zusammen mit ca. 400 Unorganisierten, 2100.

Für Vegesack können rund 1000 Werftarbeiter als ausgesperrt oder als streikend gemeldet werden.

Zusammen lämen in den oben aufgeführten Werftorten 17 609 Arbeiter in Frage. Zu dieser Zahl ist aber noch zu bemerken, daß eine große Anzahl Aussperrter bei der Zählung nicht erfasst werden kann, weil sie sich gar nicht zur Kontrolle melden, da sie sofort abreisen oder anderweit Beschäftigung finden.

Von Hamburg ist zu berichten, daß sich auch hier die Zahl der Streikenden durch die gleichen Ursachen fortgesetzt vermindert.

Streik in den Nürnberger Kunstankalten.

In 11 Kunstankalten in Nürnberg haben Montag früh circa 80 Arbeiter und 500 Arbeiterinnen wegen Ablehnung des vorgelegten Tarifs die Arbeit niedergelegt. Mit Ausnahme eines Betriebes ist die Arbeitsniederlegung vollständig.

Zug von Fräsern, Fräserinnen, Buchbindern und Buchbinderinnen ist streng ferngehalten.

Arbeits-einstellung. Die Arbeit niedergelegt haben die Arbeiter der Wilhelmshavener Brauereien und Verlags-geschäfte, nachdem die seit zwei Monaten geflogenen Verhandlungen ein die Arbeiter befriedigendes Resultat nicht erzielt haben.

Der Streik der Gasarbeiter in Nordhausen beendet.

Durch Verhandlungen mit der Verwaltung des Gaswerks wurde der Ausstand der Gasarbeiter beigelegt. Die Verwaltung stellte sofort einen Teil der Ausständigen wieder ein. Die übrigen sollen nach Bedarf in Arbeit treten. Zugestanden wurde ein Einheitslohn für Feuerheizer von 41 Pf. pro Stunde, wo früher Staffellöhne von 38, 41 und 44 Pf. gezahlt wurden. Während der dritten Woche, wo diese Arbeiter Hoffnungen haben, wird ein Stundenlohn von 39 Pf. bisher 35 Pf. gezahlt. Weiter wurde die Wahl eines Arbeiterausschusses zugestanden. Die Löhne der Anlagenarbeiter bleiben augenblicklich die gleichen. Eine Lohnzulage ist für später ebenfalls zugesichert. Alle Reueinstellungen erfolgen nur aus den Reihen der Ausständigen. Nachregelungen wegen Zugehörigkeit zur Organisation sollen nicht stattfinden. Der Lohnstarif und die Erweiterung der Sommerferien wurden abgelehnt.

Ausland.

Streikerklärung.

St. Etienne, 15. August. Im Verlaufe einer gestern hier abgehaltenen Versammlung der Eisenbahner wurde der Anschluß an den Generalstreik beschlossen, sobald er verkündet werden sollte.

Verfammlungen.

Holzarbeiterverband. Die am Freitag abgehaltene Generalversammlung der Holzarbeiter in Berlin nahm den Jahresbericht für das 2. Quartal entgegen. Derselbe zeigt für die Hauptkasse eine Einnahme von 215 264 M., eine Ausgabe von 214 798 M. Die Lokal-kasse hatte eine Einnahme von 376 125,25 M., eine Ausgabe von 167 670 M. bleibt ein Bestand von 208 454,58 M. Für Unterstützungen wurden 132 722 M. ausgegeben, davon an Arbeitslose 63 098 M., an Kranke 39 384 M., an Streikende 19 681 M., an Gemahregelte 4208 M., in anderen Unterstützungs-zweigen 6451 M. Am Schluss des Quartals hatte die Hauptkasse 23 240 männliche, 240 weibliche, 35 jugendliche Mitglieder.

Dem vom Vorsitzenden Glöckle erstatteten Vorstandsbericht ist zu entnehmen, daß sich im zweiten Quartal zwar keine bedeutenden Ereignisse abspielten, aber eine rege Tätigkeit in bezug auf die Tätigkeit des Verbandes einsetzt werden mußte. Besonders handelte es sich darum, daß verschiedene Bestimmungen des Vertrages von manchen Arbeitgebern nicht innegehalten wurden und die vertragsmäßige Lohnzahlung von 5 Proz. in vielen Fällen einseitig eingestellt werden, um die vertragsmäßige Erhöhung von 5 Proz. auf den revidierten Affordtarif zu schlagen. Auch die Ein-seher haben ihre Verhandlungen, welche die fünfprozentige Erhöhung des Affordtarifes bezwecken, noch nicht zum Abschluß bringen können. In der Branche der Ledentischler machen sich Schwierigkeiten bemerkbar wegen Erhöhung des Montagegeldes. Ueber diese Angelegenheit schweben noch Verhandlungen. In der Innenaubranche wird noch wegen Regelung der Rosigeldfrage verhandelt. — In anderen Branchen, die nicht unter den allgemeinen Vertrag fallen, ist versucht worden, Verbesserungen durchzusetzen. So haben die Stodorbeiter eine Einschränkung der Primarbeit erreicht. Die Isolierarbeiter haben eine Lohnbewegung eingeleitet. Auch die Kistenmacher streben eine Aufbesserung ihrer Lage an. — Besondere Beachtung verdient immer noch die Frage des Arbeits-nachweises. Die Vertragsbestimmung, welche beide Seiten zur Benutzung des paritätischen Arbeitsnachweises verpflichtet, wird noch oft umgangen. Beschwerden in dieser Hinsicht sind sowohl gegen Arbeiter wie gegen Arbeitgeber erhoben worden.

Ueber die Tätigkeit der Schlichtungskommission berichtete Reichle. Die Kommission wurde 112mal angerufen. Sie verhandelte 87mal und 15mal mit Sachverständigen. Bei 102 nicht unter dem Vertrage stehenden Meistern fanden 130 Verhandlungen statt. Gestreikt wurde in 45 Betrieben mit 777 Arbeitern. 3 Streiks mit 82 Beteiligten gingen verloren, 5 Streiks mit 131 Beteiligten endeten mit einem Vergleich, 37 Streiks mit 564 Kollegen brachten Erfolg.

Die Kontrollkommission, über die Leopold berichtete, hielt 191 geschäftliche und 1816 Werksitzungen ab. An diesen nahmen 22 433 Kollegen aus 2219 Werksstätten teil.

Auf dem paritätischen Arbeitsnachweis waren, wie Gätz berichtete, 10 959 Arbeitsuchende eingeschrieben. 8068 offene Stellen waren gemeldet, davon wurden 6488 besetzt. Die Nachfrage war verhältnismäßig schwach, nur 50 Proz. der Arbeitslosen erhielten Arbeit nachgemessen. Im Monat Juli hat sich das Verhältnis besser gestaltet. Es konnten 78 Proz. in Arbeit gebracht werden. Dies spricht dafür, daß die Verbandsbeschlüsse betreffend Benutzung des Arbeitsnachweises, die im 2. Quartal noch nicht voll zur Wirkung kamen, nunmehr ihre Wirkung ausüben und mit der Zeit dazu führen werden, daß die Arbeitsvermittlung ausschließlich durch den Arbeitsnachweis geschieht.

Ueber den Arbeitsnachweis des Verbandes berichtete Späthe, daß 305 Adressen eingingen, wovon 224 besetzt wurden.

Hierzu erfolgte die statutenmäßige Neuwahl der Hälfte der Ortsverwaltung. Es wurden wiedergewählt: 2. Bevollmächtigter Leopold, 2. Kassierer Jäck, 2. Schriftführer Jäou, Beisitzer Appich und Blauß, Revisor Schmidt, Obmann der Schlichtungskommission Rauch, Arbeitsvermittler Fehner und Hubner, Bibliothekar Späthe, Bureauarbeiter Ritschle.

Von mehreren Anträgen, die nunmehr zur Beratung standen, wurden die folgenden angenommen:

1. Delegierte, welche gegen die Beschlüsse des Verbandes verstoßen, können von der Mitgliederversammlung ihres Bundes ent-hoben werden.

2. Wer durch den Arbeitsnachweis in ein Arbeitsverhältnis vermittelt wird, welches in den ersten sechs Wochen gelöst wird, kommt in der Nachweisliste nicht an die Lehr-Stelle, sondern wird hinter seiner alten Nummer um so viele Nummern zurück-versetzt, als neue während seiner Arbeitsdauer eingetragen wurden, jedoch ist dies nur zweimal hintereinander zulässig.

Letzte Nachrichten und Depeschen.

Solidarität.

Kiel, 15. August. (Privatdepesche des „Vorwärts“.) Die Arbeiter der Sotwaldtwerke haben heute abend in einer Versammlung beschlossen, daß sich am Dienstag früh die Schiffszimmerer, Schiffsbauer, Rieter, Maschinen-schlosser und Montagetischler den Aussperrten anschließen und den Betrieb verlassen. Im ganzen kommen 400 Mann in Betracht.

Der Tod in der Dungsgrube.

Ein bedauerlicher Unfall, bei dem ein Arbeiter seinen Tod fand und ein zweiter lebensgefährlich verletzt wurde, ereignete sich gestern abend am Weidenweg 50, im Osten Berlins. Auf dem Grundstück befindet sich ein Hofstall, zu dem eine große Dungsgrube gehört, die etwa zwei Meter tief ist. Gestern abend sollte nun der Dung aus der Grube herausgeschafft werden. Zu diesem Zweck stieg der Arbeiter Ruh, der in der Luvystraße 13 wohnt, in die Grube hinab. Als er einige Minuten gearbeitet hatte, fiel er plötzlich bewußtlos um, da sich in der Grube giftige Gase angesammelt hatten. Der Unfall wurde sofort bemerkt. Um dem Verunglückten Hilfe zu bringen, begab sich dann der Arbeiter Ehler, Volziger Straße 89, in die Grube. Kaum hatte aber dieser seinen Kollegen erreicht, als auch er umfiel. In aller Eile wurde nun die Feuerwehr alarmiert, die mit dem siebenten Löschzuge anrückte. Brandmeister Voß ließ sofort einen Feuermann mit einem Rauchschutzhelm ausrüsten, und das Rettungswerk begann. In kurzer Zeit kamen die beiden Verunglückten aus der Grube herausgeholt werden. Im Beisein eines Arztes wurden dann Wiederbelebungsversuche angestellt. Während sich der Arbeiter Ruh nach etwa zehn Minuten erholte, waren alle Bemühungen bei dem Arbeiter Ehler vergeblich. Nachdem dieser eine Stunde lang erfolglos behandelt worden war, stellte der Arzt den Tod fest. Ehler war verheiratet und stand im 28. Lebensjahre. Der Arbeiter Ruh wurde nach dem Krankenhaus Am Friedrichshain geschafft.

Maßnahmen gegen die Fleischsteuerung.

Wien, 15. August. (B. Z. B.) In der am 13. d. M. abgehaltenen Konferenz von Vertretern des Handelsministeriums und des Ackerbauministeriums ist beschlossen worden, eine Reihe handelspolitischer Maßnahmen behufs Bänderung der Fleischsteuerung in Vorschlag zu bringen. Diese Vorschläge dürften voraussichtlich schon in dem demnächst stattfindenden Ministerrat zur Besprechung gelangen. Inzwischen hat übrigens Handelsminister Dr. Weiskirchner dem Sektionschef Riedl telegraphisch Weisungen betreffend weitere Maßnahmen gegenüber der Fleischsteuerung erteilt. Diese Weisungen beziehen sich insbesondere auf die unverzügliche Einleitung von Verhandlungen mit den kompetenten Ressorts wegen Herabsetzung der Frachttarife für Schlachtvieh und Fleisch. Ferner soll den Kommunalverwaltungen, insbesondere der Gemeinde Wien, nahegelegt werden, auch ihrerseits zur wirksamen Durchführung der Aktion beizutragen, und zwar hauptsächlich durch zeitweilige Herabsetzung aller jener künftiger Abgaben, durch welche der Verkehr mit Vieh und Fleisch belastet wird. Eine Besprechung in der Fleischfrage wird unter dem Vorsitz des Handelsministers am Mittwoch, den 17. d. M., im Handelsministerium stattfinden.

Bei einer Schlägerei vom Gerüst gestürzt.

Frankfurt a. M., 15. August. (B. Z. B.) Bei einem Hand-gemeine auf einem 6 Meter hohen Gerüst im großen Saal der Frankfurter Loge in der Eschenheimer Landstraße kürzten heute nach-mittag der 46 Jahre alte Arbeiter Lohmann und der 35jährige Gierich ab und erlitten lebensgefährliche Verletzungen. Beide sind am Abend im Hospital gestorben.

Großfeuer.

Wien, 15. August. (B. Z. B.) Die „Neue freie Presse“ meldet aus Vözen. Heute abend gegen 8 Uhr ist in Offensatz ein Feuer zum Ausbruch gekommen, das mit solcher Schnelligkeit sich griff, daß binnen kurzem 6 Häuser eingeschert waren. Für den Ort besteht eine außerordentlich große Gefahr. Nähere Nachrichten fehlen zur Stunde noch, da die telephonischen Verbindungen nach Offensatz unterbrochen sind.

Abgestürzter Tourist.

Mühl, 15. August. (B. Z. B.) Der Postjäger Ritter von Buenther ist heute vormittag von der Fleischwand bei Strobel abgestürzt und war sofort tot.

Der Lustmord im Wiener Prater.

Wien, 15. August. (B. Z. B.) Unter dem dringenden Ver-dacht, den vorgestrigen Lustmord im Prater begangen zu haben (siehe unter Vermischtes), ist heute der 23jährige Zimmermann-gehilfe Christian Voigt aus Tettau in Bayern verhaftet worden. Voigt hat bereits vor 8 Jahren in Thüringen einen Lustmord ver-übt, wurde aber damals für wahnsinnig erklärt.

Brandkatastrophe auf der Brüsseler Weltausstellung.

Von einer schweren Brandkatastrophe ist Brüssel, ja ganz Belgien betroffen worden. Der größte Teil der Weltausstellung ist in den ersten Nachtstunden vom Sonntag zum Montag in Flammen aufgegangen! Werte, die im Augenblick ganz unschätzbar sind, sind aber wohl auf Hunderte von Millionen belaufen, sind in wenigen Stunden von den Flammen zerstört worden. Wunderwerke der modernen Technik, Kostbarkeiten der Manufaktur, Schätze des älteren Kunstgewerbes, zahllose Werke moderner Kunst — alles ist von den Flammen vernichtet worden! Vieles von diesen Werten ist ja versichert, aber gar mancher namentlich kleinere Aussteller, der die hohe Versicherungsprämie nicht zu tragen brauchen geglaubt hatte, hat durch die Katastrophe furchtbare Verluste erlitten.

Aber nicht nur die Versicherungsgesellschaften und die Aussteller trifft ein enormer Schaden durch die Vernichtung von Werten, in denen eine Unsumme menschlicher Nerven- und Muskelkraft verkörpert war, sondern auch Belgien selbst und vor allen Dingen die Ausstellungstadt Brüssel.

Die Weltausstellungen haben manches von ihrer früheren Bedeutung für die industrielle und merkantile Entwicklung verloren. Bei den heutigen Formen des Wettbewerbs von Handel und Industrie bietet sich dem Gewerbe und der Industrie jedes einzelnen Landes ohnehin reiche Gelegenheit, ihre Konkurrenzfähigkeit zu erweisen. Immerhin bieten die Weltausstellungen auch heute noch für manche Gebiete der Produktion und manche Zweige der Technik eine treffliche Gelegenheit, aus dem internationalen Wettbewerbs zu lernen und die besonderen Vorzüge zu entfalten. Auf alle Fälle aber haben die Weltausstellungen noch kaum etwas von ihrer Anziehungskraft auf die breiten Massen des internationalen Publikums eingebüßt. Auf solchen Weltausstellungen kommt jeder auf seine Kosten, der Interessent und Fachmann, der seine Spezialität studieren kann, wie der Laie, der sich willig dem überwältigenden Eindruck der Gesamtdarbietungen hingibt, die ihm ein Bild entrollen von den riesenhaften Fortschritten in allen Zweigen der Produktion, auf allen Gebieten der Technik und des Weltverkehrs. Und nicht zuletzt kommen auch diejenigen auf ihre Rechnung, die sich ein Weltjahrmarkt hauptsächlich seines vielgestaltigen internationalen Treibens und seiner mannigfaltigen Zerstreungen wegen anlockt. So sind die Weltausstellungen stets mit einem ungeheuren Fremdenzufluß verbunden, und auf diesen Zufluß richtet sich Handel und Wandel der ganzen Ausstellungstadt ein. Wenn deshalb solch vernichtende Katastrophe über eine Ausstellung hereinbricht, wie in Brüssel, so bringt das für alles, was mit der Fremdenindustrie in irgendeinem Zusammenhang steht, einen Schaden von vielen Millionen.

Man begreift deshalb die anfängliche Fassungslosigkeit und Niedergeschlagenheit der Brüsseler Bevölkerung. Aber diese Depressions hat nur kurze Zeit gedauert. Nachdem man den heroischen Kampf mit der Riesenfenerbrunst beendet hatte und gewahrte, daß doch immerhin noch Reste der Ausstellung, darunter auch die deutsche Ausstellung, übriggeblieben waren, will man mit noch größerem Heroismus darangehen, das vernichtete Werk wiederherzustellen, so gut es geht.

Unserer Nachbarnation und allen von der Katastrophe Betroffenen gehört unser herzlichstes Beileid; unsere Bewunderung gehört auch der Tapferkeit, mit der Brüssel und Belgien sich vereinigen, um aus dem Riesentrümmerfeld sofort wieder eine Welt des Wettbewerbs der schaffenden Kräfte erstehen zu lassen!

Der Ausbruch des Brandes.

Brüssel, 15. August. (Originaldepeche des „Vorwärts“.) Gestern Abend gegen 9 Uhr kam es auf dem Weltausstellungsgelände in der Nähe eines Restaurants inmitten des Festplatzes infolge Kurzschluß zu einem Brande, durch den in kurzer Zeit ein großer Teil der Ausstellung in Flammen stand. Das herrliche Wetter hatte Tausende und Abertausende von Menschen in die Weltausstellung gelockt, die die verschiedenen Hallen, die Promenadengänge und Restaurants des weiten Geländes dicht bevölkerten. Ungeheuer war die Bestürzung, als sich in Brüssel die Nachricht verbreitete, daß die Weltausstellung in Flammen stehe. Bald sollten die nach dem Ausstellungsgelände Strömenden erfahren, daß das Gerücht schreckliche Wirklichkeit war. Blutig rot färbte sich der Himmel, Rauchwolken und Feuergarben schossen aus dem Gelände empor. Eine furchtbare Panik hatte die Besucher ergriffen. Alles drängte nach den Ausgängen, um das eigene Leben zu retten. Gerüchte der wildesten Art schwirrten umher. Nach den ersten Nachrichten sollten viele Menschen, vor allem Angestellte der Restaurants, in den Flammen umgekommen sein. Von der Alt-Brüsseler getauften Festwiese breitete sich das Feuer mit ungeheurer Schnelligkeit über weite Teile des Ausstellungsgeländes aus und schlug auf die Einzelausstellungen verschiedener Länder über. Vollständig verbrannt ist die englische Ausstellung, die französische Industriehalle. Das Hauptgebäude der belgischen Abteilung ist ebenso wie die am Haupteingang liegende Empfangshalle nur noch ein Trümmerhaufen. Der größte Teil der dicht bebauten Festwiese ging gleichfalls in Flammen auf. Auch eine größere Anzahl privater Gebäude in der Nähe der Ausstellung ist ein Raub der Flammen geworden. Die zuerst laut gewordene Befürchtung, daß der Brand viele Menschenleben gefordert hat, hat sich erfreulicherweise nicht bestätigt. Nach den bisher vorliegenden Nachrichten ist niemand ums Leben gekommen, dagegen sind etwa 20 Personen mehr oder minder schwer verletzt worden.



Plan der Weltausstellung in Brüssel 1910.

Ueber die Brandkatastrophe, bei der in wenigen Stunden ungeheure Werte vernichtet wurden, werden uns durch Depeschen noch folgende Einzelheiten gemeldet:

Brüssel, 15. August. Der Andrang zur Ausstellung war gestern ganz ungewöhnlich groß, denn zu dem Feiertage, der heute in ganz Belgien gefeiert wird, dem Tage Maria Himmelfahrt, waren gestern allein 227 Extrazüge nach Brüssel abgelassen worden. Man glaubt, daß sich gestern auf dem Ausstellungsgelände ungefähr eine Viertelmillion Besucher

befanden. Infolgedessen war das Leben und Treiben in der ganzen Stadt ganz außerordentlich. Jehn Minuten vor 9 Uhr entdeckte der Keller eines Restaurants in unmittelbarer Nähe des Haupteinganges zuerst einen Feuerkeim und schlug sofort Alarm. Aber wenige Minuten später stand bereits die Haupthalle in Flammen. In dieser Halle waren untergebracht die Bureaus des Ausstellungskomitees, das Post- und Telegraphenamt, der größte Teil der belgischen Ausstellung und das große Restaurant Universelle. Schon um 9 1/2 Uhr stand das große mächtige Gebäude vollständig in Flammen und das Feuer wütete dermaßen, daß 20 Minuten später kaum noch mehr übrig war als das Eisengerippe. Ehe die Feuerwehr eintraf, waren

1 1/2 Stunden verronnen

und die Feuergefahr bedeutend gewachsen. Das Hauptgebäude lag in Trümmern, außerdem waren aufs stärkste bedroht das Vergnügungs-Stadtviertel Alt-Brüssel (Brüsseler Kirmes) und der Lunapark. Vom Lunapark aus verbreitete sich das Feuer über das ganze Stadtviertel Alt-Brüssel und nach und nach wurden die Häuser dieser Vergnügungshalle zerstört. Innerhalb einer knappen Stunde war das Viertel fast vollständig verschwunden. In dem Augenblick, als das Feuer im Stadtviertel Alt-Brüssel ausbrach, befanden sich etwa 10 000 Personen darin.

Schreckensszenen bei der Flucht.

Um eine große Katastrophe zu vermeiden, wurde die Straße mit eiserner Gewalt geräumt. Es kam zu wilden, erregten Szenen. Bei der Flucht wurden Frauen und Kinder niedergetreten und den Leuten die Kleidung vom Leibe gerissen. Alles suchte sich zu retten. Die gleichen Szenen wiederholten sich kurz darauf, als das Feuer auf die Landstraße übertrat. Vollständig vernichtet sind: die belgische und die englische Ausstellung, die Alt-Brüsseler Kirmes, von der französischen Ausstellung die Abteilung für Nahrungsmittel sowie der Pavillon der Stadt Paris, ferner kleine Teile der übrigen Ausstellungen; die Restaurants, darunter recht große, in der Nähe der belgischen Ausstellung sind ebenfalls zerstört. Die deutsche Abteilung hat sofort, nachdem der Feueralarm ergangen war, umfassende Vorsichtsmaßregeln

getroffen. Die vorhandenen Spritzen wurden in Tätigkeit gesetzt und zunächst das Restaurant Kaiserhof unter Wasser genommen, damit die herumspühenden Feuergarben nicht auch hier das verderbende Element ausbreiten konnten.

Brüssel, 15. August. Die Rettungsarbeiten wurden durch die in der Ausstellung anwesende ungeheure Menschenmenge und den ungenügenden Druck der Wasserleitung stark gehemmt. Die brennenden Gebäude boten einen schauerlichen Anblick, ungeheure Flammensäulen erhoben sich gen Himmel und waren stundenweit sichtbar. Ein gefährlicher Funkenregen ging über einen Teil der Neustadt nieder und brachte zahlreiche Gebäude in Gefahr.

Näherung eines Krankenhauses.

Das Lazarett St. Antoine, welches sich in der Brandstätte befindet, mußte geräumt werden. Innerhalb des Ausstellungsgeländes wurden 13 Wohnhäuser eingekerkert. Es heißt, die Ausstellung werde nur für zwei bis drei Tage geschlossen bleiben. Die Trümmer auf der Brandstätte werden militärisch scharf bewacht, da sich unter ihnen die Diamanten und Goldgegenstände der belgischen und französischen Abteilung befinden. Der durch den Brand angerichtete Schaden ist auch noch nicht annähernd festzustellen. Etwa 80 Personen mußten wegen Verletzungen verschiedener Art in ärztliche Pflege gegeben werden. Ein Franzose stürzte aus sehr beträchtlicher Höhe ab, als er sich an den Rettungsarbeiten beteiligen wollte. Ein Feuerwehrmann schlug sich bei den Rettungsarbeiten selbst einen Fuß mit der Axt ab. Infolge des Brandes fierte der Verkehr in diesem Stadtteil während des ganzen Abends vollständig, man konnte nur mit größter Mühe nach dem Ausstellungsterrain gelangen. Aus dem Lokal des Verwaltungskomitees konnte man rechtzeitig wertvolle Gobelins, sowie andere Kostbarkeiten und 100 000 Fr. der Kasse retten. Von den in der englischen, belgischen und einem Teil der französischen Abteilung ausgestellten wertvollen Juwelen und Bronzen konnte nur sehr wenig gerettet werden. In diesen Abteilungen sind für Millionen Juwelen, Goldarbeiten und Diamanten zugrunde gegangen.

Stillstand des Brandes.

Brüssel, 15. August. (Privatdepeche des „Vorwärts“.) Nachdem während der ganzen Nacht das Feuer den vereinigten Anstrengungen der Wehren sowie großer Truppenabteilungen Trost geboten hatte, gelang es gegen 4 Uhr, ein weiteres Umsichgreifen der Flammen zu verhüten. In der Nacht haben Pioniere eine Laufbrücke, die die beiden Teile der Ausstellung

verbindet, gesprengt. Dadurch gelang es, das Uebergreifen des Feuers auf die bisher von den Flammen verschonten Teile der Gesamtausstellung zu verhindern. Aus den Trümmern schlugen dann und wann noch hohe Flammen auf. Gegen 5 Uhr konnte der Brand als gelöscht gelten. An eine Bergung der unter den eingestürzten Häusern lagernden wertvollen Ausstellungsstücke ist nicht zu denken. Der ganze westliche Teil der Ausstellung macht einen trostlosen Eindruck.

Der Brandschaden.

Brüssel, 15. August. Der ganze westliche Teil der Ausstellung bietet das Aussehen eines ungeheuren Trümmerhaufens. Alt-Brüssel ist vom Erdboden völlig verschwunden. Fünfzehn Wohngebäude, die sich im Bereiche des wütenden Elements befanden, wurden vollständig zerstört. Der Schaden beläuft sich nach den vorläufigen Schätzungen auf

150 Millionen Frank.

England allein verlangt von der belgischen Regierung und dem Ausstellungskomitee 75 Millionen Frank Schadenersatz und auch andere in Mitleidenschaft gezogene Aussteller haben bereits Schadenersatzansprüche geltend gemacht. Der Brand bedeutet auch für die Versicherungsgesellschaften eine finanzielle Katastrophe erster Ordnung. Das Exekutivkomitee der Ausstellung ist heute morgen zur Beratung der Lage zusammengetreten. Es waren verschiedene Vorschläge eingegangen, darunter solche, die Fassade der belgischen Abteilung sofort wieder aufzubauen und die Ausstellung zu verlängern. Es ist jedoch wenig Aussicht vorhanden, daß diese Vorschläge realisiert werden. In der belgischen Abteilung befand sich unter anderem die Vertretung der Diamant- und Brillantenhändler, welche große Schätze barg. U. a. war dort das Brüsseler Rathaus aus Edelsteinen aufgestellt, welche allein einen Wert von 1 1/2 Millionen Frank repräsentierten. Ferner befand sich dort die Ausstellung der Debeers-Kompagnie, welche nur große Diamanten aufgestellt hatte. Alle diese Edelsteine waren glücklicherweise in feuerfesten Schränken und unterirdischen Gewölben untergebracht und sind gerettet; auch aus der französischen Abteilung wurden für etwa 7 Millionen Frank Juwelen und sonstige Kunstgegenstände gerettet, die in der Abteilung für Goldschmiedekunst aufgestellt waren. Die gesamte Garnison Brüssels ist aufgeboten, um den Ordnungsdienst zu versehen, da eine ungeheure Menge Reuigeriger andauernd dem Ausstellungsterrain zufließt. Aus Antwerpen sind 200 Mann Genietruppen eingetroffen, um die noch stehenden Trümmer einzuräumen und eine möglichst schnelle Beseitigung des Brandschuttes vorzunehmen.

Brüssel, 15. August. Die deutsche Abteilung ist vollständig intakt geblieben. Sofort nachdem der Brand ausgebrochen war, wurden die Löscharbeiten der deutschen Abteilung in Tätigkeit gesetzt, um die Gebäude zu retten, denn die Feuergarben flogen auf dem ganzen Ausstellungsgelände umher. Reichskommissar Geh. Regierungsrat Albert war nicht anwesend, er war nach England gereist. Trotzdem funktionierten die Rettungsarbeiten tadellos. Es bestand übrigens keine ernste Gefahr für die deutsche Abteilung, die etwa 400 Meter vom Brandherde entfernt liegt und außerdem durch eine Treppe von dem barbaren Teil der Ausstellung getrennt ist. Auch die holländische Abteilung, welche der deutschen Abteilung gegenüber liegt, ist vollständig unversehrt. Außerdem die Abteilungen von Monaco, Spanien, Kanada, Brasilien, Dänemark, Rußland, Schweiz, Oesterreich-Ungarn, Argentinien, Luxemburg, Türkei, Persien, Japan, China, Vereinigte Staaten von Nordamerika und die große internationale Wäschenhalle. Die Archive der englischen Abteilung konnten gerettet werden. Es ist unrichtig, daß die ganze eine Seite der Avenue des Nations zerstört sei. Der Pavillon der Stadt Paris ist ein Raub der Flammen geworden. Die französische Sektion ist stark beschädigt. Die Abteilung für Lebensmittel ist fast vollständig verloren. Auch der Maschinenaal der französischen Abteilung ist beschädigt worden, die Maschinen sind vollständig intakt. Außerdem sind viele Bijouterien gerettet, die von Gendarmen bewacht werden. Heute vormittag wurde ein Dieb verhaftet, als er Uhren entwenden wollte. Die italienische Abteilung ist von dem Feuer nicht berührt, ist aber durch Wasser beschädigt worden.

Nach dem Brande.

Brüssel, 15. August. Die Zahl der in der Avenue Solbosch abgebrannten Häuser beträgt nach der neuesten Feststellung 21. Ein Raub der Feuerwehr war unmöglich. Ueber die Organisation der Löscharbeiten wird vielfach geklagt. Einige der Vorortfeuerwehren mußten über eine Stunde warten, bis sie die Erlaubnis von den Verwaltungen belamen, an den Löscharbeiten teilzunehmen. Hunderte von Personen sind durch den gestrigen Tag vollständig trostlos. In ganz Altbrüssel war kein Mensch versichert, da die Häuser nur aus Stud und Brettern hergestellt waren. Im Belgischen Hause waren im Moment der Katastrophe über 10 000 Personen anwesend. Die ganze Garnison von Brüssel, sowie die Genietruppen waren sehr schnell zur Stelle. Die Stadt Brüssel gleicht heute eine belagerten Stadt. Die Menschen kampieren vielfach im Freien. Die ganze Avenue Louise ist mit Betten besät.

Die Ausstellung nicht geschlossen.

Brüssel, 15. August. Die Leitung der Weltausstellung beziffert öffentlich folgendes Communiqué: Ein Teil der belgischen Abteilung, die englische Abteilung und die Lebensmittelgruppe der fran-

zöfischen Abteilung sind durch den Brand zerstört. Der Rest der Ausstellung ist völlig unversehrt geblieben. Es sind Maßnahmen getroffen, daß das Publikum die Ausstellung besuchen kann.

Brüssel, 15. August. Wie die Blätter melden, hat das Komitee der Ausstellung in einer Sitzung erwogen, ob nicht eine Fassade errichtet werden soll, welche die Trümmer verdeckt. Der Architekt Aker, der die zerstörte Industriehalle errichtet hat, will die Pläne dazu in einigen Tagen fertig stellen. Allenfalls arbeiten Diebe, da die Wertgegenstände, die gerettet sind, in den Gärten zerstreut liegen. Es wurden schon verschiedene Verhaftungen vorgenommen. Nach den bisherigen Feststellungen sind in der Avenue Solbosch zwölf Häuser zerstört worden.

Gerichtliche Schließung der Ausstellung.

Brüssel, 15. August. Auf Befehl des Gerichts wird die Ausstellung heute abend 6 Uhr geschlossen und alle Ausgänge durch Truppen und Gendarmerie besetzt. Man hatte heute Nachmittag das Publikum zugelassen; es waren außer den Abonnenten 93 000 Menschen, die den Eintritt bezahlt hatten, auf dem Ausstellungsterrain anwesend.

Der bisherige Erfolg der Ausstellung.

Die Ausstellung hat, wie man weiß, alle gehobten Erwartungen bei weitem übertraffen und keine der bisherigen Weltausstellungen hatte einen derartigen Erfolg aufzuweisen wie diese. Bis jetzt waren Eintrittsgelder von vier Millionen Frank. erzielt worden und man rechnete damit, bis auf 5 Millionen Frank. zu kommen.

Soziales.

Der Reisende mit Plattfüßen.

Wer an Farbenblindheit leidet, sollte nicht Maler werden, und jemand der mit Plattfüßen behaftet ist, sollte sich nicht ausgerechnet dem Berufe eines Reisenden widmen. Das war die Quintessenz einer Entscheidung, die dieser Tage vor der ersten Kammer des Berliner Kaufmannsgerichts gefällt wurde. Der Beklagte hatte einen diebesartigen Frühstücksbeutel erstanden, und engagiert den sich auf ein Inserat meldenden Kläger als Stadtreisenden auf einen Monat zur Probe gegen 100 Mark Monatsgehalt und Provision. Er sollte Straße für Straße die einschläglichen Geschäfte besuchen, verkaufte aber im ganzen Monat nicht einen einzigen Beutel. Wie die Ehefrau des Beklagten bekundete, sei sie selbst gar nicht kaufmännisch geschult, habe aber doch bei einem kleinen Besuche in wenigen Stunden 15 Beutel verkauft. Ein Kaufmann, den der Kläger besucht haben wollte, bestritt das auf das allerentschiedenste. Demgegenüber wendet der Kläger ein, er habe jeden Tag etwa 15 Besuche gemacht, das Patent sei aber nicht unterzubringen gewesen. Er hätte schließlich inkonstant arbeiten können, wenn er nicht entzündete Plattfüße gehabt hätte.

Das Kaufmannsgericht wies den Kläger mit seiner Forderung von 100 Mark für den Probemonat ab, indem es der Meinung war, daß M. seine Dienstpflicht nicht erfüllt habe. Bei einem Artikel, der einfacher nicht gedacht werden kann, hätte M. mindestens 50 Besuche machen können, 15 Geschäfte, die der Kläger besucht, haben will, wären in einer Stunde zu erledigen. Mit Plattfüßen hätte er gar nicht reisen dürfen, denn zum Stadtreisenden gehört vor allem eine reichliche Laufgeschwindigkeit und Laufmöglichkeit. M. hätte sich bei seinem Leiden einem anderen Berufe zuwenden sollen. — Schwerlich ist doch der mit Plattfüßen behaftete Kläger nur deshalb Stadtreisender geworden, weil er eine besondere Leidenschaft für diesen Beruf besaß, sondern weil er im Augenblick keine andere Erwerbsmöglichkeit besaß.

Ziegeleiarbeiter.

Der Bericht der Ziegeleiarbeitergenossenschaft spricht von einer „trüben Geschäftslage“, der Krisis im Baugewerbe. Dies kommt auch in den Zahlen zum Ausdruck. Während im Jahre 1908 noch 11 908 Betriebe mit 277 907 Arbeitern beschäftigt waren, gibt der Bericht für 1909 nur noch 11 182 Betriebe mit 260 092 Arbeitern an. Die Zahl der Arbeiter hat sich also gegen das Vorjahr um rund 16 000 vermindert. Die Arbeiter haben also den größten Schaden von der Krise. Die Zahl der „Stundungsgesuche war wieder groß“, bemerkt der Bericht, „und die Bearbeitung der Zwangsbeitragsbeiträge verurteilte auch dieses Mal große Schwierigkeiten, weil die Bestimmungen über das Verfahren in jedem Bundesstaate anders und vielfach recht umständlicher Art sind.“ Dies im Deutschen Reich.

Trotz stark vermindelter Arbeiterzahl sind die Unfälle wieder gestiegen, und zwar von 6484 im Jahre 1908 auf 6677. Entschädigt wurden jedoch nur 1704 Unfälle, wovon der Bericht wieder 318 auf „Unschicklichkeit und Unachtsamkeit der Arbeiter“, 191 auf „Handeln wider bestehende Schutzvorschriften“ usw. zurückzuführen sucht. Dies man aber den Sonderbericht der technischen Aufsichtsbeamten durch, so ergibt sich doch ein anderes Bild. Es wird hier ausgeführt:

„Andererseits ist darüber Klage zu führen, daß die sogenannten Altkorrekturen der Unfallverhütung so gut wie gar kein Interesse entgegenbringen. Die geringen Altkorrekturen, das Streben nach reichlicherem Gewinn, die stellenweise bestehende Verpfändung, die Schutzvorschriften aus eigenen Mitteln anzubringen, bilden die hauptsächlichsten Gründe für diese Erscheinung.“

Die wenigsten Arbeiter in den genossenschaftlichen Betrieben sind mit dem Wesen der Unfallverhütung übertraut. Revidiert wurden im Berichtsjahre 1545 Betriebe und in diesen Betrieben allein 5234 Verstöße gegen die Unfallverhütungsvorschriften vorgefunden. Diese verteilen sich auf fehlende Schutzvorrichtungen in 957 oder 61,9 Proz. der Betriebe.

In 550 Betrieben fehlten die Vorschriften, in 225 Betrieben das Verbandzeug usw.

Der Bericht bemerkt weiter: „Es sieht sehr, daß an Walzwerken und Revolverpressen vielfach jugendliche Arbeiter (14 bis 16 Jahre alt) verunglückt sind. Es wird daher die Aufnahme nachstehender Bestimmungen in die Unfallverhütungsvorschriften empfohlen: „Jugendliche Arbeiter und Arbeiterinnen dürfen an Walzwerken und Revolverpressen nicht beschäftigt werden.“

Wiederum ist über die mangelhafte Beschaffenheit einzelner Arbeiter-Wohn- und Schlafräume geklagt worden. Bei den Revisionen traten mehrfach Arbeiter an die technischen Aufsichtsbeamten mit der Bitte heran, den Unternehmer zur Beschaffung eines Unterkunftsraumes bei schlechtem Wetter und zur Bereitstellung guten Trinkwassers anzuhaltend. Abhilfe wurde stets angeordnet und vom Unternehmer in den meisten Fällen zugesagt.

Jugendliche Arbeiter und Arbeiterinnen wurden mehrfach bei der Gewinnung des Rohmaterials und bei Arbeiten in Brennöfen angetroffen, auch waren solche häufig an Walzwerken und Revolverpressen beschäftigt. In einigen Fällen wurden die zuständigen Gewerbeinspektoren hiervon benachrichtigt. Ein technischer Aufsichtsbeamter traf einen vierzehnjährigen Arbeiterburschen an, dem in der Abwesenheit des Ziegeleimeisters die Führung der Lokomotive anvertraut war. Es wurde zunächst für Abstellung der Maschine bis zur Rückkehr des Meisters gesorgt.

Auch im Berichtsjahre ist häufig die Gleichgültigkeit und Verantwortungslosigkeit der Arbeiter gegenüber den Unfallverhütungsmaßnahmen aufgefallen. Daß viele Betriebe ausländische Saisonarbeiter beschäftigen müssen, die der deutschen Sprache nicht mächtig sind und daher nur schwer mit den Unfallverhütungsvorschriften Bekanntschaft machen können, ist eine besorgniserregende Erscheinung.

Gerade unter diesen Arbeitern sind die Unfallschiffern recht hoch, die sorgfältige Beaufsichtigung der ausländischen Arbeiter kann deshalb nicht oft genug empfohlen werden. In mehreren Fällen wurden von den technischen Aufsichtsbeamten gegen versicherte Personen wegen Zuwiderhandelns gegen die Unfallverhütungsvorschriften Strafen beantragt.

Durch die Anbringung sämtlicher Schutzvorrichtungen wachsen naturgemäß die Preise der Anlagen. Da viele Unternehmer jedoch ihre Maschinen möglichst billig kaufen wollen, so beauftragen sie gern eine Maschinenfabrik mit dem Bau ihrer Anlage, die zwar den billigsten Kostenaufschlag gemacht hat, dafür aber auch nicht die notwendigste Schutzvorrichtung liefert.

Gesundheitschädliche Einflüsse. Von gesundheitschädlichen Einflüssen in den Betrieben der Ziegeleiarbeitergenossenschaft ist hauptsächlich die Staubentwidelung beim Ausstarren und Verladen der Fabrikate und an den Zerleinigungsmaschinen zu erwähnen. In vielen Kalksandstein- und Torfstreuemaschinen fehlt es an Vorrichtungen, dem schädlichen Staub Abzug zu verschaffen. Auch für den Abzug der Rauchgase auf den Brennöfen wird immer noch wenig gesorgt.

Die nachgewiesenen Löhne sind gegen das Jahr 1908 um mehr als 2 Millionen Mark zurückgegangen. Berechnet man den Durchschnittslohn pro Arbeiter, so ergibt sich, daß ein Ziegeleiarbeiter pro Jahr 707 M. verdient hat.

Ist es nach diesen Darstellungen aus Unternehmermunde nicht begreiflicher, daß die Ziegeleiarbeiter Deutschlands so schwer zu einer Organisation zu bringen sind?

Säuglingspflege in einem katholischen Kloster.

Pirmasens, den 12. August. (Fig. Ver.) Der Fabrikarbeiter J. Schredmann war gezwungen, sein vier Wochen altes gesundes Kindlein in das katholische Kloster zur Pflege zu geben, weil seine im Wochenbett erkrankte Frau nach Heidelberg in die Frauenklinik verbracht werden mußte. Nach vier Wochen wurde der Säugling wieder in die elterliche Wohnung zurückgeholt, nachdem die Mutter aus der Klinik zurück war. In ihrem größten Schrecken mußten die Eltern sehen, daß sich der Säugling in ganz verwerflichem Zustand befand. Am Gesäß hatte er eine tiefe eitrige Wunde, in den Hals Löcher mit Eiter unterlaufen. Von der großen Bebe fehlte der Nagel. Am Hinterkopf befanden sich zwei Löcher und am Genick und den beiden Schenkeln wurden Eiterpöckchen festgesetzt.

Der königliche Bezirksarzt, dem das Kind zur Untersuchung überbracht wurde, ordnete sofort die Unterbringung ins Krankenhaus zur ärztlichen Behandlung an, wo es heute gestorben ist.

Besonders charakteristisch ist, daß eine Klosterschwester beim Abholen des Kindes erklärte: man möge von den Eltern, die das Kind habe, nichts weiter erzählen. Wie der Hausarzt des Klosters erklärte, hatte er keine Kenntnis von diesem schrecklichen Zustand des Kindes und wurde auch nicht darauf aufmerksam gemacht, obwohl er am Tage zuvor, ehe das Kind aus dem Kloster geholt wurde, im Kloster zum Besuch der Kinder anwesend war.

Die Eltern des Kindes sowie die Frauen, die das Kind in dem verwahrlosten Zustand betrachteten, sind empört über eine derartige Verwahrlosung eines Kindes.

Da bereits Anzeige erstattet ist, wird sich, wenn die gerichtliche Untersuchung stattgefunden hat, zeigen, wem die Schuld beizumessen ist.

Verfammlungen.

Die Arbeiter-Bildungsschule hielt am letzten Donnerstag ihre ordentliche Generalversammlung für das zweite Quartal dieses Jahres ab. Dem Bericht des ersten Vorsitzenden Lammé ist zu entnehmen, daß im Berichtsquartal der Besuch recht gut war. Veranlaßt hatte die Schule sechs Unterrichtsture. Die Gegenstände in den einzelnen Kursen waren: Geschichte, Redekunst, Einführung in den wissenschaftlichen Sozialismus, Gesehskunde, Rationalökonomie und Rationalökonomie für Fortgeschrittene. An sonstigen Veranstaltungen hatte die Schule 1 Sonntagsgesamtsammlung und 3 Ausflüge arrangiert. Die Verwaltungsarbeiten wurden in 3 Vorstandssitzungen und 1 Generalversammlung erledigt. Der Mitgliederbestand stellte sich auf 881. Den Bericht für die Bibliothekare gab Blusche, den über den Stand der Kasse Königs. Grundwald gab den Bericht des Lehrerkollegiums. Er beklagte, daß die Lehrer mit dem von den Schülern gezeigten Lerneifer zufrieden waren und fordert auf, schon im Laufe der Sommermonate eifrig für die Schule zu werden. Im Anschluß daran teilte er mit, daß vor geraumer Zeit der Berliner Polizeipräsident an alle Lehrer der Schule mit dem Erlauchen betragten sei, den abgehenden Nachweis ihrer Lehrbefähigung zu erbringen. Die Lehrer haben dem Polizeipräsidenten mitteilen lassen, daß sie der Aufforderung nicht entsprechen werden, weil sie nicht unmündigen Kindern, sondern erwachsenen Personen Vorlesungen halten. Seit jener Aufforderung sind jetzt etwa zwei Monate vergangen, ohne daß die Lehrer wieder von der Angelegenheit gehört haben. An diese Verichte schließt sich eine kurze Diskussion. Der Antrag der Revisoren auf Dechargeerteilung wird angenommen. Sodann kam ein Vorstandsantrag zur Verhandlung, der den früheren Zustand des 9 Uhr-Schulbeginnes wieder herstellen will. Der Antrag wurde nach längerer Debatte mit 79 gegen 22 Stimmen abgelehnt.

Vermischtes.

Eisenbahnkatastrophe in Südfrankreich.

Durch den Zusammenprall eines vollbesetzten Personenzuges mit einem Güterzug wurden am Sonntagvormittag auf der im Süden Frankreichs gelegenen Station Saujon eine Anzahl blühender Menschenleben vernichtet. Ein Vergnügungszug, der jeden Sonntag die Strecke befährt, fuhr auf dem Bahnhof mit voller Geschwindigkeit auf einen leeren Güterzug auf. Der Zusammenprall war furchtbar. Die ersten sechs Wagen dritter Klasse wurden vollständig ineinandergepreßt, drei davon buchstäblich zermalmt. Aus den Trümmern wurden

32 Leichen und etwa 100 Verwundete hervorgezogen, von denen drei noch auf dem Transport ihren Verletzungen erlagen. In der Mehrzahl handelt es sich bei den Opfern um Böglinge eines Mädchenpensionats, die sich auf einer sonntäglichen Schulspaziertour befanden. Der Lokomotivführer des Vergnügungszuges wurde weit weggeschleudert und schwer verletzt, der des Güterzuges lag zermalmt unter seiner Maschine.

Ueber das entsetzliche Unglück meldet uns ein Telegramm aus Paris noch folgende Einzelheiten: Der Unglückszug fuhr mit einer Geschwindigkeit von etwa 40 Kilometern in der Stunde auf den Güterzug auf. Die Lokomotive des Personenzuges wurde links aus dem Gleis geworfen und fiel den Bahndamm hinunter. Der Packwagen und der erste Personenzug türmten sich aufeinander, während der zweite Personenzug, in dem sich die Böglinge eines Mädchenpensionats befanden, vollständig zersplitterte. Die Rettungsarbeiten auf dem Bahnhof gingen sehr langsam vor sich, da ein außerordentlicher Mangel an Hilfsmitteln vorhanden war. Die Schuld an dem Unglück soll den Stationschef des Bahnhofs treffen, der nicht die nötigen Vorsichtsmaßnahmen getroffen hatte, um zu verhindern, daß der Personenzug auf den Güterzug auffuhr.

Starker Tabak.

Der in Stuttgart erscheinende „Schwäb. Merkur“ bringt in einer seiner letzten Nummern einen bemerkenswerten Brief eines jungen Schwaben aus Habanna, den dieser am 21. Juni d. J. an seine Angehörigen in Stuttgart schrieb. In demselben findet sich folgende interessante Stelle:

„Einen hochinteressanten Ausflug machten wir am folgenden Vormittag in eine der weltberühmten Zigarrenfabriken Havannas, die Firma Voz, die besonders die Marke Henry Clay herstellt, bei deren Namen schon dem Feinschmecker das Herz im Leibe lacht.“ Dann heißt es nach einer längeren Beschreibung der Fabrikräume u. a.: „Im oberen Stockwerk befinden sich die Lager- und Trockenplätze; für über 1 1/2 Millionen Mark lagert hier Rohmaterial, verrät und unser Führer, teils in Fässern verschlossen, teils lose auf Holzgestellen aufgeschüttet. In einem anderen Raum werden die fertigen Zigarren sortiert, von geübten Arbeitern, denn die Fortschrittsunterschiede der einzelnen Sortungen sind so verblüffend, daß ein Laie sie nie bemerken würde. Auf einem Sortiertisch lagen besonders schöne und große Exemplare, die Lebzigarette unseres deutschen Kaisers; neugierig wägen wir eine in der Hand und ahmen ihr Aroma ein; züla 6 M. kostet eine in der Fabrik.“

Es ist recht bedauerlich, daß der Finanzminister sich dieses durchschlagende Argument für die Erhöhung der Zölle des preußischen Königs hat entgehen lassen.

Vom Löwen zerfleischt.

Während der Sonntagsvorstellung in der Menagerie Vostok in der Brüsseler Weltausstellung wurde der Tierbändiger Tomalon schwer verwundet. Er führte dem Publikum gerade einen seiner Haupttricks vor, indem er einem riesigen Verberlöwen seinen Kopf in den geöffneten Kaugen steckte. Schon oft hatte Tomalon dieses getan, ohne daß ihm je etwas geschehen wäre. Gestern nachmittag schnappte plötzlich die Bestie zu und die Zähne derselben gruben sich tief in die beiden Schläfen des Tierbändigers. Als das Publikum aus dem Kaugen des Löwen Blut fließen sah, erhob sich eine wilde Panik, man schrie nach den Wärtern. Inzwischen war Tomalon ohnmächtig geworden. Die Wärter hatten große Mühe, ihn aus dem Kaugen der Bestie zu befreien. Glücklicherweise war das Tier durch das Geschrei der Zuschauer verblüfft worden und hatte nicht weiter zugebissen. Trotzdem wird an dem Aufkommen des Tierbändigers gezweifelt.

Die Waldbrände in Amerika.

Der in Nord-Dakota seit längerer Zeit wütende Waldbrand nimmt immer größere Ausdehnung an. Zur Bekämpfung des Feuers sind Truppenverpflichtungen abgeschickt worden, da es den bisher bei der Abdämmung des Brandes tätigen Mannschaften nicht gelang, des Feuers Herr zu werden. Die inmitten der Brände gelegene Ortschaft Last mit 200 Häusern mußte den Flammen preisgegeben werden; im Swan Creek, der gleichfalls rings von Flammen umgeben ist, befindet sich eine Anzahl Personen, darunter Frauen und Kinder. Ein Lebensmittelzug mit 35 Menschen, der in die gefährdeten Gebiete abgegangen ist, wird vermisst. Man befürchtet, daß es auch den neuerlich abgesandten Rettungsmannschaften nicht gelingen wird, rechtzeitig Hilfe für die bedrängten Ortschaften zu bringen.

Aufstand von Gefangenen.

In dem Gefängnis der Stadt Hadra in Ägypten brach unter den Sträflingen eine Meuterei aus, die mit Hilfe der Polizei unterdrückt wurde. Zwischen den Beamten und den Sträflingen kam es zu einer förmlichen Schlacht. Einer der Gefangenen wurde getötet, mehrere wurden verwundet. Auch von den Beamten sind mehrere schwer verletzt worden.

Erstklassige Menschen.

Bekanntlich herrschen in Ungarn Patriotismus und Religion in enger Harmonie. Nur vaterlandlose Gesellen suchen die gottgegebene Ordnung zu stören. Welcher Art diese Ordnung ist, zeigt ein Bild in den Inseratenteil der Budapestter Presse. Die „Wiener Arb.-Ztg.“ teilt daraus neben anderen Kuppelannoncen, die da gang und gäbe sind, einige charakteristische mit. Eine stehende Figur ist da die Dame, die Bekanntschaft mit einem Kirchenfürsten macht. Einige Männer erboten sich Damen zu „jedem gewünschten Dienste“. Das Brausigste aber ist ein Herr, der die Protektion des Direktors oder Sekretärs Mädchenerziehungsanstalt wünscht.

Kleine Notizen.

Passagierfahrten im Lenkballon. Der in München stationierte Lenkballon „Parzeval VI“ ist am Sonntag zu seiner ersten Passagierfahrt aufgefliegen, an der insgesamt 16 Personen, einschließlich der Besatzung, teilnahmen. Nach anderthalbstündiger Fahrt landete der Ballon glatt vor der Ballonhalle auf dem Ausstellungsgelände.

Für ihr Kind in den Tod gegangen. In Hameln wollte am Sonntagnachmittag die Ehefrau des Schauspielers Strauß ihr 1 1/2-jähriges Kind, das auf der Chaussee spielte, vor dem Ueberfahren retten. Die Frau kam dabei selbst unter das Gefährt und wurde getötet, das Kind blieb unversehrt.

Bei den Kirchweihfestlichkeiten in Grimlinghausen wurde ein Polizist, der zwei Leute, die auf einer Dampfstraße Revolverstücke abfeuerten, verhaften wollte, von diesen durch Messerstiche schwer verletzt und ins Wasser geworfen. Bei dem Sturze lag der Polizist einen der Täter mit sich in den Rhein. Während der Polizei gerettet wurde, erkrankte der Revolverheld.

Unterschlagen im Kruppwerk. Ein seit langen Jahren im Dienste der Firma Krupp stehender Beamter hat durch eine Reihe Unterschlagungen seit etwa 15 Jahren 50 000 Mark veruntreut, indem er Lohnlisten fälschte. Nach Entdeckung der Unterschlagungen ist der Täter flüchtig geworden.

Durch einen Aeroplan getötet. Bei Flugversuchen des Aviatikers Bollmüller in Stuttgart wurde ein 17-jähriger Anabe durch den Apparat so schwer verletzt, daß er noch während der Ueberführung nach dem Krankenhaus starb.

Einkurz auf einem Neubau. In Niederbongfeld im Rheinland stürzte gestern nachmittag die Siedelwand eines Neubaus ein und begrub mehrere Arbeiter unter sich. Bisher hat man drei schwerverletzte geborgen. Es konnte noch nicht festgestellt werden, ob sich noch mehr Verunglückte unter den Trümmern befinden.

Die Ueberschwemmungen in Japan. Nach amtlichen Feststellungen sind infolge der Ueberschwemmungen 1112 Personen um gekommen, 3083 Häuser sind von Wasser fortgerissen. Tausende von Menschen sind obdachlos und auf die öffentliche Wohltätigkeit angewiesen.

Ein Lustmord. Am Sonntag morgen wurde im Wiener Prater die scheidlich verstümmelte Leiche einer unbekannteren Frauenperson aufgefunden, die einem Lustmorde zum Opfer gefallen ist.

Durch elektrischen Strom getötet. In einer Fabrik in Gent kamen zwei Arbeiter den elektrischen Leitungsdrähten der Kraftstation zu nahe. Die stark verholzten Leichen der Verunglückten sind kurz darauf aufgefunden worden.

Bei einem Zusammenstoß zweier Güterzüge in der Nähe von Petersburg wurden sieben Schaffner verunndet. 35 Wagen und zwei Lokomotiven stürzten den Bahndamm hinab.

Sozialdemokratischer Wahlverein des 4. Berliner Reichstags-Wahlkreises.

Dienstag, den 16. August, abends 8 1/2 Uhr,
in Kellers Festsälen (Inhaber Freyer), Koppenstraße 29:

Generalversammlung.

Tages-Ordnung:

1. Kommissionsbericht und Neuwahl der Zentral-Vorstandsmitglieder.
 2. Diverse Anträge.
 3. Verschiedenes.
- Der Vorstand.

Zentralverband der Maurer Deutschlands

Bureau: Engelauer 15, III. Zweigverein Berlin. Telefon: Amt IV, 4093.

Mittwoch, den 17. August, abends 8 1/2 Uhr:

Generalversammlung des Gesamtzweigvereins in den „Musikerjalen“, Kaiser-Wilhelm-Straße 18m.

Tages-Ordnung:

1. Geschäfts- und Kassenbericht vom II. Quartal 1910.
2. Vereinstangelegenheiten.

Mitgliedsbuch legitimiert, ohne dasselbe kein Eintritt.

Der Zweigvereinsvorstand.

NB. Hierdurch teilen wir allen Mitgliedern mit, daß die Revision der Zweigvereinsbibliothek beendet ist und Bücher wieder entliehen werden können.

Die Bücherentnahme kann täglich in den Bureaustunden vormittags von 8 bis 1 Uhr und nachmittags von 3 bis 7 Uhr, außerdem jeden Montag und an den Tagen, an welchen im Gewerkschaftshaus Versammlungen des Zweigvereins stattfinden, bis 9 Uhr abends erfolgen.

Die Bibliothekskommission.

Sonnabend, den 27. August, in Kellers Festsälen, Gasenheide 13-15:

19. Stiftungsfest des Zweigvereins

bestehend aus

Konzert, Theater- und Spezialitätenvorstellung

unter freundlicher Mitwirkung des Gesangsvereins Berliner Maurer.

In drei Sälen: **Großer Ball.**

Eröffnung 3 Uhr.

Anfang des Konzerts 4 Uhr.

Die Kaffeeküche steht den geehrten Damen von 3 Uhr ab zur Verfügung. Bei ungünstiger Witterung ist für 1500 Sitzplätze unter Zelten gesorgt. Hierzu ladet freundlich ein.

Das Komitee.

Billetts zum Preise von 50 Pf. für Herren inkl. Lang und 25 Pf. für Damen sind bei allen Oblenten und Hauskassierern sowie im Verbandsbureau, Engelauer 15 III, Zimmer 53, zu haben.

Zur Beachtung! Vom Sonnabend, den 13. August an, tritt im gesamten Baugewerbe im Vertragsgebiet von Berlin und Vororten die Lohnsteigerung von 3 Pf. für die Stunde ein und zwar steigt der Lohn der Maurer von 75 auf 78 Pf., der geübten Bauarbeiter von 50 auf 53 Pf., der Kalkschläger, Wasserträger und Mauerer von 55 auf 58 Pf. und der im Lohn arbeitenden Träger von 70 auf 73 Pf., der Lohn der Fliesenleger von 90 auf 93 Pf., der Fliesenleger-Hilfsarbeiter von 62 1/2 auf 65 1/2 Pf.

Gipsbaubranche: Der Lohn der Einschaltwand-, Rabiß- und Zementdrahtpuher von 90 auf 93 Pf., der Rabißspanner von 75 auf 78 Pf., der Träger von 72 1/2 auf 76 Pf., der Hilfsarbeiter von 50 auf 53 Pf., der Wasserträger von 55 auf 58 Pf.

Betonbaubranche: Der Zementierer und Flechter von 72 1/2 auf 75 1/2 Pf., der Einschaler von 62 1/2 auf 67 1/2 Pf., der Hilfsarbeiter von 50 auf 53 Pf., für Handbetonmischer, für Wasser- und Betonträger, welche das Material von unten herauf tragen, sowie für die am Fahrstuhl oder Aufzug mit dem Einbinden und Abnehmen beschäftigten Hilfsarbeiter von 55 auf 58 Pf.

Im übrigen gelten die Bestimmungen des alten Tarifes, nur sind im Geltungsbereich die Orte Lichtenrade und Wannsee aufgenommen und muß auch dort jetzt obiger Lohn gezahlt werden.

Der erhöhte Lohn muß für die Woche vom Sonnabend, den 13. August, bis Freitag, den 19. August, am Sonnabend, den 20. August, zur Auszahlung kommen.

Wir ersuchen alle Kollegen, streng auf die Durchführung des Vertrages in diesem Punkte wie in seinen übrigen Bestimmungen zu achten und Verstöße gegen denselben sofort der Organisationsleitung zu melden.

Die Zweigvereinsvorstände
des Maurer- und des Bauhilfsarbeiterverbandes.

Sektion der Gips- und Zementbranche!

Zwei große

Mitglieder-Versammlungen.

Dienstag, den 16. August, abends 8 1/2 Uhr, im Gewerkschaftshaus,
Engelauer 15, Saal 1:

Gipsbaubranche: Puher, Träger, Rabißspanner.

Mittwoch den 17. August, abends 8 1/2 Uhr, bei Jannasch, Inselstr. 10:

Betonbaubranche: Zementierer, Einschaler, Hilfsarb.

Tages-Ordnung in beiden Versammlungen:

188/11

1. Die Durchführung der am 13. August laut Tarifvertrag für alle Gruppen zu erfolgenden Lohnverhöhung bei allen Unternehmern im Gips- und Betonbaugewerbe. 2. Diskussion.

Pflicht eines jeden Kollegen ist es, die Versammlung seiner Gruppe zu besuchen.

Der Sektionsvorstand.

Milchgeschäft

280 Str., Wriezener 62/50, wegen Uebernahme eines Hauses sofort zu verkaufen Groß-Dichterfelde-West, Anleitedstr. 6, am Bahnhof. 89/16*

Hygienische Bedarfsartikel

Dr. med. Zaremba, Weinbergstr. 1, die a. Rosenhaller Lor. Billigste Bezugsquelle! Versuch f. zur dauernden Gesundheit

Blumen- und Kranzbinderei

von Robert Meyer, nur Mariannen-Straße 2.

Verantwortlicher Redakteur: Carl Weber, Berlin. Für den Inseratenteil verantw.: Th. Glöck, Berlin. Druck u. Verlag: Vorwärts-Druckerei u. Verlagsanstalt Paul Singer & Co., Berlin SW.

Deutscher Holzarbeiter-Verband.

Verwaltung Berlin.

Baden- und Kontorbranche.

Dienstag, den 16. August 1910, abends 8 1/2 Uhr:

Branchen-Versammlung

im „Englischen Garten“, Alexander-Straße 27c:
Tages-Ordnung:

1. Bericht von der Verhandlung mit den Unternehmern.
 2. Branchenangelegenheiten.
 3. Verbandsangelegenheiten.
- Alle Kollegen müssen zu dieser Versammlung erscheinen.
Die Branchenleitungen.

Deutscher Holzarbeiter-Verband.

Zahlstelle Charlottenburg.

Mittwoch, 17. August, abends 8 Uhr, im Volkshaus, Rosinenstraße:

Außerordentliche Mitgliederversammlung.

Tages-Ordnung:

1. Ist der Zusammenschluß der Zahlstellen im Wohngebiet Groß-Berlin notwendig? Referent: Kollege Stuscho.
2. Gewerkschaftliches und Verschiedenes.

Es ist Pflicht eines jeden Mitgliedes, in der Versammlung zu erscheinen.

Die Ortsverwaltung.

Deutscher Holzarbeiter-Verband.

Zahlstelle Rixdorf.

Dienstag, den 16. August, abends 8 1/2 Uhr, in Hopps Festsälen,
Hermannstraße 49:

Außerordentliche General-Versammlung.

Tages-Ordnung:

1. Ist der Zusammenschluß der Zahlstellen im Wohngebiet Groß-Berlin notwendig? Referent: Franz Stuscho.

Kollegen! Da in dieser Versammlung ein im Interesse des Verbandes wichtiger Beschluß gefaßt werden soll, ist es notwendig, daß sämtliche Kollegen erscheinen.

87/17*

Die Ortsverwaltung.

Maßanzüge

sehr elegant, 32-35 R., fertige Anzüge 8,25 an. Tuche sehr große Auswahl. Kosten engl. Stoffe u. Anzugreste billig. Gern schicken wir unsere Vertreter mit Muster ohne Kaufverpflichtung. **Tuchgesellschaft** Kolonnenstr. 16-17 (Hochb.) Vorzeiger d. Inserats erhält 5% Rabatt.

Wegen Aufgabe

unserer Verkaufsstelle, Rixstraße 2

Anzugstoffe, Winter-

Paletotstoffe,

Damentuche

spottbillig, unter Preis. 2782

Koch & Seeland, Gesellschaft m. b. H.

Rixstraße 2.

Spezial-Restaurant Treprow

empfehlen Parkettaal mit Bühne und großen Redendäumen zu Versammlungen und Festlichkeiten. Angenehmer Familienaufenthalt. Sonnabende noch frei!!

Paul Obiglos Festsäle

Schwedter Str. 23/24.

Großer Saal mit Theaterbühne
Sonnabend, den 10. Septbr.,
und 22. Oktober freigegeben.
Kleiner Saal mit Parkettboden
und Bühne zu Hochzeiten, Festlichkeiten jeder Art noch mehrere Tage zu vergeben.

Es war am ganzen Leibe mit

Flechten

Verfälscht, welche mich durch das ewige

Juden Tag und Nacht nicht in Ruhe

ließen. Nach einer Uebersetzung von

kaum 14 Tagen mit Zucker's Patent-

Medizinal-Seife waren meine

Flechten vollständig verschwunden.

Ihre Seife ist nicht 1,50 R., sondern

100 R. wert. Sergeant R. in G.

4. St. 50 Pf. (15% ig) und 1,50 R.

(35% ig, härteste Form). Dazu-

gehörige Judooh-Creme 75 Pf. und

2 R. ferner Judooh-Seife (mild)

50 Pf. und 1,50 R. in Berlin in

Behrens Drog. (Kopf u. Strauß),

Frankfurter Allee 120; O. Schulz,

Chausseestraße 87; Hugo Schulz,

Räderweg, Müllerstr. 166a; Otto

Vinder, Pringel-Allee 29; in Rix-

dorf: Droghaus Vincent, sowie

in sämtl. Apoth., Drog. u. Parfüm.

Nichts anderes aufreden lassen. Es

gibt dafür keinen Erfolg!

H. Weltmann Nachf. Stefan Esders

Größtes Bekleidungs-Spezialhaus
Kaiser-Wilhelmstr. 41-22 Spandauerstr. 70-71

Zur

Konfirmation: Anzüge

in vorzügl. Stoffqualität und bester Verarbeitung

11.00, 15.50, 20.00, 25.50, 30.00, 35.00

Schuhe	Oberhemden	Hüte
7.50, 8.25, 10.25	1.90, 2.90	2.50, 3.50, 5.50

Handschuhe, Krawatten, Kragen etc.

DER SONDER-KATALOG
für Konfirmanden-Ausstattungen
wird auf Wunsch postfrei übersandt!

Die Taktik im Wahlrechtskampf.

VIII.

Genoffin Luxemburg antwortete in den Nummern 85 und 86 der „Neuen Zeit“ auf Kautsky's erste Ausführungen mit einem Artikel „Erörterung oder Kampf“. Er beginnt mit der Erklärung, daß die Verfasserin sehr zufrieden ist, durch ihren Artikel und durch ihre Agitation im April eine eingehende Diskussion über die Probleme der Taktik in der Partei angeregt und das Verbot der Diskussion über den Massenstreik namentlich in der „Neuen Zeit“ durchbrochen zu haben.

Nach einem Hinweis darauf, daß der „Vorwärts“ die Diskussionen ignoriert habe, aus Verleihen über Berliner Versammlungen jedes Wörtchen vom Massenstreik streiche und auch in einem Bericht über die Massenversammlung in Frankfurt a. M. vom 17. April den Satz gestrichelt habe: „Die Referentin löste mit der Propagierung des Massenstreiks stürmische Zustimmung der Versammlung aus“, erwähnt Genoffin Luxemburg, daß frühere Versuche, die öffentliche Erörterung des Massenstreiks zu verbieten, so der des Kölner Gewerkschaftskongresses 1906 und der der Vorleserzeitung des österreichischen Parteitag zu Salzburg 1904 mißlungen sind, weil die Sozialdemokratie keine Seite sei, die aus einer Handvoll gehorlicher Schüler bestünde, sondern eine Massenbewegung, in der Fragen, die sie im Innersten erregen, so oder anders an die Öffentlichkeit treten müssen, ob man es wolle oder nicht.

„Auf demselben Boden der abstrakten unhistorischen Betrachtungsweise stehen heute diejenigen, die den Massenstreik nächstens in Deutschland auf dem Wege eines Vorstandsbeschlusses auf einen bestimmten Kalendertag ansetzen möchten, wie auch diejenigen, die, wie die Teilnehmer des Kölner Gewerkschaftskongresses, durch ein Verbot des „Propagierens“ das Problem des Massenstreiks aus der Welt schaffen wollen. Beide Richtungen gehen von der gemeinsamen rein anarchoföhen Vorstellung aus, daß der Massenstreik ein hohes technisches Kampfmittel ist, das nach Belieben und nach bestem Wissen und Gewissen „beschlossen“ oder auch „verboten“ werden

könne, eine Art Taschenmesser, das man in der Tasche „für alle Fälle“ zusammengelappt bereit halten oder auch nach Beschluß aufklappen und gebrauchen kann.“

Genoffin Luxemburg zitiert dann die Ausführungen des Genoffen Panneloef gegen die Meinung Kautsky's, daß die öffentliche Erörterung dem Gegner die schwachen Stellen der eigenen Position mitteilen werde. Vollständig unverständlich ist der Genoffin das weitere Bedenken Kautsky's, daß eine Diskussion in der die eine Seite ihre Gründe für die augenblickliche Ausschließlichkeit eines Massenstreiks auseinandersetze, das Gegenteil einer Anfeuerung zur Aktion sein werde.

„Wir haben die „Anfeuerung zur Aktion“ noch nie durch Illusionen und durch Vertuschung des wahren Sachverhalts vor den Massen zu erzielen gesucht. Haben die Gegner des Massenstreiks mit ihren Gründen für die Ausschließlichkeit einer solchen Aktion recht, so ist es durchaus heilsam und notwendig, daß wir ihre Gründe hören und ihnen beipflichten. Haben sie unrecht, so ist es ebenso heilsam und notwendig, daß ihre Gründe öffentlich als unschlüssig erkannt werden. Die eingehendste Erörterung kann da nur von Nutzen sein und zur Selbstklärung der Partei beitragen, und auf die Schwächen unserer Bewegung aufmerksam machen, und die dringendsten praktischen Aufgaben der Agitation oder Organisation vor die Augen führen.“

Genoffin Luxemburg fragt sodann, welche Gefahren es denn eigentlich gewesen seien, die den Genossen Kautsky veranlaßt hätten, seinen Warnungsruf ertönen zu lassen. Habe vielleicht irgend jemand daran gedacht, von heute auf morgen einen Massenstreik zu kommandieren, oder befand die Gefahr, daß man in der Partei grundlose Illusionen in bezug auf die wunderartige Wirkung des Massenstreiks erwecke? Nichts sei geschehen, was solche Verführungen rechtfertige.

„Die Hauptfrage also, worum es sich handelte, war, daß die Massen sich mit der Frage des Massenstreiks befassen und dazu Stellung nehmen. Ob ein Massenstreik möglich, angebracht, notwendig, würde sich dann aus der weiteren Situation und aus der Haltung der Masse ergeben. Das Auftreten des Genossen Kautsky dagegen erscheint nun gerade vom Standpunkt der Marxschen Auffassung merkwürdig. Ge-

nosse Kautsky selbst baut seine ganze Theorie von der „Errettungsstrategie“ darauf, daß wir zwar nicht jetzt, aber nach den Reichstagswahlen im nächsten Jahre in die Zwangslage kommen können, den Massenstreik anzuwenden. Genosse Kautsky gibt ferner selbst zu, daß „irgend ein plötzliches Ereignis, sagen wir ein Blutbad nach einer Straßendemonstration“, den Massenstreik ganz spontan notwendig machen kann. Ja, er schreibt selbst zum Schluß: „Seit dem Bestand des Deutschen Reiches waren die sozialen, politischen internationalen Gegensätze niemals so gespannt wie jetzt — — Nichts leichter möglich als Ueberraschungen, die noch vor den nächsten Reichstagswahlen zu gewaltigen Entladungen und Katastrophen führen, in denen das Proletariat zum Aufgebot aller seiner Kräfte und Machtmittel hingezogen wird. Ein Massenstreik unter solchen Umständen könnte sehr wohl imstande sein, das bestehende Regime hinwegzufegen.“

„Zu dem aber so, ist auch nur eine Möglichkeit vorhanden, daß der Massenstreik in nächster Zukunft in Deutschland in Anwendung kommt, dann ergibt es sich von selbst, daß es unsere Pflicht ist, auch den Massen alle diese Eventualitäten vor die Augen zu stellen, jetzt schon in möglichst breitem Kreise den Proletariats Sympathie für diese Aktion zu wecken, damit die Arbeiterkraft nicht überhumpelt wird, damit sie nicht blindlings, nicht unter einem Affekt, sondern mit vollem Bewußtsein, in sicherem Gefühl der eigenen Kraft und in möglichst gewaltigen Massen in die Aktion eintritt. Die Masse selbst soll eben für alle politischen Eventualitäten reif sein und selbst ihre Aktionen bestimmen, nicht aber „im gegebenen Moment“ auf den Taktstock von oben warten, vertrauend ihrem Magistrat, der fromm und liebend schlägt, den Staat durch huldreich hochwohlwieliges Walten“, während es der Parteimasse stets geizt, „das Maul zu halten“. Die Marxsche Auffassung besteht ja gerade in der Beachtung der Masse und ihres Bewußtseins als des bestimmenden Faktors bei allen politischen Aktionen der Sozialdemokratie. Im Geiste dieser Auffassung ist auch der politische Massenstreik — wie der ganze Kampf um das Wahlrecht — schließlich doch nur ein Mittel zur Massenklärung und Organisation der breitesten Schichten des Proletariats. Wie man also an die Ausführung solcher Aktionen möglicherweise in der nächsten Zukunft denken und zugleich der Masse verbieten kann, sich mit diesem Problem zu befassen, als wenn es sich um das Spielen mit dem Feuer handelte, vor dem die Masse bewahrt werden müßte, ist gerade vom Standpunkt der Marxschen Lehre ganz rätselhaft, und alle moderne und antike Kriegsstrategie vermag dieses Rätsel nicht zu erklären.“

Im zweiten Teil ihres Artikels mündet sich Genoffin Luxemburg gegen die Forderung Kautsky's, daß man Demonstrationstreik und Zwangsstreik, ökonomischen Streik und politischen Streik streng auseinanderhalte. Solche Abstraktionen müßten für den parlamentarischen Alltag ausreichen, sobald jedoch große Massenaktionen und politische Sturmzeiten begännen, würden diese Abstraktionen vom Leben selbst durcheinander geworfen. Das sei in Rußland der Fall gewesen. Genosse Kautsky lehne freilich das Beispiel Rußlands ab, weil dort „damals die Revolution herrschte“. Aber je mehr wir auch in Deutschland stürmischen Auseinandersetzungen des Proletariats mit der herrschenden Reaktion entgegengehen, um so mehr würden auch die Erscheinungen der revolutionären Situation für unsere Verhältnisse gelten. Aber auch die Geschichte des Wahlrechtskampfes in Belgien zeige daselbe und beweise, daß Kautsky sich irre, wenn er meine, wenigstens „in den Wahlrechtskämpfen Westeuropas wäre bisher das ökonomische und das politische Moment streng geschieden“ gewesen. Die belgische Wahlrechtsbewegung habe 1886 mit „einem ganzen Sturm wirtschaftlicher Kämpfe“ begonnen. Den Lohnforderungen wurde bald überall die Forderung des allgemeinen Wahlrechts angefügt und unter Benutzung der großen Erregung des wirtschaftlichen Kampfes konnte die junge belgische Sozialdemokratie am 15. August 1886 ihre erste Massendemonstration für das allgemeine Wahlrecht in Brüssel veranstalten. Dasselbe wiederholte sich später. Der große politische Massenstreik 1891, der die Wahlrechtsvorlage erganz, war das Produkt einer Reihe gewerkschaftlicher Aktionen. Nachdem der politische Streik beendet war, da er den Sieg gebracht hatte, setzten die Bergarbeiter von Charleroi den Kampf um Lohnhöhe und Arbeitszeitverkürzung fort. Im Jahre 1892 war große Arbeitslosigkeit, mehrere Streiks zur Abwehr von Lohnkürzungen fanden statt. Bei der Kammereröffnung im November organisierte die Partei in Brüssel in sämtlichen Fabriken einen Demonstrationstreik. Im Dezember veranstaltete sie große Arbeitelodendemonstrationen. So wurde in beständiger Wechselwirkung der Demonstrationen und der „Zwangsstreiks“ der wirtschaftlichen und der politischen Aktion

Kleines feuilleton.

Eine sozialistische Hochschule. Zwei Schüler des Central Labour College, der Arbeiteruniversität in Oxford, haben auf der Durchreise in Paris dem Genossen Longuet interessante Angaben über Entstehung und Wirksamkeit ihrer Anstalt gemacht. Vor etwa zehn Jahren hinterließ der Professor Broomann in Chicago 1 Million Dollar zur Errichtung einer Bildungshäule für junge Arbeiter an der alten Universität Oxford. Sie wurde gegründet als „Austin College“. Der Lehrplan war auf zwei Jahre berechnet. Die Studien- und Unterhaltungslos (jährlich 1000 Mark) wurden von den Verbänden, die die Auswahl übten, aufgebracht. Allmählich gewannen die reaktionären Organe der konservativen Universität immer mehr Einfluß, während den Gewerkschaften jedes Kontrollrecht verweigert blieb. Sie hatten keinen Vertreter im Verwaltungsausschuß. Die Zeitung ging soweit, daß sie den sozialwissenschaftlichen Unterricht einstellen wollte. So kam es zum Bruch. Gelegentlich des vorjährigen Gewerkschaftskongresses wurde die Errichtung des Central Labour College beschlossen, das seit dem 1. September tätig ist. Es zählt 22 Schüler von 20—24 Jahren, sämtlich frühere Schüler des Austin College. 21 sind von den Gewerkschaften entsandt (11 Bergarbeiter, 4 Eisenbahner, 2 Maschinenbauer usw.), einer kommt aus Finnland. An Stelle des klassisch-metaphysischen Unterrichts des Austin College steht die Sozialwissenschaft im Vordergrund. Die Lehrgegenstände sind: 1. Volkswirtschaft (Lehrer Sims); 2. Soziologie und Logik (Hird); 3. Psychologie (Dr. Stanton Coit); 4. Geschichte der sozialen (gewerkschaftlichen, genossenschaftlichen und sozialistischen) Bewegung seit 200 Jahren (Dr. Charles); 5. Alte und moderne Geschichte (Prof. Fallows von der Universität Birmingham). Sämtliche Lehrer sind Sozialisten. Der Lehrplan dauert durchschnittlich zwei Jahre. Aufnahmehüchende müssen tätige Gewerkschaftler sein und einen Ausweis über einen volkswirtschaftlichen oder politischen Gegenstand einreichen. Sie leben zusammen und besorgen ihre Zimmer und Küche selbst.

Ein Luftschiff mit elektrischer Fernsteuerung. Statt der Drahtzüge, die von der Gondel her durch den Steuerer Mann des Luftschiffes betätigt werden, um dem Fahrzeug die gewünschte Seitenrichtung zu geben, kann man sich auch der unsichtbaren Verbindungen bedienen, welche durch die Hochfrequenz-Wellenströme hergestellt werden, deren man sich auch bei der drahtlosen Telegraphie bedient. Man kann diese Verbindungen sogar, statt von der Gondel aus, von irgend einer Stelle des festen Bodens aus spielen lassen. Im Londoner Hippodrom ist zurzeit ein Luftschiff von Philipps ausgestellt, das durch solche elektrischen Ströme gesteuert wird. Dies geschieht nach der Elektrotechnischen Zeitschrift auf folgende Weise: Vier Elektromotoren treiben das Luftschiff vorwärts, und zwar treibt jeder von ihnen einen eigenen Propeller. Diese Propeller, auf Deutsch „Treibschrauben“, sind an dem Körper des Luftschiffes so verteilt, daß einer oben, einer unten, einer rechts und einer links vorwärts zu-

drücken sucht. Wenn alle vier gleich stark arbeiten, steigt das Luftschiff geradeaus. Wenn die obere langamer arbeitet als die untere, richtet sich die Spitze nach oben, und das Luftschiff geht in die Höhe und umgekehrt. Oder wenn der rechte Motor stärker arbeitet als der linke, dreht sich das Luftschiff nach links. Das verschiedene Arbeiten der Motoren, die durch eine Aluminiumdrähtleitung gespeist werden, erreicht nun Philipps dadurch, daß er die Motor-Anlässe durch die Fernwellen betätigt.

Die Jahrhundertfeier eines Wohltäters der Menschheit. Die Deutschen scheinen doch eine recht undankbare Rasse zu sein, denn sie haben es ganz vergessen und müssen von weit her daran erinnert werden, das Jubiläum der ersten Einführung einer Einrichtung zu begehen, die sich als einer der größten Wohltäter der Menschheit mit Rücksicht auf Unbehaglichkeit und Gesundheit bewährt. Dieser Fortschritt heißt auf gut Deutsch „Water Closet“. Ein Mitarbeiter des Journal der amerikanischen medizinischen Vereinigung hat festgestellt, daß Deutschland das erste Land gewesen ist, wo das W. C. zuerst in allgemeinerem Gebrauch genommen wurde und daß diese Entdeckung im Jahre 1810, also gerade vor hundert Jahren, begonnen habe. Schon 85 Jahre früher freilich, im Jahre 1725, wurde das erste englische Patent für einen solchen Apparat vergeben, und zwar an einen Uhrmacher Alexander Cumming. Dagegen dauerte es bis zum Jahre 1833, ehe sich in dem erfindungsreichen Amerika jemand fand, der sich mit dieser nützlichen Aufgabe beschäftigte. Der eigentliche allseitige Erfolg ist dem W. C. begreiflicherweise erst im Lauf der Jahrzehnte zuteil geworden, denn man weiß, welche außerordentliche Umwandlungen auch in den Städten nötig sind, um jedes Haus und jede Wohnung mit den notwendigen Vorkehrungen zu dieser Einrichtung zu versehen. Die Schaffung der Kanalisation, die wie keine andere Maßnahme zur Abnahme der Sterblichkeit in den Städten beigetragen hat, steht mit dieser Entwicklung selbstverständlich in enger Verbindung. Leider gibt es sogar eine Großstadt in Deutschland, die noch heute im Jahre der hundertjährigen Feier auf die Einführung einer Kanalisation und damit auch des Wasserlosets wartet, nämlich Kiel.

Theater.

Münchener Theater. Es handelt sich zwar um eine Zergliederung Kuffung, aber Ludwig Thoma ist der Autor und der gilt als Vollmündener. Zudem wird das kleine Zergliederer Bauerntheater des Michael Degg noch nie so viele Münchener Theaterfreunde und Kritiker in seinen bescheidenen Wänden gesehen haben wie am 12. August, dem Tage der Uraufführung von Thomas neuem Bauernschwank „Erster Klasse“, den er auf seinem Pönditz bei Egern am Zergliederer seinen guten Freunden, den Deggischen Bauernspielern auf die Lederhose geschrieben hat. „Erster Klasse“ ist in der Tendenz und im Dialog ein Seitenstück zur „Medaille“, deren Glanz es aber nicht erreicht. Der Triz des kurzen Dialogstückes ist die leidliche Erscheinung des bekannten Zentrumsabgeordneten Joseph Hilfer, den sein geistiger Vater aus den Spalten des „Simplicissimus“ auf die roten Wälschmüchel eines zwischen Rosenheim und München-Ostbahnhof mit Schneedentempo laufenden Sitzzugs verpflanzt hat. Hilfer steigt in Dingharting ein

und gerät zwischen ein Hochzeitspaar, einem Igl. bayerischen Ministerklatr und einem preussischen Melkenden in Kunstbänger. Hilfer macht aus seinem gut ultramontan-partikularistischen Herzen keine Würdegrube und rebet wie — ungefähr wie der Weggermeister Kampf auf die preussische Nebelüberschneuze und den hochnastigen Bureaufkratzen los. Als der zuletzt erfährt, wer der polsternde Nabaubrunder ist, bittet er ihn um seine hohe Protection und macht den Gepädträger für den schmunzelnden Hilfer. So schaut aus dem harmlosen Bauernschwank der gelagerte politische Satiriker heraus.

Notizen.

Theaterchronik. Das Schiller-Theater beginnt die neue Spielzeit im Charlottenburger Hause am 18. August und bringt die Eröffnungsvorstellung die Benedizige Komödie „Die zärtlichen Verwandten“ und den Badenburger Schwan „In Jübil“. Im Schiller-Theater O. (Wallner-Theater) wird die Saison am 1. September mit „Wallensteins Lager“ und den „Piccolomini“ eröffnet. Die Diskettabteilungen sind von Montag ab wieder regelmäßig von 10—11½ Uhr und 6—8 Uhr geöffnet.

Der Aeroplan auf dem Theater. Die Kritik als dramatisches Sujet — das ist das neueste, was die sommerliche Theaterreportage in Paris anzufindigen hat. Und zwar haben sich gleichzeitig zwei Autoren an den Stoff herangemacht. Der eine ist Henry Kistemaker, ein in Paris lebender Belgier, der im Roman und auf dem Theater schon ansehnliche Erfolge errungen hat, der zweite der mehr als Ständischristlicher bekannte Gustav Lörh, der sich unter anderem an Jaurès in einem unnoblen Buch gerieben hat. Lörh's Stück wird „Die Vögel“ heißen, aber wie der Verfasser versichert, zum Unterschied von dem gleich betitelten des Aristophanes ganz unpolitisch sein.

Ein Riesentalkisch. An Bord des Frachtdampfers „Aragonia“ ist in New York das Skelett eines Walfisches eingetroffen, das im amerikanischen Museum für Naturgeschichte einen Ehrenplatz erhalten soll, denn es rührt von einem der größten Walfische her, die je erlegt worden sind. Allein die Riesentalkische haben eine Länge von 23 Fuß, das ganze Tier war aber 200 Fuß lang, das getrocknete Skelett wiegt 65 Tonnen. Das Roustrum wurde im vergangenen Winter in japanischen Gewässern harpuniert. Die Ueberführung des Skeletts von Kojii in Japan nach New York hat allein an Fracht 20.000 M. verschlungen.

Ein riesiger Sägesägen ist in der Nähe von Ceylon erbeutet worden. Dieser gewaltige Fisch, der schon seit dem Altertum als eine große Naturmerkwürdigkeit gilt und auch von der heutigen Naturwissenschaft als ein Ungeheuer zwischen der Familie der Haiische und der Rochen eine ähnliche Schätzung genießt, hat seinen Namen von einer eigenartigen Verlagerung des oberen Kopftheils in eine lange und schmale mit feinsten Zähnen besetzte Knochenplatte, als zu einem Vergleich mit einer Säge herausfordert. Das gefangene Exemplar, das eine Länge von fast fünf Meter besaß, war noch dadurch merkwürdig, daß sich in seinem Innern 23 noch unentwickelte Junge vorfanden.

der folgende große Wahlrechtsmassenstreik und der entscheidende Kampf im Jahre 1903 vorbereitet.

Wenn Kautsky selbstbewußt darauf hinweist, daß Belgien bis heute noch nicht das allgemeine Wahlrecht habe, so konnte das nur ein Argument gegen den sein, der den Massenstreik als ein Allheilmittel betrachtete. Jedenfalls sei es mit seiner Hilfe gelungen, dem belgischen Proletariat den Weg ins Parlament zu bahnen.

Der große Kampf im Baugewerbe mühte nach dem Schema des Genossen Kautsky von der Wahlrechtsbewegung streng geschieden werden und hätte im Interesse der Wahlrechtsbewegung womöglich vermieden werden sollen. Solche Trennung aber wäre das Idiotische, was wir beginnen könnten. Unter dem Eindruck der Brutalität des Kapitals im Baugewerbe werde in den Wahlrechtsversammlungen, in denen natürlich die Aussperrung besprochen werde, jedes Wort der Kritik an den bestehenden Zuständen ein lebhafteres Echo in den Massen. Die Kraftprobe im Baugewerbe erhöhe die Kampfstimmung für das Wahlrecht und umgekehrt komme die allgemeine Sympathie, die allgemeine Erregung der Massen im Wahlrechtskampf den Bauarbeitern zugute.

Ebenso hätten wir uns eigentlich schon gegen das Schema verständigt, indem wir den Wahlrechtskampf mit der Meister verknüpft hätten. Aber gerade durch die Verbindung mit den Malloisungen des internationalen Sozialismus habe unser preußischer Wahlrechtskampf seinen richtigen Rahmen als proletarischer Massenkampf erhalten.

Hier liegt eben der Schwerpunkt der Frage. Wollen wir unsere preußische Wahlrechtsbewegung im Sinne des bürgerlichen Liberalismus und in Bundesgenossenschaft mit ihm als einen nur politischen Verfassungskampf führen, dann ist allerdings eine strenge Scheidung dieser Bewegung von allen ökonomischen Kämpfen mit dem Kapital an Platze. Dann ist aber auch der streng politische Massenstreik von vornherein als eine halbe Maßregel zum Fiasko verurteilt, wie dies die Schicksale des belgischen Massenstreiks im Jahre 1902 dartun, die dem Genossen Kautsky vielleicht erklären können, warum „andererseits Belgien bis heute noch nicht das gleiche Wahlrecht besitzt“. Wollen wir hingegen den Wahlrechtskampf im Sinne rein proletarischer Taktik, das heißt als eine Teilercheinung unseres allgemeinen sozialistischen Massenkampfes führen, wollen wir ihn durch eine umfassende Kritik der allgemeinen wirtschaftlichen und politischen Missverhältnisse begründen und auf die eigene Macht und Klassenaktion des Proletariats allein stützen, dann ist es klar, daß eine „strenge Scheidung“ von wirtschaftlichen Interessen und Kämpfen des Proletariats zweckwidrig, ja unmöglich erscheint. Es hieße dann die Kraft und den Schwung der Wahlrechtsbewegung künstlich lähmen, ihren Inhalt ärmer machen, wollten wir nicht alles in ihr aufnehmen, sie nicht von allem tragen lassen, was die Lebensinteressen der Arbeitermassen berührt, was in den Herzen dieser Masse lebt.

Genosse Kautsky redet hier gerade jener pedantisch-engerzigen Auffassung der Wahlrechtsbewegung das Wort, die uns ohnehin bereits geschadet hat. Als wir im Jahre 1903 und 1909 den ersten Demonstrationstagen in der preußischen Wahlrechtsbewegung erlebten, belam die Arbeiterklasse eben die Schrecken der wirtschaftlichen Krise zu lösen. Eine grauenhafte Arbeitslosigkeit herrschte in Berlin und äußerte sich in erregten Arbeitslosenversammlungen und Demonstrationen. Anstatt nun diese Arbeitslosenbewegung mit in den Strudel des Wahlrechtskampfes zu lenken, anstatt den Ruf nach Arbeit und Brot mit dem Ruf nach gleichem Wahlrecht zu verbinden, wurde umgekehrt die Sache der Arbeitslosen von der Sache des Wahlrechts auf das strengste geschieden, und der „Vormarsch“ gab sich alle Mühe, die Arbeitslosen von den Kochschöden der Wahlrechtsbewegung öffentlich abzuschütteln. Nach dem Schema des Genossen Kautsky war dies ein weises Stück „Ernährungsstrategie“, nach meiner Auffassung war es ein Verstoß gegen die elementare Pflicht einer wirklichen proletarischen Taktik und mit einem Mittel, die damalige Demonstrationenbewegung bald zum Stillstand zu bringen.

Indem Genosse Kautsky jetzt wieder die strenge Trennung der Wahlrechtsbewegung von den großen wirtschaftlichen Massenkämpfen befürwortet, sängt er theoretisch gerade jenen Geist in der Partei, aus dem heraus sich die Reizung unserer führenden Parteikreise erklärt, am liebsten Demonstrationen nur mit Organisierten zu veranstalten, jenen Geist, der die ganze Wahlrechtsbewegung als ein unter strengem Kommando der oberen Instanzen nach genauem Plan und Vorchrift aufgeführtes Manöver aufsaßt, statt in ihr eine große historische Massenbewegung, ein Stück des großen Massenkampfes zu sehen, der aus allem seine Nahrung schöpft, was den heutigen Gegensatz zwischen dem Proletariat und dem herrschenden Klassenstaat ausmacht.

Mit einem Worte, Genosse Kautsky sängt theoretisch just die Vorurteile und Beschränktheiten in der Auffassung unserer leitenden Kreise, die ohnehin jeder größeren und stärkeren politischen Massenaktion in Deutschland im Wege stehen, und die zu überwinden das dringende Interesse der jetzigen Wahlrechtsbewegung ist.

Zehnter Verbandstag des Zentralverbandes der Fabrikarbeiter Deutschlands.

Halle, 13. August.

Sechster Verhandlungstag.

Neun Anträge aus den verschiedensten Teilen des Reiches wollten eine bedeutende Umänderung der Gewerkschaften herbeiführen. Dann wurde der Beschluß gefaßt, daß alle Angestellten des Verbandes in jedem Jahre 14 Tage Ferien erhalten sollen und daß der nächste Verbandstag eine Regelung der Beamtengehälter herbeiführen soll.

Aus zehn Orten waren Anträge eingegangen, die Verbesserung mit den Organisationen der Textilarbeiter, Lederarbeiter, Staats- und Gemeindearbeiter resp. den Zusammenschluß aller ungelerten Arbeiter aus allen Industrien, oder genaue Grenzregulierung verlangten. Die Verschmelzungsanträge wurde alle abgelehnt. Zur Frage der Grenzregulierung wurde folgende Resolution Hannover angenommen:

„Infolge des Uebereinkommens der Vorstände unseres und des Gemeindearbeiterverbandes im Jahre 1903 sollte der Gemeindearbeiterverband für die Gasanstalten zuständig sein.“

Inseiner Mitglieder in einer Anzahl in Privatregie befindlicher Gasanstalten haben es bisher abgelehnt, zum Gemeindearbeiterverband überzutreten. Sie haben vielmehr die Verbe- arbeiter für unsern Verband fortgesetzt. Die Mitglieder der Zahlstelle Hannover, soweit sie in der hiesigen Gasanstalt beschäftigt sind, (siehe 250) haben erklärt, in unserm Verbands bleiben zu wollen und nach wie vor die Verbearbeit nur für unsern Verband zu leisten, weil sie die Gasanstalten als zur chemischen Industrie gehörig betrachten.

Die Mitgliedschaft Hannover hat sich dieser Auffassung angeschlossen und ersucht den Verbandstag, den Vorstand zu beauftragen, das getroffene Uebereinkommen mit dem Gemeindearbeiterverband zu lösen.“

Damit waren alle Anträge, die das Statut betreffen, erledigt. Der Verbandstag erklärte einstimmig, daß alle Beschlüsse am 1. Oktober dieses Jahres in Kraft treten sollen.

Dem Vorstand wurde dann noch der Auftrag erteilt, für den nächsten Verbandstag eine Vorlage über Stoffbeiträge auszu- arbeiten und sie vor Stattfinden des nächsten Verbandstages recht- zeitig im „Proletarier“ zur Diskussion zu stellen.

Bei der Wahl des Vorstandes wurden die alten Vorstands- kollegen und der Redakteur einstimmig wiedergewählt, ebenso die alte Revisionskommission. Brunz-Hamburg wurde wieder als Vorsitzender des Ausschusses bestätigt, Kasch-Hamburg als sein Vertreter gewählt.

Damit waren die Arbeiten des Verbandstages erledigt. Der Verbandsvorsitzender Brech gab in einem Rückblick auf die Tagung und in einem begeisterten Appell an die Treue und den Opfermut

den die Delegierten sicher auch für die Zukunft dem Verbands gegenüber bezeugen würden, der Hoffnung Ausdruck, daß die Beschlüsse dem Verbands zum Nutzen und zur Fortentwicklung dienen mögen.

Ein dreifaches Hoch schloß die Tagung. Stehend sangen die Delegierten den ersten Vers der Marxhymne.

11. Verbandstag der Schneider, Schneiderinnen und Wäscharbeiter.

Hamburg, den 15. August.

Heute begann im Gewerkschaftshause zu Hamburg der Verbandstag der Schneider usw. Außer den vielen zu Punkt Lohn- bewegungen und zur Agitation gestellten Anträgen werden dem Verbandstag beschäftigt die „Ausbildung der Lehrlinge in der Schneiderei, Konfektion und Wäscheindustrie“, der „Heimarbeiters- schutz im Deutschen Reichstage“, die „Stellungnahme zur Reichs- versicherungsbildung“ und andere wichtige Dinge.

Dem umfangreichen gedruckt vorliegenden Geschäfts- bericht über die verfloßene zweijährige Periode entnehmen wir, daß der Verband sich kräftig entwickelt hat. Im Jahre 1907 hatte der Verband die Ausperrung von 12 000 seiner Mitglieder durch- zumachen. Der mit großen Opfern geführte Kampf um die An- erkennung des Verbandes ist nicht umsonst durchgeföhrt worden, denn ohne ihn wäre das Tarifparitätsgesetz nicht zu so hoher Höhe gelangt. Die Arbeiter im Schneidergewerbe sind jetzt gleich- berechtigte und mitbestimmende Faktoren im Produktionsprozeß. Am 30. Juni 1908 bestanden 276 Tarife für 7579 Betriebe mit 69 060 Personen, 1910 dagegen existierten 354 Tarife für 8918 Be- triebe mit 81 917 Personen. In der letzten Geschäftsperiode waren 232 Lohnbewegungen zu verzeichnen gegen 288 in der vor- letzten Periode, in der aber nicht weniger als 66 Aussperrungen stattfanden gegen nur vier in der verfloßenen. Ueberwiegend wurden Lohnkämpfe in der Konfektionsbranche geführt. In Berlin, München, Stettin, Elberfeld usw. hat man beachtens- werter Erfolge erzielt, andere Orte werden folgen. Bezüglich der Einführung der Arbeitslosenunterstützung hatte der letzte Verbandstag beschlossen, das gesamte Material den Mit- gliedern zur Beratung und Abstimmung zu unterbreiten. We- sentlich haben sich daran in 238 Filialen 12 270 Mitglieder; davon stimmten 3307 für, 8756 gegen die Arbeitslosenunterstützung. Die Zahl der Mitglieder, die für diesen Unterstützungszweig stimm- ten, beträgt nur 27,43 Proz. der an der Abstimmung Beteiligten und nur 8,88 Proz. der gesamten Mitglieder. Auf dem Verbandstage hatten sich in namentlicher Abstimmung 37 Delegierte für und 54 Delegierte gegen die Arbeitslosenunterstützung erklärt. „Durch die Entscheidung“, so heißt es im Bericht, „ist die Frage wohl vor- läufig von der Tagesordnung unserer Verbandstage verschwunden.“

Die zur Behebung der Agitation hat die im Januar 1909 in Berlin stattgehabte Konferenz der Konfektions- schneider beigegeben. Stellung genommen wurde ferner zur Reichsversicherungsbildung. In einer Resolution wurden dem Reichstage wie dem Bundesrat die diesbezüglichen Forderungen des etwa 40 000 Mitglieder zählenden Verbandes unterbreitet. Neben diesen umfangreichen Arbeiten wurde die Pflege der Internationalität nicht vergessen, wie die Deputationen zu den Generalversammlungen ausländischer Ver- bände und die Unterstützung des schwedischen Generalstreiks mit 25 300,25 Mk. beweisen.

Nach Ueberwindung der wirtschaftlichen Krise, von der auch der Verband getroffen wurde, ging es schnell wieder aufwärts. Schon das erste Quartal 1910 brachte einen Ge- winn von 2253 Mitgliedern, so daß der Verband die 40 000 überschritten hat. Die Bilanz weist eine Einnahme von 1 473 756 Mark und eine Ausgabe von 1 048 755 Mark auf. Ein Vergleich des vorliegenden Massenberichts mit dem für die vorhergehende Geschäftsperiode zeigt eine Steigerung der Einnahme um 189 682 Mk. Hierbei muß aber berücksichtigt werden, daß in der vorletzten Geschäfts- periode ein Vorlehen von 108 000 Mk. aufgenommen wurde, außer- dem durch Extrabeiträge 188 092 Mk. und durch Sammlungen 12 766 Mk. der Hauptkasse zugeführt wurden. In dieser Geschäfts- periode sind nur als besondere Einnahme für Extrabeiträge 2250,50 Mark gebucht. Die Mehreinnahme an Beiträgen in dieser Ge- schäftsperiode beträgt 246 406, welche Steigerung haupt- sächlich auf die Beitragserhöhung zurückzuführen ist. Für Lohn- bewegungen aller Art verausgabte der Verband 294 923,57 Mark. Die Reiseunterstützung erforderte 48 541 Mk., die Krankenunterstützung 173 728 Mk., Gemeinnützigen- unterstützung 6864 Mk., Umzugskosten 2171 Mk., Rechtschutz 2188 Mk., Zuschüsse zur Agitation 21 389 Mk., Herstellung des Verbandsorgans 69 000 Mark usw.

Der Verbandstag ist von 60 Delegierten, 11 Parteifunktionären usw. besucht. Als Gäste sind anwesend: Krup-Ropenhagen vom Dänischen Schneiderverband, Kuipers-Amsterdam vom Nieder- ländischen Schneiderverband, Marzgraf-Fürth vom Schweizer Schneiderverband, Smitta-Wien vom Oesterreichischen Schnei- derverband, Tilly-Lippa- und Joseph-Jalenka-Wien von der Union der Textilarbeiter Oesterreichs, Sektion Wäscharbeiter und Arbeiterinnen.

Stühmer, Verbandsvorsitzender, richtet herzliche Ge- grüßungsworte an die Delegierten und Gäste, bemerkend, daß der Verbandstag auf gewerkschaftsgeschichtlichem Boden tage. Auch die Geschichte der Schneiderorganisation sei eng mit dem Namen Ham- burg verknüpft. Bereits im Jahre 1885 habe in Hamburg eine Lohnbewegung stattgefunden. Nach einem geschichtlichen Rückblick auf die Schneiderbewegung erklärte er den Verbandstag für er- öffnet.

Die ausländischen Gäste entließen die Brudergrüße ihrer Orga- nisationen, schildern deren Fortschritte und wünschen den Arbeiten des Verbandstages besten Erfolg. Smitta-Wien bedauert die aus dem „Nationalitätenprinzip“ hergeleitete Abspaltung der tschechischen Kollegen, die sich eine eigene Zentralorganisation leisten zu sollen glauben.

Mit dem Vorbehalt werden Pleitt-Frankfurt und Sprees- berg-Hamburg betraut.

Die Vormittags Sitzung wird mit der Erledigung geschäftlicher Angelegenheiten ausgefüllt, wie Festsetzung der Tagesordnung, zu der mehrere Anträge vorliegen.

Des Geschäftsbericht wird von Stühmer erläutert.

Aus der Partei.

Häßliche Manöver.

Der „Karlsruher Volksfreund“ bringt in seiner Sonntagnummer einen Leitartikel „Rosa Luxemburg“. Es werden darin die Angriffe, die Genossin Rosa Luxemburg in einem von uns nicht aufgenommenen, von der „Freier Bürgerzeitung“ veröffentlichten und mit der Anmerkung, daß sie nicht in allen Punkten mit dem Inhalt übereinstimme, versehenen Artikel gegen die Gesamtpartei wegen Vernachlässigung der republikanischen Agitation, Ueberschätzung des Parlamentarismus, Abbruch des preußischen Wahlrechts- kampfes usw. erhebt, zugunsten der badischen Disziplinbrecher aus- zubeden versucht. Dieser Zell des Artikels interessiert uns hier nicht weiter. Anders steht es mit dem letzten Abschnitt. Hier wendet sich der „Volksfreund“ gegen einen Satz des Luxemburgischen Ar- tikels, worin es heißt, daß eine Dreimillionenpartei sich schon ge- fallen lassen muß, daß sich allerlei Kleinbürgerliche Reformer a la Frank, Koll, Quessel und sonstige, die auf keinem anderen Gebiete ein lohnendes Betätigungsfeld finden, partout darauf verstehen, sich für Sozialdemokraten zu halten“.

Der „Volksfreund“, der schon geraume Zeit zu objektivem Lesen budgetgegnereicher Artikel nicht mehr fähig ist, schießt darin in den An- griff auf die politische Ehre der Genannten, obgleich in der Ver- wendung „sich . . . partout darauf verstehen, sich für Sozialdemokraten zu halten“, für jeden ruhig Urteilenden das Unerkennnis des guten Glaubens enthalten ist. Von der falschen Prämisse ausgehend, daß den betreffenden Genossen politi- sche Ehrlosigkeit vorgeworfen werde, begeißt der „Volksfreund“ das häßliche Manöver, der Genossin Luxemburg vorzu- halten, daß sie mit derartigen Anklagen vorstüßiger sein sollte, daß sie selbst jahrelang unter dem Verdacht der politischen Ehrlosigkeit gestitten, jahrelang gegen den Verdacht habe ankämpfen müssen, russische Polizeispionin zu sein. Dabei wird durch die Be- merkung, daß die „Frankische Tagespost“ in Nürnberg noch Ende der neunziger Jahre das Material wieder einmal zusammengestellt habe, „ohne daß, nebenbei gesagt, Rosa Luxemburg damals unseres Wissens irgend etwas darauf erwidert hätte“, der Anfechtung zu erwecken versucht, als wenn dieselbe doch etwas Wahres an diesen Verdächtigungen gewesen sei. — Wenn sich der Redakteur des „Volksfreund“, als er das niederschrieb, dieses Vorwurfs bewußt war, so läge hier ein Fall von Ehr- abschnerelei vor, der mit parteiethischen Pflichten unvereinbar ist. Die Redaktion des „Volksfreund“ sollte sich ernstlich bemühen, sich die Verantwortung zu vergegenwärtigen, die sie auf sich lädt, wenn sie auf diese Weise zu dem politischen Streit noch einen häßlichen Sclandal in der Partei sät. Uebrigens ist die Darstellung des „Volksfreund“ auch sachlich eine grobe Entstellung der Tatsachen! Jene gehäßige Verdächtigung wurde auf dem Züricher Kongress nicht gegen Genossin Luxemburg, sondern gegen den Redakteur des polnisch-sozialdemokratischen Parteiblattes „Sprowa Robotnicza“ erhoben, das sie damals delegierte. Auch in bezug auf diesen Genossen A. J. Worski ist sie längst als durchaus falsch erwie- sen.

Der Artikel des „Volksfreund“ schließt mit der beliebten Ausländerbeize, die schon gegen den Genossen Pannetoeck angewendet wurde. Eine Zurückweisung verdienen diese Anschuldigungen nicht, wir begnügen uns mit dem Hinweis, daß der Redakteur des „Volksfreund“ in dieser Beziehung noch rüchziger ist als das Gesicht des Massen- staats, das Genossin Luxemburg als deutschen Bürger anerkennen muß.

Heißliche Genossen gegen den Disziplinbruch.

Im Wahlkreis Friedberg-Wüdingen stieg im abge- laufenen Geschäftsjahre die Zahl der Filialen des Kreiswahlvereins auf 44, die Mitgliederzahl um 481; sie beträgt jetzt 1805. Die Kreis- konferenz, die am Sonntag in Holzhausen u. d. S. tagte, stand unter dem Zeichen des Sieges bei der Reichstagswahl. Beschlossen wurde, im Winter für Gemeindevorsteher Lehrkurse ab- zuhalten und wenn möglich auch Ausbildungskurse für Agitatoren. Zum Parteitag wurde nach einem Referat von H. Schmidt, Wibel, der auch als Delegierter gewählt wurde, einstimmig folgende Resolution angenommen:

„Die Konferenz nimmt Stellung zur Budgetbewilligung der badischen Landtagsfraktion. Sie erblickt in derselben einen den Parteitagsschluß entgegenstehenden Bruch der Parteidisziplin. Die Konferenz hofft, daß der diesjährige Parteitag endgültig Stellung zu dieser Frage nimmt und die betreffenden Ge- nossen in die Schranken der Parteidisziplin zurückverwiesen werden.“

Kreiskonferenzen.

Auf der Generalversammlung des Sozialdemokratischen Ver- eins für den sächsischen Wahlkreis (Dresden-Land) wurde mitgeteilt, daß die Mitgliederzahl im verfloßenen Jahre um 2288 gestiegen ist. Ueber den Magdeburger Parteitag referierte Parteisekretär Kahmann. Er verurteilte die badische Budgetbewilligung und die Postängerei, wandte sich gegen den Artikel des Genossen Gradnauer zur Sache in der „Dresdener Volkszeitung“, erklärte sich gegen den Ausschluß der Wadenser aus der Partei und hofft, daß der Parteitag Mittel und Wege finden werde, die alte Einheit in der Partei festzuhalten.

Genosse Reichner wandte sich sehr scharf gegen die badische Budgetbewilligung; ihr Verhalten sei direkte Aufsehung gegen die Partei. Gradnauers Artikel enthalte mehr Entschuldigung als Verurteilung. Er huldige der Devise: Stille, stille, kein Geräusch gemacht! Man müsse alles beim richtigen Namen nennen. An- statt Disziplinbruch sage er: „bebauerte Richtberücksichtigung“. Solche Ausdrücke müßten Verwirrung in den Köpfen der Leser herbeiführen. Reichner fand großen Beifall.

Genosse Gradnauer verteidigte seine Haltung. Seine Devise sei nicht: „Stille, stille, kein Geräusch gemacht“, aber man dürfe nicht nur die Stimme des Horns reden lassen. Auch er ver- urteile die Handlungsweise der Wadenser; sie hätten sollen durch Wort und Schrift gegen den Nürnberger Beschluß arbeiten. Als er seinen Artikel schrieb, waren ihm die hiesigen Listen der Wadenser, die er ebenfalls zum Teil verurteile, noch nicht bekannt. Hier sei er aber anderer Ansicht als Reichner. Man könne sich am Vorgängen beteiligen, die in der Verfassung vorgeschrieben sind, und begehe damit noch lange keine Quiblung. Auch der Präsident der sächsischen Kammer, Vogel, sei als Einladender zu den Wad- sen abenden ein Vertreter des Kapitalismus. Er mache aber niemand wegen Beteiligung daran Vorwürfe. Wenn man aber so viel Ge- wicht auf die Sache lege, darf man es selbst auch nicht tun. Bei dem Reichsbudget mit seinem militärischen und marinitischen Charakter hätten noch nie Zweifel über die Ablehnung bestanden; anders sei es aber bei den Einzelstaaten. Man stimme dort dem meisten Posten zu. 80 Prozent bewillige man in der Einzel- beratung und zum Schluß lehne man alles ab. Redner verweist auf die Bewilligung der Ministergehälter in Sachsen. Er stehe auf dem Boden der Ladeser-Resolution; mit der Nürnberger sei er nicht einverstanden. In Nürnberg hätte man die Resolutions- formate annehmen müssen, da wären uns viel Schwierigkeiten erspart geblieben. Was soll nun in Magdeburg werden? Es dürfe wegen dieser formellen Frage keine Spaltung geben. Er wünsche von ganzem Herzen, und es wäre für die Partei besser, daß recht viele mehr versöhnlich denken wollten. Tausendmal wichtiger als die elende Budgetgeschichte sei die preußische Wahlrechtsfrage, genau so der Kampf gegen das sächsische Pluralwahlrecht. Er wünsche, daß der Magdeburger Parteitag nicht der Tummelplatz wilder Leidenschaften und wilder Angriffe werde, sondern die Heerschau einer Partei, die einzig ist im Kampfe gegen ihren Gegner. (Großen Beifall.)

Gegen die Budgetbewilligung sprechen dann noch die Genossen Zimmer, Grösch, Weich, der ein Amendement zur Res- olution des Aktionskomitees einbrachte, wonach den Wadenser Budgetbewilligern die Fähigkeit abgesprochen werden sollte, Partei- ämter zu bekleiden, Reichstagsabgeordneter Horn, Jöppel und Reichner, der darauf hinwies, daß Genosse Gradnauer den Disziplinbruch umgangen habe. Die Frage der Minister- gehälter sei jetzt erst in die Debatte gemorfen worden, um den Wad- sen von der Hauptsache, dem Disziplinbruch, abzulenken. Das Hochauer Parteiblatt hat diese Methode erfunden, die nun auch Genosse Gradnauer anwendet. Er hat die Debatte auf ein ganz anderes Gebiet zu lenken versucht. Wenn man die Revisionisten allerdings nur nach ihren Reden beurteilt, erhält man häufig ein falsches Bild. Sie sind aber nach ihren politischen Handlungen und Absichten zu taxieren. Auch darauf ist Gradnauer mit keinem Worte eingegangen. Redner ersucht nochmals, seine Resolution anzunehmen.

Genosse Renke verlangte von der „Dresdener Volkszeitung“ eine klare Stellungnahme dem Massenkampf gegenüber. Wenn Gradnauer dies nicht könne, müsse er auch die Konsequenzen ziehen.

Genosse Gradnauer wendete sich noch einmal kurz gegen Renke; es sei nicht gehörig, in letzter Minute, da nicht mehr ge-

antwortet werden kann, solche Angriffe zulassen; im übrigen sei er weit entfernt, an seiner Stellung zu zweifeln. Gegen Fleischer sagte er, er habe die Frage der Disziplinverletzung keineswegs umgangen, er habe aber den gesamten Komplex der vorliegenden Fragen zur Erklärung der Situation herangezogen, um eine gute Lösung der Schwierigkeiten zu ermöglichen.

Nachdem Genosse Rahmann es beurteilt hatte, daß Renke eine persönliche Note in die Diskussion gebracht hat, wo er genau wußte, daß ihm Grodnauer nicht mehr eingehend antworten konnte, wurde mit großer Mehrheit die Resolution des Aktionskomitees angenommen, die folgenden Wortlaut hat:

Die Generalversammlung verurteilt entschieden die Annahme des Budgets durch unsere badische Landtagsfraktion. Sie erblickt darin einen Disziplinbruch, der geeignet ist, die Aktionskraft der Partei zu schwächen und die Geschlossenheit unserer auf den Klassenkampf begründeten Partei zu gefährden. Die Versammlung spricht ihre schärfste Mißbilligung darüber aus, daß sozialdemokratische Volksvertreter in Baden, deren Aufgabe es doch in erster Linie sein muß, den jetzigen Klassenstaat und damit die Monarchie zu bekämpfen, an häßlichen Zeremonien teilnehmen. Sie erwartet vom Parteitag in Magdeburg, daß Vorkehrungen getroffen werden, die derartige Vorkommnisse verhindern.

Zum Parteitag wurden die Genossen Walter, John und Gottlieber gewählt.

Eine Parteiverammlung des 4. sächsischen Reichstagswahlkreises (Dresden-Neustadt) beschäftigte sich mit dem Parteitag in Magdeburg. Der Bericht über das vergangene Geschäftsjahr zeigt, daß die Mitgliederzahl um über 1000 zugenommen hat und dadurch auf rund 9000 gestiegen ist. Auch die Parteipresse hat im Kreise gewaltige Fortschritte gemacht. Die Klassenverhältnisse sind vorzüglich. Im Mittelpunkt der Diskussion stand die badische Angelegenheit. Genosse Stadts. Kühn ging mit den Budgetbewilligern und Hörgängern scharf ins Gericht und bezeichnete ihr Verhalten als einen der schwersten Disziplinbrüche. Der Parteitag müsse ruhig und sachlich, aber entschieden und energig Stellung zu dieser Frage nehmen. Eine Partei von Schlagfertigkeit braucht Disziplin. Falsch ist, wenn gesagt wird, die Badenser hätten sich durch Verweigerung des Budgets um die Erfolge der letzten zehn Jahre gebracht. Die dortigen Genossen haben in ihrer Haltung Ziel- und Planlos gemacht. Diese Haltung ist eines Sozialdemokraten unwürdig. So etwas waren wir bisher nur von der Fraktion Drehscheibe gewohnt. Redner ging dann auf die Hörgänge und die Teilnahme unserer dortigen Genossen an der Schlußsitzung des Landtags ein und bezeichnete diese Erscheinungen als eine Folge des Großstadtkommens und als einen Vorstoß des Revisionismus. Die Debatte war eine sehr lebhaft und ausgedehnte. Genosse Stadts. Kuh führte aus, daß man den badischen Genossen den Vorwurf eines absichtlichen Disziplinbruchs nicht machen könne, wenn schon das Verhalten nicht einwandfrei war. Der Parteitag wird leider zu viel Zeit mit der Angelegenheit verschwenden. Die Genossen Braune und Reichelt mißbilligen das Verhalten der Badenser in scharfster Weise. Genosse Seebald führte aus, daß sich die meisten Parteigenossen noch nicht darüber klar sind, ob die Frage der Budgetbewilligung eine taktische oder prinzipielle sei. Sie wird auch auf diesem Parteitag noch nicht endgültig erledigt werden. Es wurde schließlich eine Resolution angenommen, in der die Budgetbewilligung, wodurch sich die Badenser außerhalb der Parteibeschlüsse gestellt haben, gemißbilligt und gefordert wird, daß die dortigen Genossen die Konsequenzen ziehen. Als Delegierte auf den Parteitag wurden die Genossen Franz, Kühn und Eichhorn und die Genossin Luche gewählt.

Die Kreisversammlung für Rattowitz-Jahrze tagte am letzten Sonntag im Gewerkschaftslokal in Rattowitz. Aus dem Bericht der Kreisleitung ging hervor, daß die Mitgliederzahl von 404 auf 587 gestiegen ist. Die Kreisliste balanciert in Einnahme und Ausgabe einschließlich eines Bestandes von 108 M. mit rund 1000 M. Es haben 28 Wols- und 50 Mitglieder- versammlungen stattgefunden. Neben 22 500 Volkskalendern sind 61 400 Flugblätter verteilt.

Nach einem Referat über: „Die Tätigkeit der Sozialdemokratie in den Gemeinden“ und „Organisation und Agitation“ referierte Genosse Parteisekretär D. Hörsing-Beuthen O.-S. über: „Der diesjährige Parteitag in Magdeburg“. Redner besprach die einzelnen Punkte der Tagesordnung und kam dann auf die badenser Angelegenheit zu sprechen, wobei er ausführte: „Gewiß ist es das Recht der Genossen, den Nürnberger Beschluß zur Aufhebung zu bringen. Aber so lange dieser besteht, haben sich die Genossen danach zu richten. Daher sei die Abstimmung der

Badenser sollte deren Hörsingerei ein Disziplinbruch. (Beifall.) Trotz allem aber glaube er, daß unsere Gegner, die auf ein zweites Dresden warten, nicht auf ihre Rechnung kommen werden. Der Parteitag werde diese Angelegenheit ruhig und sachlich behandeln, ohne daß ein verkehrender Ton Platz greift. Die Behandlung der württembergischen Frage auf dem Leipziger Parteitag sei hier vorbildlich.“ Die Konferenz erklärte sich mit diesen Ausführungen einverstanden.

In der Kreisversammlung des Wahlkreises Beuthen-Tarnowitz, die in Königsgrube stattfand, konnte festgestellt werden, daß die Mitgliederzahl von 340 auf 545 gestiegen ist. 20 Volksversammlungen und 60 Mitglieder- versammlungen haben stattgefunden. Neben 49 000 Flugblättern sind 23 000 Kalender im Kreise verteilt. Der Kassenbestand beträgt 217,07 M. Die Einnahme und Ausgabe betrug rund 1200 M. Nachdem einige instruktive Referate gehalten, referierte Genosse Karger-Königsgrube über: „Der diesjährige Parteitag in Magdeburg“. Er ließ jeden Punkt der Tagesordnung Revue passieren. In scharfen Worten wandte er sich gegen die Badenser. Einen Antrag bezug. eine Resolution wolle er nicht stellen, aber in scharfster Form müsse deren Haltung verurteilt werden. (Lebhafter Beifall.) Als Delegierter zum Parteitag ist, da vom Kreise Rattowitz-Jahrze ein Genosse der P. S. delegiert wird, Genosse Parteisekretär Hörsing-Beuthen O.-S. delegiert.

Aus dem Wahlkreise Dortmund-Hörde.

Einen sehr eingehenden Geschäftsbericht erstattet die Parteileitung des Kreises an die Generalversammlung des Kreisvereins, die am 21. August stattfinden wird. Die Berichtszeit umfaßt diesmal 1 1/2 Jahre. Der Bericht hebt hervor, daß die Krise noch immer von nachhaltiger Wirkung sei, namentlich auch im Bergbau. Sie hatte denn auch eine außerordentlich starke Fluktuation der Mitgliedschaft zur Folge. Das vorige Geschäftsjahr wurde abgeschlossen mit 8527 Mitgliedern. In den 1 1/2 Jahren wurden neu aufgenommen: 3094 männliche und 870 weibliche Mitglieder, übergetreten aus anderen Kreisen sind 282 Mitglieder. Das würde eine Gesamtmitgliedschaft von 12 751 ergeben. Es sind aber bezogen und abgerechnet 1136 und gestrichen wegen rückständiger Beiträge 1743 Mitglieder. Ausgetreten sind 130, gestorben 53, übergetreten zur polnischen Partei-Organisation 9, an den Lüdinghauser Kreis abgegeben 53 Mitglieder. Ausgeschlossen wurden 7 Mitglieder. Der Ausbruch erfolgte in der Hauptsache wegen anarcho-sozialistischer Betätigung der Betroffenen. Am 1. Juni dieses Jahres zählte der Verein 7130 männliche und 1490 weibliche Mitglieder, insgesamt 8620. Beim Kapittel Agitation wird sehr drastisch die verschlagene Kampfesweise des Zentrums gekennzeichnet, als es sich nach dem Finanzraub wegen seines Volksrates in öffentlichen Versammlungen zu rechtfertigen suchte. Versammlungen unter freiem Himmel und Straßendemonstrationen erfolgten eine ganze Reihe im Verlaufe des Wahlrechtskampfes. Aus dem Wahlrechtskampfe entstanden einige Prozesse für unser Parteiblat, die „Arbeiterzeitung“. Insgesamt wurde wegen dieser Sachen auf 3 Monate Gefängnis und 1000 Mark Geldstrafe erkannt. In der Raifester beteiligten sich im Vorjahre etwa 15 000 und in diesem Jahre an 25-30 000 Personen. Verurteilt wurden in diesem Jahre 18 000 Karten. An Flugschriften, die unter den Massen verbreitet wurden, ist nicht gepart worden. Die Gesamtauflage der verbreiteten Literatur betrug 1582 931; davon nennen wir: „Der Raubzug des Zentrums auf die Taschen des arbeitenden Volkes“ in 115 000 Exemplaren, „Reibet den Schnaps“ 116 000, „Gegen die Volksverhöhnung“ 115 000, „Die schwarzen Falschmünzer“ 22 000, „Die Dreiklassenmacht“ 10 000, zwei polnische Flugblätter zur Finanzreform und Wahlrechtsbewegung 20 000, Flugblätter an Rekruten und Reservisten 13 000, eine Broschüre: „Anarchismus und Arbeiterbewegung“ 10 000, eine Broschüre: „Christentum, Zentrum und Sozialdemokratie“ 11 000, Wahlrechtszeitung 21 000, Flugblätter für die Gemeinderatswahlen 221 000, die Monatschrift „Die Wahrheit“ 157 000. Durch Agitation für die „Arbeiterzeitung“ wurde der Abonnentenstand um 3000 gehoben. Die Zahl der gewonnenen Abonnenten war noch um 2000 höher, doch ging dieser Gewinn durch die Fluktuation und die Einwirkung der Bauarbeiterausperrung wieder verloren. Die Kommunalwahlen im letzten Herbst brachten recht erfreuliche Erfolge für unsere Partei. Zunächst ist als Haupterfolg die Eroberung von vier Stadtverordnetenmandaten in der Stadt Dortmund selbst zu bezeichnen. Ferner eroberten wir in den Gemeinden des Landes noch 19 Mandate in der dritten und 2 Mandate in der zweiten Abteilung. Im Wahlkreise sind nun insgesamt 77 sozialdemokratische Gemeinder-

freter vorhanden. Bemerkenswert ist auch die Zahl der abgegebenen Stimmen. Die Sozialdemokratie steht mit 11 830 Stimmen an erster Stelle, es folgt das Zentrum mit 9201 Stimmen, während die Nationalliberalen bei aller Unterstützung durch die industriellen Werke es nur auf 6700 Stimmen brachten. In einem Unterriichtsurkus des Genossen Dr. Dunder-Stuttgart, der acht Abende umfaßte, beteiligten sich im Durchschnitt an jedem Vortrag 215 Besucher. Als Teilnehmer hatten sich allerdings 905 Genossen gemeldet. Die Jugendbewegung hat Fortschritte gemacht, doch wird ausgesprochen, daß von manchen Orten noch viel mehr geleistet werden könne.

Jugendbewegung.

„Arbeiter-Jugend“. Die soeben erschienene Nummer 17 hat unter anderem folgenden Inhalt: Vom sozialistischen Endziel. — Nach dem Sozialistengesetz. Von Wilhelm Schröder. — Soziale Verhältnisse in Oberschlesien. (Illustriert.) Von der Jugendschutzkommission in Kiel. — Unfallgefahren und Unfallversicherung der jugendlichen Arbeiter. Von F. Kleis. — Drei Freunde. Von D. Thurom. — Aus der Jugendbewegung. — Vom Kriegsschauplatz usw. — Die Lage: Es lebe die Freiheit! Erzählung aus dem Moskauer Paritätensumpf. Von Dimitrieva. — Unter den Naturdörfern Zentral-Profilien. (Illustriert.) — Was soll ich lesen? Von J. Borchardt. — Sprüche. — Der bescheidene Wunsch. Ein Märchen von Max Winter.

Soziales.

Von der Gewerbeinspektion in Ober-Elsah. In Ober-Elsah — hier ist Regierung- und Gewerbeamt Trepin aufsichtsführender Beamter. Hätten wir nicht gemut, daß er Regierungsrat ist, so hätte uns nachfolgendes Stückchen, das er „Weltkram“ und „unschuldig“ bietet, gewiß davon überzeugt. Der Herr Regierungsrat schreibt: Um der Ueberhandnahme der Verschwendungssucht und Zuchtlosigkeit der jungen Leute entgegenzutreten, strebt eine Anzahl Großindustrieller in Verbindung mit der Industriellen Gesellschaft in Mülhausen den Erlaß eines Ortstatuts gemäß § 119a Abs. 2 G.-O. an. Vielfach wurde darüber Klage geführt, daß die älteren Arbeiter, namentlich solche sozialistischer Richtung, die jungen Leute im Betriebe zur Interesslosigkeit und Nachlässigkeit bei Berichtigung der Arbeit und häufig sogar zur Unbotmäßigkeit gegenüber ihrem Arbeitgeber aufstacheln, um auf alle Weise den Arbeitgeber zu schädigen und der Jugend beizubringen den Keim der Unzufriedenheit einzupflanzen. Aber Herr Regierungsrat!

Lesen Sie doch bitte den Bericht Ihres Kollegen aus dem Unter-Elsah, der da durchblättern läßt, wer daran schuld ist, daß jugendliche Arbeiter unzufrieden mit den bestehenden Zuständen werden. Die Herrn Unternehmer, wenigstens die Großunternehmer, scheinen ihm Engel in ihrer „Anspruchlosigkeit“ und „Eitersreinheit“, die jugendlichen Arbeiter oder die reinen Honner Vorurten in Zuchtlosigkeit und Verschwendungssucht. Er führt nicht allein echt menschlich, sondern auch, was bei einem Regierungsrat selbstverständlich ist, auch echt ärztlich und widmet deshalb auch eine Seite seines Berichts, der Klame des frommen Arbeiterinnen-Vereins und der Empfehlung des Organs „Die Arbeiterin“. Es fehlt nur noch, daß er schreibt, er sei Ehrenvorsitzender. Besonders scheint ihm zu gefallen, daß in diesem Vereinchen die Ueberwachung und Leitung in Händen eines Weibchens liegt. Da passiert denn sicher keine Zuchtlosigkeit, denn Kolbermoor liegt weit von Mülhausen.

Von Mißständen weiß er sehr wenig zu berichten, und wo er berichtet, klingt es schonend für die Unternehmer, mehr verlegend für die Arbeiter. So schreibt er unter anderem: „In den entlegenen Gebirgsdörfern fehlt der Sinn für Reinlichkeit noch sehr und die Arbeitgeber (doch) hatten es dort für ausreichend, wenn die Arbeiterinnen sich nach dem Fuken der Maschinen an einem Brunnen auf dem Fabrihof oder an dem nahen Bache wuschen. Auch in den auf dem Lande gelegenen Zigarrenfabriken ist das Bedürfnis nach Wasser äußerst gering, eine Wäschschüssel für 12 bzw. 16 Personen wurde dort als genügend erachtet.“

Von wem, wenn man fragen darf? Doch jedenfalls von dem Unternehmer, aber nicht von den Arbeitern. Eine Seite des Berichts ist noch gefüllt mit Ruhegehältern, Gratifikationen, Bronzenen, silbernen und goldenen Denkmünzen, welche die Rüßfadenfabrik Dollfus Meig und Compagnie in Mülhausen aus „wohltätigem“ Herzen den „verschwendungssüchtigen“ altgedienten Arbeitern verleiht, und der Bericht des Herrn Trepin ist, nachdem er noch über einige Streiks berichtet, und so zwischen dem doch noch einige Unregelmäßigkeiten bei Kleinunternehmern konstatiert, zu Ende.

Sozialdemokratischer Wahlverein
für den
4. Berl. Reichstags-Wahlkreis.
Petersburger Viertel.
(Bezirk 363.)
Den Mitgliedern zur Nachricht,
daß unser Genosse, der Tischler
Richard Fritsche
Rigauer Str. 1
gestorben ist.
Ehre seinem Andenken!
Die Beerdigung findet am
Mittwoch, den 17. August, nach-
mittags 2 Uhr, von der Halle des
Zentral-Friedhofes in Friedrichs-
felde aus statt.
Um rege Beteiligung ersucht
Der Vorstand.

Sozialdemokratischer Wahlverein
des
6. Berl. Reichstags-Wahlkreises.
Todes-Anzeige.
Am 13. August verstarb unser
Mitglied, der Arbeiter
Gustav Neue
(Käferstraße 106).
Ehre seinem Andenken!
Die Beerdigung findet am
Mittwoch, den 17. August, nach-
mittags 5 1/2 Uhr, von der Leichen-
halle des Elisabeth-Kirchhofes,
Prinzen-Allee, aus statt.
Um rege Beteiligung ersucht
Der Vorstand.

Sozialdemokrat. Wahlverein
Britz.
Am 13. August verstarb unser
Mitglied
E. Schreiber
infolge Herzschwäche im Alter von
46 Jahren.
Ehre seinem Andenken!
Die Beerdigung findet am
Dienstag, den 13. d. Mts., nach-
mittags 5 Uhr, von der Leichen-
halle des Bräuer Gemeindefriedhofes aus statt.
Rege Beteiligung erwartet
Der Vorstand.

**Deutscher
Holzarbeiter-Verband**
Den Mitgliedern zur Nachricht,
daß unser Kollege, der Tischler
Artur Kerber
am 12. August gestorben ist.
Ehre seinem Andenken!
Die Beerdigung findet heute
Dienstag, den 13. August, nach-
mittags 4 Uhr, von der Halle
des Georgen-Kirchhofes, Lands-
berger Allee, aus statt.
Um rege Beteiligung ersucht
88/3 Die Ortsverwaltung.

Allen Freunden und Bekannten
hiermit die traurige Nachricht,
daß mein lieber Mann, unser
guter Vater, Schwiegervater und
Großvater, der Fuhrer
Karl Rolle
nach langjährigem schweren Leiden
am 15. d. Mts. im 70. Lebens-
jahre verstorben ist.
Die trauernden Hinterbliebenen.
Die Beerdigung findet am
Donnerstag, den 15. d. Mts.,
nachmittags 4 Uhr, von der
Leichenhalle des St. Thomas-
Kirchhofes, Rigauer, Hermann-
straße, aus statt.

**Deutscher
Metallarbeiter-Verband**
Verwaltungsstelle Berlin.
Todes-Anzeige.
Den Kollegen zur Nachricht, daß
unser Mitglied, der Arbeiter
Gustav Neue
am 13. d. Mts. gestorben ist.
Ehre seinem Andenken!
Die Beerdigung findet am
Mittwoch, den 17. August, nach-
mittags 5 1/2 Uhr, von der Leichen-
halle des Verdingungs-Kirchhofes
in der Prinzen-Allee aus statt.
Rege Beteiligung erwartet
Die Ortsverwaltung.

**Deutscher
Transportarbeiter-Verband.**
Bezirksverwaltung Groß-Berlin.
Den Mitgliedern zur Nachricht,
daß unser Kollege, der Selter-
kühler
Ernst Schreiber
am 13. d. Mts. im Alter von
46 Jahren verstorben ist.
Die Beerdigung findet heute
Dienstag, den 13. d. M., nach-
mittags 5 Uhr, von der Leichen-
halle des Bräuer Gemeindefried-
hofes, Schauffstraße, aus statt.
Um rege Beteiligung wird ersucht.

**Deutscher
Kürschner-Verband**
Filiale Berlin.
Todes-Anzeige.
Den Kollegen zur Nachricht, daß
unser Mitglied, der Kürschner
Isidor Schlesinger
am 12. d. M. gestorben ist.
Ehre seinem Andenken!
Die Beerdigung findet heute,
Dienstag, den 13. August, nach-
mittags 3 Uhr, von der Leichen-
halle des Jüdischen Kirchhofes
in Weihenfelden aus statt.
Rege Beteiligung erwartet
102/13 Die Ortsverwaltung.

Sagen hierdurch allen Verwandten,
Freunden und Bekannten, sowie den
Kollegen der Firma Bahfom für die
Hilfliche Teilnahme und Kräftigen bei
der Beerdigung meines lieben Mannes
und unseres guten Vaters herzlichsten
Dank.
Die trauernde Witwe
Emilie Waldmann nebst Kindern.
Rigauer.

Bruch-Pollmann
empfiehlt sein Lager in Bruch-
handagen, Leinbinden, Ge-
radenhaltern, Spritzen, Suspensorien
sowie sämtliche Artikel zur Kranken-
pflege. Eigene Werkstatt. Lieferung
für Preis- und Hilfs-Krankenkassen.
Berlin N.,
Leht Lotharinger Straße 60.
Alle Bruchbänder mit elastischen Ge-
lotten, angenehme u. weiche an Körper.

Nachruf.
Den Mitgliedern zur Nachricht,
daß unser Kollege, der Arbeiter
Fritz Strecker
am 6. d. M., im Alter von
33 Jahren verstorben ist. 72/2
Ehre ihrem Andenken!
Die Bezirksverwaltung.
Dankfagung.
Für die vielen Beweise herzlichster
Teilnahme bei der Beerdigung meines
lieben Mannes, unseres guten Vaters
sagen wir allen Beteiligten unseren
hochgefühlten Dank.
nebst
Wwo. Minna Stabenow
Kindern.

Dankfagung.
Für die vielen Beweise herzlichster
Teilnahme bei der Beerdigung meines
lieben und geliebten Mannes, unseres
guten Vaters
Richard Zander
sagen wir allen Freunden und Be-
kannnten, besonders dem Vorstande
und den Angestellten der Ortskrank-
enkasse der Buchbinder, sowie den Bu-
reauangestellten und dem Deutschen
Buchbinderverbande unseren tief-
gefühltesten Dank.
Die trauernde Witwe
A. Zander geb. Hönicke
nebst Kindern.

DEUTSCHES
Nur
ein
halber
Pfen-
ning
PFENNIG

**Preisauflschlag
zur Erhaltung
der alten feinen
Qualität der**
**Salem Aleikum
Cigaretten**
Preis 13 4 5 6 8 10
4 5 6 8 10 Pfg. d. St.

Wo? ist der schönste Ausflugsort?
Immer noch **Nichelswerder**,
an der neuen
Oberstraße beim **Alten Freund**.

Phänomen



**Cigaretten
Qualitätsmarke**

mit und ohne, auch mit
**Goldmundstück, St.
2, 3, 4 und 5 Pf.**

**Cigarettenfabrik
NAMKORI**

**Pianos-Gelegenheits-
käufe** in gr. Auswahl v. 300 bis
400 M., dar. Schiedmeyer, Biese etc.
Garant. **Pianohaus Krause,**
Berlin W., Ansbacherstr. 1.

Haben Sie schon
eine Vorzeile? Sie kaufen am besten
und billigsten von meinem Terrain
in Röntgenstr., 11. von 8. 11. an
7 Min. a. Bahnhof, 20 Pf. vom Ge-
fundbrunnen. Geringe Ans- und Ab-
zahlung. **Graf, Alt-Moabit 88b.**

Dr. Schünemann
Spezialarzt für Haut- und Harnleiden,
Frauenkrankheiten, 3312*
Friedrichstr. 203. Ede Schützenstr.
Wochentags 10-2, 5-7.

Hygienische
Sonderkatalog, Neueste Katalog
u. Empfehl. viel Aerzte u. Prof. grat. u. g.
H. Wagner, Baumgartenstr. 2
Berlin W., Friedrichstr. 91/9

H. & P. Uder, Berlin SO. 16,
Engel-Ufer 5.
Tabak-Großhandlung und Tabakfabrik.
Spezialität: Nordhäuser Kautabak von
G. A. Hanewacker, Grimm & Triepel.
Stets frisch zu den äußersten Engrospreisen.
Achten Sie genau
auf die Vornamen **G. A. Hanewacker.**

Sieben erschienen:
Der Klassenkampf des Proletariats
von Parvus. Heft V.
Die Arbeiterschaft und das Unternehmertum.
Preis 25 Pf.

Vorher sind erschienen:
Heft I: **Der gewerkschaftliche Kampf.** Preis 15 Pf.
Heft II: **Die kapitalistische Produktion und das Proletariat.** Preis 30 Pf.
Heft III: **Die Sozialdemokratie und der Parlamentarismus.** Preis 25 Pf.
Heft IV: **Der Sozialismus und die soziale Revolution.** Preis 25 Pf.

Expedition des „Vorwärts“,
Berlin SW., Lindenstr. 69, Laden.

Ungewitter's Kautabak
garantiert rein aus Kentuckytabak,
seit Jahrzehnten unübertroffen.
Niederlage:
O. Reimer, Lichtenberg-Berlin O.,
Gürtelstr. 1, Ecke Frank. Chaussee.
4452

Abendkurse.
Ausbildung von Technikern und
Meistern in **Elektrotechnik**
und **Maschinenbau.**
Technische Akademie.
Berlin 45, Markgrafstr. 100.
Prospekte frei.

Schuhwaren billigt. Ferd. Vohl,
Hollanstraße 79, Grunhald-
straße 57. +93*

Achtung! Vereine! Achtung!
Für Sommer- und Kinderfeste empfohlen!
Stoßlaternen, Fadeln, Schärpen, Dekorations-Girlanden,
Verlosungartikel, Karten, Seifen, Reglerpreise, Jaz-
Scherzartikel, Feuerwerk, Festabzeichen.

Pohl & Weber Nachf.
Am Spittelmarkt 4/5 I **BERLIN** Alexanderstraße 51/52
Inh.: Otto Dejer. Inh.: Ernst Dejer.

Kataloge gratis und franko sowie Versand nach außerhalb.

Jedes Wort 10 Pfennig.
Das erste Wort (setzgedruckt) 20 Pf. Stellengesuche
und Schlafstellen-Anzeigen 5 Pf.; das erste Wort
(setzgedruckt) 10 Pf. Worte mit mehr als 15 Buchstaben
zählen doppelt.

Kleine Anzeigen

ANZEIGEN
für die nächste Nummer werden in den Annahme-
stellen für Berlin bis 1 Uhr, für die Vororte bis
12 Uhr, in der Haupt-Expedition, Lindenstrasse 69,
bis 5 Uhr angenommen.

Verkäufe.

**Teppiche (sehr schöne) Gelegenheits-
käufe.** Fabriklager Mauerhoff,
Große Frankfurterstraße 9, Flurein-
gang. Vorwärtsleser 6 Prozent
Ertragsabatt. Sonntags geöffnet.

Teppiche billigst! Fabrik-Große
Frankfurterstraße 9, Flurein-
gang.

**Gardinenhaus, Große Frank-
furterstraße 9, Flurein-
gang. 2491A***

Bücher des deutschen Schmeis.
Eine Sammlung guter Erzählungen,
Geschichten, Novellen usw. Gut aus-
gestattet, circa 300 Seiten umfassend,
zum Teil illustriert und gebunden.
90 Pfennige pro Band. Expedition,
Lindenstraße 69, Laden.

Vianleibhaus Streiber, Küstriner-
platz 7, (spottbillig) Bettenverkauf,
Gardinenverkauf, Wäscheverkauf,
Warenverkauf, Federbetten, Schmuck-
sachen, Goldsachen, Silberwaren, ver-
schaffene Händler. 2492A*

**Vorwärtsleser erhalten 6 Prozent
Ertragsabatt** selbst bei Gelegenheits-
käufen. Teppich-Thomae, Dramen-
strasse 160, Dramenplatz. 894A*

**Bronzegestaltung, Gasung-
ampeln, komplette Gasglühlicht-Ein-
richtungen.** Baumann, Alte Jakob-
straße 125. 1140A*

**Teppiche! (sehr schöne) in allen
Größen, fast für die Hälfte des Wertes
Teppichlager Brunn, Fiedlerstr.
Markt 4, Bahnhof Börse. (Keller des
Vorwärts) erhalten 6 Prozent
Ertragsabatt.) Sonntags geöffnet!**

Reißhaus Moritzplatz 58a, 1. Etage.
Moritzplatz 58a, Reißhaus, An-
gewöhnliches Angebot. Von letzten
Kantinen zurückgeliebene Waren-
bestände als wie: ein großer Vollen
von Kavaliereu getragene Jackett-
anzüge, Modanzüge, Paletots, größtent-
teils auf Seide gearbeitet, von 9-18
Mark. Extra billiges Spezialangebot:
Uhren, Ketten, Ringe, großer Vollen
verfallener Wäsche, Betten, enorm
billig Moritzplatz 58a. 1121A*

Witzners Nähmaschinen ohne An-
zahlung, gebrauchte spottbillig! Sta-
likerstraße 99, Witznerstraße 67.

Geranntplatz 6. Allerbilligste
Wanderverkäufe. Sommerpaletots,
Jackettanzüge, Wollanzüge, Herren-
koben. Extra billiger Bettenverkauf.
Bermietungsbed. Brautbetten. Aus-
steuerwagen. Wäscheauswahl! Gar-
dinenauswahl! Teppichauswahl!
Wäscheauswahl. Steppdecken. Band-
waren. Leinwand. Goldsachen.
Großberlins allerbilligster Waren-
verkauf im Witznerhaus Gerannt-
platz 6. Auch Sonntags geöffnet.

**Teppiche, große Posten, zum Teil
mit kleinen Resten, spottbillig Ver-
kauf.** Leub, Dramenstrasse 59.

**Steppdecken, Wolle, Größe 225,
250, 295.** Kaufhaus Leub, Dramen-
strasse 59. 1156A*

**Gardinen, Reste, einzelne Fenster,
Stehmatten, spottbillig, und andere
Gelegenheiten.** Kaufhaus Leub,
Dramenstrasse 59. 1156A*

**Sportbillig, neue Nähmaschine,
Reißer, Serris, Schleier-
macherstraße 11, Vortier. 2405***

**Durch Rauch und Staub beschä-
digte Gardinen, Stores, Fußteppiche,
Fahrräder, 1,75, 2,25, 2,85, 3,75, 4,85,
5,50, 6,75 ufm.**

**Erdbildstöcke und Bettdecken,
3,45, 3,85, 4,75, 6,50 ufm. E.
Weihenbergs Gardinenhaus, Große
Frankfurterstraße 125, im Hause der
Wollfabrik.**

**Zuch- und Plüschdecken 1,25, 1,75,
2,50, 3,85, 4,75, 6,50, 8,75 bis 30
Mark.**

**Wäsche- und Tuchportieren 3,25,
3,85, 4,85, 6,35, 7,85 ufm. Große
Frankfurterstraße 125.**

**Abfallteppiche 3,85, 4,75, 5,50
ufm.**

**Plüschteppiche mit kleinen Flecken,
in allen Größen, 6,75, 8,25, 9,85,
11,50, 13,50 bis 60 Mark. Große
Frankfurterstraße 125, im Hause der
Wollfabrik.**

**Sporn- und Lammwolldecken 1,65,
2,50, 3,25, 4,50, 5,25, 6,75 bis 20
Mark.**

**Wollstoff, Wäuler- und Vio-
leumreste spottbillig. E. Weihenbergs
Teppichhaus, Große Frankfurter-
straße 125.**

Teichbuch für Gartenfreunde
Ein Ratgeber für die Pflege und
sachgemäße Bewirtschaftung des häus-
lichen Gartens, Gemüse- und Obst-
gärten von Max Hebbel. Zweite
vermehrte Auflage. 241 137 Text-
abbildungen. Preis 3,50 Mark. Expedi-
tion Vorwärts, Lindenstr. 69.

**Wahanzüge, 32,00 bis 85,00,
Herzige Herrenanzüge 8,50. Anzuga-
beile Gelegenheitsverkauf. Verkauf an
Private. Vorwärtsleser 5 Proz.
Ertragsabatt. Schlegler, Turmstrasse 58,
Reinholdstrasse 48. 998A***

**Singer A 75,00, Raumann-Hobbin,
Eggenländer, Adler, auch ohne An-
zahlung, 1,00 m. d. m. Anstatt
Agenten erhält Käufer Provision.
Vollständige Kataloge, Kataloge, Samen-
strasse 173, Reichenbergerstrasse 4,
Gausstrasse 80, Beuststrasse 18,
Frankfurterstrasse 115, Dramenstr. 2a,
Lauenburgerstrasse 5, Frankfurter Allee 72,
Charlottenburg, Scharenstrasse 2,
Kigdorf, Reuterstrasse 56. 773A***

**Gardinen - Spezialhaus Emil
Lehner, nur Dramenstrasse 158, Gar-
dinen in Tüll 2,50 bis 25, Erdstoff
13,50 bis 75, Tüllstoffe 1,25 bis 10,
Erdbildstoffe 4,35 bis 75 Mark.
Spezialkatalog 600 Abbildungen gratis.**

**Sozialreform oder Revolution,
von Rosa Luxemburg. Zweite durch-
gesehene und ergänzte Auflage. Preis
50 Pf. Expedition Vorwärts, Linden-
strasse 69.**

**Billige Herrenmode. Hochlegante
Herrenjassen aus feinsten Rohstoffen
7-15 Mark, Tennisjassen. Versand-
haus Germania, Unter den Linden 21.**

**Vorjährige elegante Herrenanzüge
und Paletots aus feinsten Rohstoffen
20-40 Mark. Versandhaus Germania,
Unter den Linden 21. 379B***

**Ultraleichte Anzüge ungeschädlich
Mittl. Baudek. Kigdorf, Berliner-
strasse 80, linkes Vorderhaus III.**

**Klappfahrträhle nur diese Woche
10 Prozent Rabatt. Andrastrasse 53,
Reißstrasse 15. 1163A***

**Drehbollen (Teilzahlung), Kriger
u. Hoffen, Bohmannstraße 29. (1123A***

Geschäftsverkäufe.
**Restaurations, ganz sichere Brot-
stelle, ein sehr gutes, altes Geschäft
laut Nachweis, Familienverhältnisse
halber sofort sehr billig zu verkaufen.
D. Gummwald, Köpenickerstrasse 54**

**Gärtnerei, Parterre, Ber-
eine, halbtage, sofort preiswert ver-
käuflich. In erfragen bei Paul Hoff,
Vogelbau - Hummelburg, Schiller-
strasse 14. +119***

**Grüntraumgeschäft, 9 Jahre be-
stehend, verkauft Hübnerstrasse 11,
am Weidenweg. 91/17**

**Kaufgeschäft, Reine Restaurations
oder anderes Geschäft für mein Ge-
schäft mit 2000 Mark, vierzehn
Wohnungen an feinsten Stellen.
Umsatz 150 Tausender, 2000 Liter
Speisöl, viel Wein, Kaffee usw.
Häuer, Kottboderstrasse 80, Berlin.**

**Milchgeschäft zu verkaufen, Umsatz
600 Liter wöchentlich. Zu erfragen
Expedition Charlottenburg, Selen-
beimerstrasse 1. +48**

**Restaurant, passend Vartellgenossen,
Fabrik im Hause, Epkens, Vierte
1800,-, verkauft. Röhrens Blum-
strasse 43, Barbiergeschäft. +42**

Möbel.
**Guckelhausstr. 10, Ede Kollig
S. Grau, bekannt als beste Bezug-
quelle. Kollig und Teilzahlung.**

**Wohlfühlere, Harnad, Wäuler-
meister, gegründet 1901, Stallstraße
57 (Moritzplatz), liefert kom-
plette Wohnungsverrichtungen zu
niedrigsten Fabrikpreisen. Unüber-
troffene Leistungsfähigkeit. Enorme
Auswahl. Zahlungsbeilechtung.
Vorwärtsleser 3 Prozent. Kein
Laden, Verkauf Fabrikgebäude.**

**Wohlfühlere, Harnad, Moritzplatz 58,
In meinem seit 31 Jahren bestehenden
Wohlfühlere sind in fünf Etagen
komplette Wohnungsverrichtungen zu
niedrigsten Fabrikpreisen zum Verkauf.
Als Spezialität liefert: Schlafzimmer,
englisch 197,-, modern mit Interieur
265,-, Wohnzimmer, modern 297,-,
Speiszimmer 355,-, Herrenzimmer
200,-, 1 Zimmer und Küche 205,-,
354,-, modern 479,-, 2 Zimmer und
Küche 668,-, 667,-, englische Bei-
stelle mit Küche 43,-, Kleider-
schrank 30,-, Trümmel, gefüllten
34,-, Schlafsofa 36,-, Schlafsofa
55,-, Umbau 10,-, Teppiche,
Kieslager. Befestigung erdeten.
Transport und Lagerung kosten-
frei. Eventuell Zahlungsbeilechtung.
Geöffnet 8-8, Sonntags
8-2. Kein Laden. Verkauf nur im
Fabrikgebäude. Kuffertweg 3. gratis
und franko. 9973***

**Möbel! Für Brautleute günstige
Gelegenheit, für Möbel anzuschaffen.
Mit feinsten Anzügen gebe schon
Stube und Küche. In jedem Stück
denklicher Preis. Ueberörtlichkeit
daher ausgeschlossen. Bei Krankheits-
fällen und Arbeitslosigkeit anerkannt
größte Rückst. Möbelgeschäft M.
Goldlaub, Postenstraße 38, Ede
Ottelmannstraße. Kein Abzahlungs-
geschäft! 29018***

**Möbel-Gelegenheitskäufe in aller-
größter Auswahl; einfache sowie
bessere Wohnungsverrichtungen be-
stehend billiger wie regulär. Erg-
gänzungsartikel. Häufige 120, Schreib-
tische 45, Sofas 46, Garnituren 65,
Trümmel 20, Schränke, Vertikos
26, Kronen, Teppiche, Bilder, Küchen-
möbel, Klubsessel, Ledersofas, Um-
haus, Lederstühle usw. spottbillig.
Kerners Möbelgeschäft, Lothring-
straße 55, Rosenhäger-Tor. Die
Möbel sind in vier Etagen an-
geordnet. 1142A***

**Möbelangebot, gebrauchte und
neue Einzelmöbel und ganze Ein-
richtungen, einfache, elegante
Speiszimmer, Herrenzimmer, Schlaf-
zimmer, belichen gewesen, verfallen,
spottbillig. Nieselager, 5 Etagen,
Möbelgeschäft. Neue Admire 5/6,
Fabrikgebäude. Teilzahlung gestattet.
Sonntags geöffnet. 2929***

**Wichtig! Möbel, gebrauchte und
verfallen gewesen. Kleiderständer 18,00,
Bettstelle mit Federmatratze 17,00,
Kuschelsofa 14,00, Stühle 2,00, Kom-
mode 12,00, Kuchentisch mit Decke 18,00,
Wohlfühlere 8,00, Garderobenschrank
33,00, Küchengerät 48,00, gezeichnete
Eulenschranke, Wäulerstühle, An-
kleiderbank 65,00, Kuschelsofa 16,00,
Satin-Schlafzimmer, pfeifen, 220,00,
Herrenschreibtisch 28,00, Lederstühle
8,00, Herrenzimmer, Speiszimmer,
Standuhr, Federbetten, Stand 18,00,
Sonnenteppich 30,00, bunte Kissen 55,00,
Eulentrümmel 30,00. Gebe auch
Möbel auf Teilzahlung. Sonntags
geöffnet. Stargard, Lothring-
straße 69. 255/14***

**Hübsches Plüschschloffe, Kleider-
ständer billig. Schweda, Pringstr. 47.**

Fahrräder.
**Gerrensfahrrad, Damenfahrrad,
einmal benutzt 35,-, Holz, Blumen-
strasse 38b. 1683A***

**Teilzahlungen, Dreijährige Gar-
antie. Spezial-Garantierad 65,00,
Kaffe. Anwalderstrasse 20, Wilhelm-
havenerstrasse 73. 760A***

Musik.
**Piano, gut erhalten, 150,-,
sollert veräußert Potsdamerstrasse 27b,
hochparterre. 91/13***

Verschiedenes.
**Die Beilechtung gegen Prüdeln
Paula Schwerling, Lüsterstrasse 78,
nehmen nur hiermit zurück. Frau
Wohr, Jordanerstrasse 50, Frau
Kleiber, Lüsterstrasse 78. +15**

**Reinigungserei von Frau Roslitzky
Schlachtenstr. 8, III.**

**Barthelmann Engel, Singuer-
strasse 24.**

**Handwäscherei. Wäsche wird
schonend gewaschen, freier getrocknet,
Leibwäsche, vier Handtücher, vier
Taschentücher, Kassen 0,10. Kein Ver-
kauf. Abholung Donnerstags.
Frau Kludsch, Köpenick, Bismarck-
strasse 2. 1147A***

Schlafstellen.
**Ganere Schlafstelle zu vermieten,
Kügel, Brunn-Lagenstrasse 17, vorn IV.**

**Möblierte Schlafstelle, wangen-
frei, zwei Herren, Reichenberger-
strasse 169, parterre. +133**

Arbeitsmarkt.
Stellenangebote.
**Wärmeschleifer und Fräser
sucht Fachb. Dierichstrasse 10.**

Nähmaschinenreparaturen sach-
gemäß schnell und billig, auch außer
dem Hause. Sellmann, Gollnow-
strasse 26. 323A*

**Mineralienkammer! Kristalle
aller Edelsteine, auch andere Mine-
ralien. Verkauf und Gegenverkauf.
Hermann Haber, Oberstein. 134B***

**Chauffeur-Ausbildung, theoretisch
und praktisch. Auto, Flugtechnik.
Tages-, Abendkurse. Prospekt! Auto-
technikum, Charlottenburg, Britische-
strasse 27a. 1052A***

**Technikum, Berlin, Heanderstrasse 8
(Schinkel-Akademie), Maschinenbau,
Elektrotechnik, Hochbau, Tiefbau,
Ingenieurkunde, Lehrerkurse, Ver-
meiter, Konturkunde, Innungs-
meister, Polierkunde, Architekturbau,
Tageskurse, Abendkurse. 1077A***

**Goldschmied Goldschmied, Silber-
schmied, Jahrgänge läuft Antiquitäten-
geschäft, Rindstrasse 14, Moabit.**

**Küchenmöbel - Spezialität Krich
Einrichtung, 15 Mark an. Bunge,
Erdstrasse 6. +46**

**Bibliotheken, Neurenovation
schneidern, Bücherposten verkauft
Buchbinderei Steder, Arntenstrasse 50.**

**Handwäscherei Dreifache, Köpenick,
Barthelstrasse 18, liefert schneeweiße,
im Wasen geleichte Wäsche, Leib-
wäsche, 5 Taschentücher 10. Abholung
Donnerstags. 380B**

**Rosenleiche, Frau Kroppens,
Köpenick, Gartenstrasse 18, liefert
tadellose, schneeweiße Wäsche, Leib-
wäsche, vier Handtücher 0,10. Ab-
holung Donnerstags. 1169A***

Vermietungen.
**Schlösserei, 1/10, Berlin, Dramen-
strasse 2a. 1147***

**Verderhoff, Remise, auch einzeln,
sollert Berlin, Dramenstrasse 2a. 45***

Wohnungen.
**Brachtwohnungen Soldinerstr. 32.
Stube und Küche, 15-28 Mark,
Dramenstrasse 2a. 1147***

**Zwei, Einzimmer - Wohnungen
sollert auch später Soldinerstrasse 16.
Zwei, Einzimmer - Wohnungen
sollert auch später Sonnenburger-
strasse 27. 157B***

**Frankfurter Allee 167, schöne,
helle Zweizimmer und Einzimmer
mit Küche 1. Oktober billig zu ver-
mieten. 191/13***

**Zwei, Einzimmer - Wohnungen
sollert auch später Sonnenburger-
strasse 27. 157B***

**Im Arbeitsmarkt durch
besonderen Druck hervorgehobene
Anzeigen kosten 50 Pf. die Zeile.**

**Achtung! Holzarbeiter,
Wegen Streik
und Lohn Differenzen
sind gesperrt:**

**Schlösser auf Baubehlag, eiserne
Türen verlangt Heurichs, Tempel-
hof, Ringbahnstrasse. 302B**

**Tüchtige Fertigmacher, Ver-
richter und Kupferer finden
dauernde Beschäftigung bei hohem
Lohn bei Dolar Köbler Alttinger-
strasse, Orestmalderstrasse 168/166.**

**Tüchtigen Einballeter auf Gold-
leihen verlangt Beckmeister, Brunnen-
strasse 194. 377B**

**Geldschrankschlosser, selbständig,
verlangt Brandes, Alexandrinen-
strasse 118. 381B***

**Jüngere, tüchtiger, selbständig
arbeitender Buchbinder mit gutem
Stundenlohn (sollert verlangt) Wehr-
Kasser, Tempelhof, Ringbahnstrasse 21.**

**Jüngere selbständige Schlosser für
Schraubenkonstruktionen (sollert ver-
langt) Gebärde Kaiser, Berlin-Tempel-
hof, Ringbahnstrasse 21. 1171A**

**Grünte Schirmnäherinnen bei
hohen Löhnen, dauernder Stellung
und Weihnachtsgroßzahlung suchen
sollert Gebärde Hammerstrasse,
Dramenstrasse 81/82. 382B**

**Kocharbeiterin auf schwarze Futter-
löcher verlangt Bolter, Kigdorf,
Donaustrasse 8. +46**

**Handnäherin verlangt Peter-
burgerstrasse 83. +15***

**Wäschenäherin, auch lernen,
Petersburgerstrasse 83. +15***

**Wäsche auf Damenmäntel ver-
langt Koller, Reichenbergerstrasse 3
rechts III. +133**

**Kaufmännin wird verlangt Günter
Weg 9/10 bei Delfos. +42**

**Wäsche auf Damenmäntel,
Wäsche und Stoff, auf Bogenlohn,
15-24 Mark, dauernde Beschäftigung
lust Pfeil, Reichenbergerstrasse 5.**

**50 Wäsche auf einfache, ver-
stetete Damenmäntel, Schwanenber-
strasse 63. +134***

**Wäsche auf Paletots, Bohm,
Hauptplatz 1, Ede Gausstrasse. 331B**

**Zeitungsfrauen verlangt (sollert
Schützenstrasse 24, Hof parterre. ***

**Zeitungsfrauen (sollert verlangt
Königsstrasse 56/57. 90/3***

Partei-Angelegenheiten.

Vierter Wahlkreis. Heute abend, 8 1/2 Uhr, findet in Kellers Festhallen, Köpenicker Str. 20, eine Generalversammlung des Wahlvereins statt.

Schüler Wahlkreis. Die Genossinnen der 8. Abteilung des Wahlvereins veranstalten am Mittwoch, den 17. August, im Heidekrug an der Jungfernhöhe ein Kaffeelocher, wozu alle Genossinnen eingeladen werden.

Charlottenburg. Wir machen die Parteigenossen darauf aufmerksam, daß am Freitag, den 19. d. M., abends 8 1/2 Uhr, eine öffentliche Versammlung auf dem Spandauer Bod stattfinden wird, in der Genosse Fritz Zubeil einen Vortrag halten wird.

Lichtenberg. Heute 8 1/2 Uhr abends findet im „Schwarzen Adler“, Frankfurter Chaussee 5/8, die Mitgliederversammlung des sozialdemokratischen Wahlvereins statt.

Baumföhlenweg. Heute abend 8 1/2 Uhr bei Speer, Baumföhlenweg 78: Fortsetzung vom gemeinsamen Bahlabend.

Ortsrat Treptow. Heute abend 8 1/2 Uhr im Lokal „Kernbahn“ Mitgliederversammlung des Wahlvereins.

Ober-Schöneweide. Die Mitgliederversammlung des hiesigen hiesigen Wahlvereins findet am heutigen Dienstag, abends 8 Uhr, im Mörners Blumengarten statt.

Frei-Buckow. Heute abend 1/9 Uhr findet im Buschweg, Rudower Straße 51, die Vereinsversammlung statt.

Variendorf. Heute Dienstagabend 8 1/2 Uhr bei Preuß, Rurfürstenstraße 44, Mitgliederversammlung.

Königs-Wusterhausen. Am Mittwoch, den 17. d. M., abends 8 Uhr, findet im Lokal der Witwe Wedhorn, Altes Schützenhaus, unsere Wahlvereinsversammlung statt.

Zegei. Heute, Dienstag, den 16. August, abends 8 1/2 Uhr, findet im Lokal von Jul. Klippenstein, Spandauer Straße 4, die Mitgliederversammlung statt.

Berliner Nachrichten.

Die Fürsorge für erkrankte Dienstboten

Ist einer der heikelsten Punkte in der sogenannten Dienstbotenfrage. In Berlin besteht für Dienstherren ein Verein, der gegen Zahlung einer Abkommensgebühr ihnen für ihre Dienstboten die ärztliche Behandlung und nötigenfalls die Ueberweisung an ein Krankenhaus gewährt.

Einen Fall dieser Art möchten wir weiteren Kreisen bekanntgeben. Bei einer Frau Reiche, die als Rentiere lebt und im Hause Adalbertstraße 53 wohnt, dient eine Fraulein K. Als das Mädchen erkrankte, ließ die Dienstherrin, die dem Abkommensverein angehört, den Vereinsarzt Dr. Reiche konsultieren, der ihr eigener Sohn ist.

Herr Dr. Reiche soll ihr auch eingeschärft haben, daß sie, wenn man sie nach ihrem Wohnsitz frage, die Wohnung der Verwandten angeben müsse. Sie begab sich zum Armenvorfesher und bekam den erforderlichen Krankenschein, aber auf Konsultation noch des anderen Arztes, der nun zuständig war, glaubte sie verzichten zu dürfen.

Wir finden, daß dieser Fall mancherlei zu denken gibt. Wieder einmal ist es die öffentliche Armenpflege, die hier zum Schaden des Stadtbürgers die Kosten wieder übernehmen muß. Weder braucht der Abkommensverein auch nur einen Pfennig zu den Kosten der Krankenhausbehandlung beizutragen.

Der Erwerb des Opernhauses durch die Stadt Berlin soll, wie eine Korrespondenz bereits am Sonnabend mitzuteilen mochte, zum Preise von 4 1/2 Millionen Mark gesichert sein.

Hierzu möchten wir bemerken, daß sich erst die Stadtverordnetenversammlung mit dieser Frage zu beschäftigen und darüber zu beschließen hat.

Der erste warme Sonntag nach langer Zeit lodte vorgestern noch einmal Hunderttausende in die spätsommerliche Natur. Am glücklichen waren die vielen Vereine, die ihrer diesjährige Sommerpartie gerade auf diesen Tag verlegt hatten und in aller Frühe mit dem bekannten Akt weit nach den Vororten gondelten.

Feuer im Jakobshof. In der Sonntagnacht hatte die Berliner Feuerwehr abermals einen größeren Brand in dem bekannten Industrie-Gebäude „Jakobshof“, Alte Jakobstr. 23/24, der erst kürzlich von einem Großfeuer heimgekehrt wurde, zu löschen.

Ein Straßenbahnunfall ereignete sich gestern abend in der Leipziger Straße. Vor dem Hause 98 wollte ein Zeitungsjunge auf einen in voller Fahrt befindlichen Straßenbahnwagen springen; hierüber kam er zu Fall und geriet unter den Wagen.

Vom elektrischen Strom getötet. Am Sonntag brachten wir die auch von anderen Blättern übernommene Meldung einer Korrespondenz, wonach in der A. E. G., Brunnenstraße, der 27 Jahre alte Kronsführer August Preurel bei der Arbeit vom Herzschlag betroffen tot zusammengebrochen sei.

Hierzu wird uns nun gemeldet, daß P. nicht am Herzschlag gestorben, sondern vom elektrischen Strom getötet worden ist. Gegenwärtig ist man in dem dortigen Betriebe damit beschäftigt, die Installationsarbeiten sowie die elektrischen Anlagen einzubauen.

Kas der Untersuchungschaft entlassen worden ist der Agent Johannes Wehl, der unter dem bringenden Verdacht stand, den Landwirt Röder um 22000 M. beraubt zu haben.

Fählich verunglückt ist vorgestern am dem Ostbahnhof der elfjährige Sohn Arur des Arbeiters Weikert aus der Langestr. 4. Der Knabe stand am Ostbahnhof in der Nähe einer Lokomotive, als an dieser die Klappentür herunterfiel.

Ein nächtlicher Raubfall beschäftigt die Berliner Kriminalpolizei seit 14 Tagen, ohne daß es bisher gelungen ist, den Täter zu ermitteln. Am Abend des 30. Juli kam der Händler Edwin Berg aus der Provinz nach Berlin.

Nach 32 Einbrüchen verhaftet wurde vorgestern abend der Schlosser Robert Juch aus Brandenburg, der mit seinem vor acht Tagen festgenommenen Ehegatten Meisch zusammen arbeitete.

Wegen eines sehr gefährlichen Brandes wurde am Sonnabendabend nach 10 Uhr die Berliner Feuerwehr nach der Rineburger Str. 10 alarmiert. Dort war in der Garage von August Bül angeblich durch Entzündung von Benzin Feuer ausgebrochen.

Drei Kinder ausgehakt. Am Sonnabendnachmittag um 2 Uhr erschien in einem Gasthof in der Radalstraße ein Ehepaar mit drei kleinen Kindern, einem Knaben im Alter von vier Jahren und zwei Mädchen im Alter von vier Wochen und zwei Jahren.

Ein Straßenbahnunfall ereignete sich gestern abend in der Leipziger Straße. Vor dem Hause 98 wollte ein Zeitungsjunge auf einen in voller Fahrt befindlichen Straßenbahnwagen springen.

Das Auf- und Abbringen auf Straßenbahnwagen ist bekanntlich untersagt, und wir sind der Meinung, daß es von jedem befolgt werden sollte. Dieses Verbot wird von den in den Straßenbahnwagen Zeitungen verkaufenden Jungen aber nicht beachtet.

Radrennen in Jeshendorf. Die am Sonntag, den 14. August, bei gutem Wetter und leidlichem Besuch ausgefahrenen Rennen boten des Guten etwas viel, hatten aber einen ganz interessanten Verlauf.

Radrennen in Treptow. Die Rennen am Sonntag brachten ein Stundenfahren (100, 60, 50, 40, 30, 20 M., außerdem dem Ersten bei jeder Viertelstunde 25 M.), bei dem je zwei Fahrer eine Mannschaft bildeten, die sich beliebig ablösen können.

Im wissenschaftlichen Theater der Urania in der Laubenstraße wird am Donnerstag und Sonnabend, abends 8 Uhr, Professor Hjalmar Smith aus Bergen einen Vortrag „Streifzüge durch Norwegen, das Land der Winternachtsjunge“ halten und an der Hand zahlreicher farbiger Bilder einen lebenswahren Ausschnitt aus diesem nordischen Alpenlande, der Heimat germanischer Urjagen und herrlicher Naturgenuss geben. Billets zu diesen Vorträgen sind bereits von heute ab an der Kasse der Urania erhältlich.

Bei dem Sommerfest des 6. Kreises am 14. August im Inselrestaurant in Pöhlensee sind folgende Gegenstände gefunden worden: Eine Damenhandtasche, ein Damengürtel, ein Schirm und eine Anabenmütze. Die Sachen sind bei H. Fröhlich, Wittföcker Str. 23, Laden, abzuholen.

Vorort-Nachrichten.

Charlottenburg.

Die Liste der stimmungsfähigen Bürger liegt jetzt bis einschließlich 30. August öffentlich wochentags von 8 Uhr vormittags bis 3 Uhr nachmittags (außerdem am Sonnabend, den 30. und den 27. d. M. noch nachmittags von 5 bis 8 Uhr), Sonntags von 10 Uhr vormittags bis 12 Uhr mittags Berliner Str. 71, rechter Seitenflügel Zimmer I aus.

In der oben angegebenen Zeit kann jeder Bürger der Stadtgemeinde gegen die Richtigkeit der Liste Einspruch erheben. Im Interesse der Richtigkeit und Vollständigkeit der Liste ist es dringend erwünscht, daß von dem Recht der Einsichtnahme möglichst viel Gebrauch gemacht wird, da spätere Einsprüche unberücksichtigt bleiben müssen.

Wer selbst keine Zeit hat, die Wählerliste einzusehen, der beauftragt eine der unten aufgeführten Personen mit der Einsichtnahme. Diese reichen auch gleichzeitig etwa erforderliche Proteste ein: Alfred Will, Kirchstr. 30, Friedrich Stabenow, Uhrmacher, Berliner Str. 146, Franz Schmidt, Wilmersdorfer Str. 130, August Weisheit (Stehbierhalle), Rosinenstr. 3, Friedrich Schulze, Gastwirt, Wallstr. 90, F. Müller, Gastwirt, Schulstr. 17.

Schöneberg.

Ueber die bevorstehende Erweiterung der Sonntagsruhe referierten die Genossen Publy und Käter in einer vom Zentralverband der Handlungsgehilfen und -Gehilfinnen Deutschlands und dem Deutschen Transportarbeiterverband am Freitag, den 12. August, im Schwärzen Adler einberufenen gutbesuchten öffentlichen Versammlung. Die Referenten bedauerten, daß der vom Zentralverband unternommene Versuch, durch Vereinbarung unter den Geschäftsinhabern eine Verklärung der Sonntagsarbeit in Schöneberg durchzuführen, an dem unsozialen Verhalten einiger Geschäftsinhaber gescheitert ist. Der Beschluß des Berliner Magistrats biete jedoch Gelegenheit, sich erneut mit der Frage zu beschäftigen. Von dem Handelsausgesehsten müsse die vom Berliner Magistrat beabsichtigte Neuregelung der Sonntagsarbeitszeit als völlig unzulänglich bezeichnet werden. Die Versammlung forderte daher die Vertreter der Sozialdemokratie in Schöneberg und Friedenau auf, mit allen Kräften dahin zu wirken, daß dem Berliner Beschluß nicht bloß beigetreten, sondern daß die Verklärung der Sonntagsarbeit auf drei Stunden zum mindesten auf alle Geschäfte ohne Ausnahme ausgedehnt wird, wenn nicht eine völlige Sonntagsruhe zu erreichen ist. Völlig sei es dadurch möglich, auch die Berliner Kommunalverwaltung zu veranlassen, wenigstens die Ausnahme der Lebensmittelbranche von der Verklärung der Sonntagsarbeit aufzuheben. Es wurde einstimmig eine Resolution angenommen, nach welcher den gesetzgebenden Körperschaften von Schöneberg und Friedenau entsprechende Anträge unterbreitet werden sollen.

Die Arbeiterkassette wird aufgefordert, die Einläufe an Sonntagen zu vermeiden, um den Geschäftsinhabern den letzten Einwand zu nehmen, daß die Arbeiterkassette den Sonntag zu ihren Einläufen braucht. Die Referenten zeigten in überzeugender Weise, daß die Angelegenheit am besten die völlige Sonntagsruhe erreichen können, wenn alle Handlungsgehilfen und -Gehilfinnen dem Zentralverband der Handlungsgehilfen und alle Handels- und Transportarbeiter dem Deutschen Transportarbeiterverband beitreten.

Der bedauerliche Unglücksfall beim Hamillieren mit der Schußwaffe, worüber wir in der Sonnabendnummer berichteten, hat sich, wie uns von Angehörigen der verstorbenen Ehefrau des Maurers Winter mitgeteilt wird, nicht in der Erdmannstr. 12, sondern in der Wohnung der Verstorbenen, Kaiser-Friedrich-Str. 14, zugetragen. Der Unglücksfall sei entstanden, daß der Eigentümer der Waffe, Herr Blume, erklärt hätte, sie sei nicht geladen. Die 20 Jahre alte Tochter der Verstorbenen, Frau Kierensfeld, habe die Waffe ihrem Manne zeigen wollen und hierbei habe sich dieselbe entladen und die dabei stehende Mutter getroffen. Der Vorfall trat sich bereits am 1. August zu, am 10. August sei dann Frau Winter im Krankenhaus gestorben.

Treptow-Dammshulentweg.

Die Beerigung des am 12. d. M. verstorbenen Gen. Ernst Schnitt findet nicht, wie im Inserat in der Sonntagnummer angegeben, nachmittags um 3 Uhr, sondern um 3^{1/2} Uhr von der Leichenhalle des Gemeindefriedhofes, Neue Krug-Allee, aus statt.

Ober-Schönebeide.

Der Arbeiter-Samariterkursus fällt heute Dienstag aus. Derselbe findet dafür am Donnerstag, den 18. August, statt. Neue Teilnehmer können noch eintreten im „Gadepeter“, Siemensstr. 12.

Vorsigwalde.

Mit der Gründung eines parteilosen Mietervereins beschäftigte sich am Donnerstag eine öffentliche Mieterversammlung, in welcher Stellung genommen werden sollte gegen die Willkür der Hausbesitzer. Die Mieter waren durch Handzettel von einem „Vorbereitungsausschuß“ eingeladen; man hatte diese schöne Zeichnung gewählt, um ja keine Personennamen vorzeitig zur Kenntnis zu bringen. Die Versammlung war von unseren Genossen sehr stark besucht. Der Referent, ein früherer Genosse, der aus dem Wahlverein ausgeschieden ist, um sich wegen verschiedener Handlungswesen nicht verantworten zu brauchen, hob hervor, daß der Verein nur einen wirtschaftlichen Schutz bezwecke und Politik ausgeschlossen sei. In der sehr regen Diskussion wandten sich unsere Genossen in klarer Weise gegen die Gründung eines solchen Vereins, der nur geeignet sei, Verwirrung zu stiften und bei künftigen Gemeindefreiwahlen eine Stimmensprezisierung herbeizuführen, da die Mehrzahl der Mitglieder aus Gegnern bestünde. Die Stimmkraft des Wahlvereins am Ort und die Agitation sei bedroht durch solche Vereinsmeterei, auch könne ein solcher Verein keinen Schutz gegen Hausbesitzerwillkür bieten. Wie recht die Genossen die Stimmung der Versammlung zum Ausdruck gebracht hatten, bewies die Annahme der folgenden Resolution gegen 10 Stimmen: „Die heute im Lokal von Richter - Vorsigwalde tagende öffentliche Mieterversammlung nimmt Abstand von der Gründung eines Mietervereins, sie fordert die Versammelten vielmehr auf, Mann für Mann dem sozialdemokratischen Wahlverein beizutreten. Nur dadurch können am Ort alle Mißstände beseitigt werden. Die Versammelten verurteilen das rigorose Vorgehen einzelner Hausbesitzer aufs Schärfste.“

Von einem Redner wurde der Charakter und die Vielseitigkeit des Referenten einer Kritik unterzogen. Mit einem begeisterten Hoch auf die Sozialdemokratie verließen am Schluß der Versammlung die Anwesenden den Saal.

Spandau.

Die der Magistrat bekannt macht, liegt die Liste der zu Schöffen und Geschworenen geeigneten Personen vom Montag, den 15. August, eine Woche lang im Stadtschreiberei, Rathaus, Zimmer 13 und 14.

während der Dienststunden zu jedermanns Einsicht aus. Es wäre empfehlenswert, wenn auch die Arbeiter diese Listen einsehen würden, sei es auch nur, um festzustellen, wie viele man von ihnen für das Amt eines Schöffen oder gar Geschworenen geeignet hält. Will unsere Gerichtsprozedur den Anspruch auf Unparteilichkeit machen, dann muß auch dafür gesorgt werden, daß alle Schichten der Bevölkerung, auch die Arbeiter, zu dem Amte eines Schöffen zugelassen werden und nicht nur die besitzenden Klassen.

Vor einiger Zeit wurde in einer öffentlichen Protestversammlung eine Resolution angenommen, welche sich dagegen wendet, daß dem Arbeiter-Turnverein die Jubiläumsturnhalle nicht zur Vermietung überlassen wird. Diese Resolution wurde von dem Versammlungsbureau der Stadtverordnetenversammlung zugesandt und die Stadtverordnetenversammlung überwies die Sache dem Siebener Ausschuss. Dieser Ausschuss hat jetzt aber in der Angelegenheit noch nicht verhandelt. Trotzdem ist dem Vorsitzenden des Turnvereins vom Magistrat ein Schreiben zugegangen, in welchem gesagt ist, daß die städtischen Körperchaften es ablehnen, dem Verein die Jubiläumsturnhalle zur Verfügung zu stellen. Die sozialdemokratischen Stadtverordneten sind ganz erstaunt über dieses eigenmächtige Vorgehen des Magistrats und werden bei der nächsten Gelegenheit den Oberbürgermeister dieserhalb interpellieren.

Potsdam.

Stadtverordnetenversammlung. In einer Ferien Sitzung hatte man die Stadtverordneten zusammengetrommelt, um über zwei Einsprüche gegen die Wählerliste zu befinden, welche bis zum 15. August laut Gesetz erledigt sein müssen. Der Stadt. Grell gab seiner Bewunderung Ausdruck, daß die Listen auslagen, und fragte an, ob man daraus schließen dürfe, daß in diesem Jahre Wahlen vorgenommen werden. Er wurde belehrt, daß dies gezielte Vorkaufs ist und daß damit nicht gesagt sein soll, daß Wahlen stattfinden. (Stadt. Grell kennt seine Wappenheime schlecht, denn diese werden sich hüten, jetzt, nachdem man die Folgen der Müll- und Kanalisationssteuer zu fühlen bekommt, Wahlen vorzunehmen, trotzdem es die höchste Zeit wäre, da Siege unbesiegt sind.) Auch ist es den Stadtverordneten nicht lieb, daß man sie wegen der Einsprüche in ihren Ferien stört, denn dieses könne alle Jahre eintreten. Es sollen Mittel gesucht werden, dies zu vermeiden. — Der verlorene Kaufmann Deutel hat der Stadt sein Vermögen vermacht. Es besteht aus einem Hause Schodstr. 12, dessen Wert der Erklässer auf 80 000 M. angibt und einem Kapital von über 100 000 M. Es soll zur Unterstützung hilfsbedürftiger Potsdamer ohne Unterschied der Konfession verwendet werden. Als Gegenleistung soll die Stadt das Deutelsche Erbgräbnis während des Bestehens des Kirchhofes erhalten. Außerdem erhalten zwei alte Damen lebenslängliche Renten von zusammen 2100 M. Der deutsche Schulverein soll 4000 M. erhalten. Auch sind den Bediensteten kleine Zuwendungen zugesagt worden. — Das elektrische Kabelnetz wird in der Richtung Wilhelmshorst, Langenwisch und Mitten-dorf erweitert. Die Kosten betragen 75 000 M. Wilhelmshorst garantiert die ersten fünf Jahre für 2000 M. Stromabnahme. Wenn auch die Rentabilität vorberhand noch in Frage gestellt ist, so sollen doch in nicht zu ferner Zeit in der Mitten-dorfer Gegend elektrische Anlagen mit hohem Strombedarf errichtet werden. Die Erledigung der Angelegenheit brennt, denn man fürchtet, daß die Konkurrenz den voraussichtlich später feiten Huppen wegschnappt. Wenn auch einzelne Stadtverordnete Bedenken hatten, so wurden diese widerlegt und betont, daß hier Sachen mitspielen, welche man vorläufig der Öffentlichkeit vorenthalten muß. — Eingang der Sitzung lag ein Dringlichkeitsantrag des Stadtverordneten Deccu vor, welcher den Betrag von 500 M., der an die Veteranen zur Verteilung gelangen soll, erhöht wissen will. Der Antrag fand keine Unterstützung. Der Vorsteher warnte vor Dringlichkeitsanträgen, wenn sie nicht wirklich außerordentlich dringlich sind, denn seitens der Regierung seien erst kürzlich dieserhalb Einwendungen erhoben worden.

Jugendveranstaltungen.

Freie Jugendorganisation Weihenauer. Donnerstag, den 18. d. Mts., abends 8^{1/2} Uhr, findet unsere Mitgliederversammlung im Lokale von Bedder, Friedrichstr. 37 statt. Kolleginnen und Kollegen, erscheint zahlreich und pünktlich; bringt Eure Arbeitskollegen mit.

Leitung.

Für den Verein „Arbeiter-Jugendheim“ gingen bei dem Unterzeichneten ein: 14 M. von den Arbeitern der Brauerei Engelhardt, Rankow. — 3 M. gesammelt auf dem Ausfluge des Vereins für Frauen und Mädchen der Arbeiterklasse. Berlin, den 18. August 1910. R. Rosenfeld, O. 2, An der Spandauer Brücke 1a.

Aus der Frauenbewegung.

82 000 weibliche Parteimitglieder.

Nach dem Bericht des Parteivorstandes an den Parteitag zu Magdeburg hat die Partei eine Mitgliederzunahme von 80 521 zu verzeichnen, an der die weiblichen Mitglieder mit 20 386 beteiligt sind. Die Partei mußert gegenwärtig 82 645 weibliche Mitglieder.

Gewiß eine stolze Ziffer für die kurze Spanne Zeit seit dem Inkrafttreten des Reichvereinsgesetzes.

Gemeßen an der Zahl der männlichen Parteimitglieder erscheint sie jedoch noch recht mäßig. Die zweiundachtzigtausendhunderttausend politisch organisierter Frauen und Mädchen bilden nur 13 Proz. der Gesamtpartei.

So sehr wir uns über den prächtigen Fortschritt freuen, so sehr lehrt uns aber auch diese Differenz zwischen männlichen und weiblichen Mitgliedern, wie außerordentlich viel wir noch zu arbeiten, zu agitieren und zu organisieren haben.

Der Münchener Parteitag sprach für die Genossen das Pflichtgebot aus, ihre weiblichen Angehörigen aufzuklären, damit sie Mitglieder der Partei werden. Gegen diese moralische Verpflichtung, die auch ohne Parteitagbeschuß eine selbstverständliche für jeden Genossen ist, wird zweifellos noch sehr viel verstoßen. Und das geschieht, obwohl die Befolgung der Aufforderung ebensowohl im Interesse der Genossen und der Gesamtpartei liegt, wie im Interesse der Genossinnen.

Erklärlich genug: Mit dem Wachstum, mit der zunehmenden Stärke der Gesamtpartei wächst auch ihr Ansehen und ihre Macht. Mit der Zuführung sämtlicher weiblicher Angehörigen der Genossen mühte die Zahl der Parteimitglieder sofort um mindestens 75 Proz. gesteigert werden. Welch ein Fortschritt wäre das! Das wäre ein Fortschritt, weit größer, als ihn die in Frage kommenden Zahlen widerspiegeln können.

Wieviel hemmender, feindsüchtiger Einfluß wäre damit beseitigt, wenn alle Frauen und erwachsenen Töchter unserer Genossen überzeugte Mitglieder unserer Partei wären. Die Genossen brauchen nicht immer aufs neue den Widerstand ihrer indifferenten Frauen zu bekämpfen; den Kolporturen unserer Zeitungen wäre der stille, aber aufreibende Kampf erspart, den sie immer wieder aufs neue aufnehmen müssen gegen die rückständigen Frauen unserer Parteimitglieder. In mehr noch: Ein großer Teil der Frauen und Töchter unserer Genossen, die uns heute noch fernstehen, würden, einmal gewonnen, werdende Kräfte für die Partei. Während in der eigenen Familie durch entsprechende Erziehung der Kinder, verbod in den Reihen der Indifferenten. Und beides ist dringend notwendig im Interesse der Partei. Aber auch gute Mitarbeiterinnen innerhalb der Organisation würden sicher aus den Reihen der Frauen und Töchter unserer Genossen herauswachsen. So gut, wie ein großer Prozentsatz der bereits organisierten freudig und opferwillig an der Verwaltung, an der Ver-

breitung von Flugblättern, Agitationskalendern, an der Kleinarbeit, in Versammlungen, bei Wahlen, an der Werbung von Mitgliedern und Abonnement der Parteizeitungen sich beteiligt, so gut würden es auch jene tun, die nun zunächst zu gewinnen sind: Die Frauen und Töchter der Genossen!

Natürlich soll auch die Agitation unter jenen Frauen nicht vernachlässigt werden, deren Männer, Väter und Brüder uns ebenfalls noch fernstehen.

Nimmer kann die Sozialdemokratie ihre Schlachten schlagen und ihre Siege erringen, stützt sie sich nur auf die eine Hälfte der Arbeiterkassette, auf die männliche, sie bedarf vielmehr aller Kräfte.

Eber auch die Frauen und Mädchen selbst gewinnen außerordentlich, wenn sie in die Ideenwelt des Sozialismus einbringen, sich der Partei anschließen und in ihr und für sie wirken.

Intellektuell werden sie emporkommen und das Eintreten, das kämpfen für das hohe, herrliche Ideal des Sozialismus wird ihnen einen köstlichen Lebensinhalt geben. So emporgehoben durch die Bewegung, durchglüht von Begeisterung, von Kampfeslust und Siegesgierigkeit, den Blick gerichtet auf die sonnigen Höhen der Menschheitsbefreiung, werden sie auch um so Besseres leisten für die Bewegung. Darum darf die Freude über die 82 645 weiblichen Parteimitglieder nicht zu einem Ruhezustand für uns werden, sie muß anspornen zu erneuter, rastloser Agitationsarbeit, damit die ersten 100 000 bald voll werden.

Gerichts-Zeitung.

Wenn man ein schlechtes Gedächtnis hat.

Ein kleiner Gedächtnisfehler bildete die Veranlassung zu einem Strafverfahren, welches gestern die Ferienkammer des Landgerichts III beschäftigte. Angeklagt wegen intellektueller Urkundenfälschung beziehungsweise wegen Anstiftung zu diesem Verbrechen waren der Antischer Wilhelm Berndt und der Antischer Karl Runge. Der Angeklagte Runge hatte vor einiger Zeit eine gegen ihn verhängte Gefängnisstrafe von 4 Wochen zu verbüßen. Da er gerade eine gute Arbeit hatte und er diese nicht gern verlieren wollte, suchte er und fand einen „Stellvertreter“ in der Person des Mitangeklagten Berndt, der gerade ohne Arbeit war und dem die vier Wochen „staatlicher Pension“ sehr gut gelegen kamen, zumal ihm Runge außerdem noch eine Belohnung von 80 M. zusicherte. Nachdem er von Runge über dessen Personalien genau informiert worden war, meldete er sich als angeblicher „Runge“ in der Strafanstalt und ließ sich beim Strafantritt auch unter diesem Namen in das Gefangeneregister eintragen. Alles „Nappie“ auch vorzüglich und niemand wäre hinter diese Stellvertretergeschichte gekommen. Durch einen Zufall ergab sich die Notwendigkeit, daß bei seiner Entlassung nochmals die Personalien festgestellt werden mußten. Hierbei verließ den angeblichen Runge das Gedächtnis; er gab ein falsches Geburtsdatum an, so daß die Gefängnisbehörde Berndts schlopfte und feststellte, daß ein falscher die Strafe verbüßt hatte. Das Gericht erkannte gegen den Antischer Runge auf 6 Monate und gegen Berndt auf 1 Woche Gefängnis.

Hastbarkeit der Eltern für veräumte Nachsichtstunden.

Das Kammergericht hatte sich mit der grundsätzlichen Frage zu beschäftigen, ob sich Eltern strafbar machen, wenn sie ihre Kinder nicht nachsicht lassen. In allen Provinzen sind Schulordnungen erlassen, nach welchen die Eltern dafür sorgen müssen, daß ihre Kinder die Schule besuchen. Frau R. war vor einiger Zeit mündlich mitgeteilt worden, daß ihr Sohn nachsicht solle. Als der Knabe nicht erschien, wurde die Mutter wegen der Schulveräumnis ihres Knaben angeklagt und verurteilt, da auch Nachsichtstunden zum Schulunterricht gehören, auch sei es unerheblich, ob der Mutter mündlich oder schriftlich mitgeteilt worden sei, daß ihr Sohn nachsicht müsse. Diese Entscheidung focht Frau R. durch Revision beim Kammergericht an, welches indessen die Revision als unbegründet zurückwies und u. a. ausführte, die Eltern haben nicht nur ihre Kinder zu den regelmäßigen Schulstunden, sondern auch zu den Nachsichtstunden und zu Schulfestlichkeiten zu senden, zum Schulunterricht gehören auch solche Veranstaltungen, welche vornehmlich einen erzieherischen Charakter haben. Bei Schulfesten ist es auch unerheblich, ob sie innerhalb oder außerhalb der Schulräume stattfinden. Die Veräumnis von Nachsichtstunden, Schulfesten, welche von der Schulbehörde zur Belehrung und Erziehung der Schüler veranstaltet werden, sind ebenso zu beurteilen, wie die des gewöhnlichen Unterrichts.

Sozialdemokratischer Wahlverein Landberg-Soldin. (Ortsverein Berlin.) Mittwoch, den 17. August, abends 8^{1/2} Uhr, im Lokale des Genossen Herrn Strehlow, O. 112, Schreinerstr. 2: Monatsversammlung. Gäste willkommen.

Kaufmännische Frauen- und Sterbefälle von 1885. (S. 6. 71.) Dienstag, den 16. August, abends 9 Uhr, im Restaurant R. Landre, Stralauer Str. 26/27: Sitzung.

Arbeiter-Samariterbund, Kolonne Spandau. Am Mittwoch, den 17. d. Mts., findet bei Bögle, Pappelstr. 20, der Übungsabend statt.

Antischer Marktbericht der städtischen Markthallen-Direktion über den Großhandel in den Zentral-Markthallen. Markttag: Freitag; Zufuhr stark, Geschäft schleppend, Preise wenig verändert. Milch: Zufuhr reichlich, Geschäft schleppend, Preise gedrückt. Geflügel: Zufuhr gering, Geschäft etwas lebhaft, Preise festbeigend. Fische: Zufuhr mäßig, Geschäft ruhig, Preise fest. Butter und Käse: Geschäft ruhig, Preise unverändert. Gemüse, Obst und Südfrüchte: Zufuhr gering, Geschäft reger, Preise wenig verändert.

Witterungsüberblick vom 15. August 1910, morgens 8 Uhr.

Stationen	Barometer-höhe mm	Windrichtung	Windstärke	Wetter	Temp. in C. 1 m	Temp. in C. 5 m
Schwetzingen	764	SSW	1 heiter	17	17	17
Hamburg	763	SSW	2 heil. bb.	15	15	15
Berlin	765	SSW	1 heiter	15	15	15
Kranz a. M.	762	SSW	3 heiter	15	15	15
Räumen	763	SSW	3 wolkenl.	14	14	14
Wien	766	NO	1 wolkenl.	15	15	15

Wetterprognose für Dienstag, den 16. August 1910. Zunächst ziemlich heiter, später wieder stärkere Bewölkung mit vereinzelten leichten Regenschauern; wärmer. Berliner Wetterbureau.

Wasserstands-Nachrichten

Der Landesanstalt für Gewässerkunde, mitgeteilt vom Berliner Wetterbureau.

Wasserstand	am 14. 8.	13. 8.	Wasserstand	am 14. 8.	13. 8.
Remel, Mühl	156	+1	Saale, Großh.	114	-10
Bregel, Ankersburg	123	-11	Gabel, Spandau	70	-5
Beitel, Horn	—	—	Hattensen	—	—
Ober, Rathow	167	-13	Spreew., Spremberg	153	-9
• Krossen	221	+13	Seeblow	137	+2
• Brandeburg	207	+14	Weser, Rünen	-35	+3
Wartze, Schirmin	-10	+5	• Rünen	68	-8
Wandberg	-28	+2	Rhein, Mühlhansau	638	+2
Wegs, Bornum	-18	-4	• Rünen	351	+17
Wilde, Leimertz	-6	-6	• Rünen	389	+23
• Dresden	-120	-17	• Rünen	84	-12
• Dörbe	—	—	• Rünen	105	-9
• Magdeburg	162	-10	• Rünen	115	-19

+ bedeutet Hoch, - Fall. *) Unterdegl. *) Höchster Wasserstand am 13. zwischen 6 und 12 Uhr abends: 642 cm.